

Jahresbericht 2005



Schwerpunkte

Reform des föderalen Finanzsystems

Metropolregion Bremen/Oldenburg

Global Player - Bremens Außenwirtschaft

Maritime Wirtschaft - Stadt der Wissenschaft 2005



Handelskammer
Bremen



Industrie- und Handelskammer
Bremerhaven

Vorwort



(v.l.) Hauptgeschäftsführer Stark, Präsident Greim, Präses Dr. Wendisch und Hauptgeschäftsführer Dr. Fonger

Bremen ist 2005 im Strukturwandel weiter vorangekommen. Viele wichtige Infrastrukturprojekte – beispielsweise der Ausbau der Containerterminals in Bremerhaven oder die Schließung des Autobahnringes um Bremen durch die A 281 – wurden weiter vorangetrieben und geben der wirtschaftlichen Entwicklung Schubkraft.

Mit dem Auslaufen der Bundesergänzungszuweisungen und dem nicht erfüllten „Kanzler-Brief“ rückte zugleich die finanzielle Misere in den öffentlichen bremischen Haushalte wieder in den Blickpunkt. Deutlich wurde, dass das Ziel einer Sanierung der öffentlichen Haushalte noch lange nicht erreicht ist. Auch mit Blick auf eine Klage Bremens vor dem Bundesverfassungsgericht zeigte sich, dass sich Bremen derzeit an einer generellen Wegmarke seiner zukünftigen Entwicklung befindet.

Die Handelskammer hatte daher in einer Resolution Anfang Mai 2005 an alle politischen und gesellschaftlichen Kräfte appelliert, sich gemeinsam auf eine Strategie zur Sanierung Bremens zu verständigen. Ähnlich wie bei der Bremer Erklärung 1992 rief das Plenum der Handelskammer zu einem „Alle-Mann-Manöver“ auf. Diese Initiative wurde am 13. Juli 2005 durch eine gemeinsame Positionierung mit der Arbeitnehmerkammer untermauert.

Im Jahresverlauf wurde immer deutlicher, dass sich die politischen und gesellschaftlichen Kräfte Bremens auf ein strategisches Konzept verständigen müssen, in dem die Leitlinien von der Strukturveränderung bei den öffentlichen Aufgaben bis zu einer gemeinsamen Position zur Modernisierung des Länderfinanzausgleichs festgelegt werden. Die Kernpunkte müssen

lauten: Mit dem Ziel, das öffentliche Ausgabenniveau zu senken, muss es in Bremen im gesamten öffentlichen Bereich zu einer durchgreifenden und beispielgebenden Strukturveränderung kommen. Die Sparpotenziale durch Kooperationen zwischen Bremen und Niedersachsen müssen verstärkt ausgeschöpft, Doppelstrukturen in Verwaltung und Justiz abgebaut und Synergien genutzt werden.

Die bremische Politik muss sich auch künftig eindeutig zu einer standortstärkenden Investitionsstrategie bekennen. Diese Strategie muss sich allerdings im Rahmen eines neuen Anschlussinvestitionsprogramms auf Projekte konzentrieren, die belegbar zu einer Stärkung der Wirtschafts- und Finanzkraft führen. Vordringlich sind hier Investitionen in Wissenschaft, Technologie, Häfen, Verkehrsinfrastruktur, Tourismus und Stadtentwicklung.

Über diese Möglichkeiten, selbst zur Sanierung unseres Bundeslandes beizutragen, hinaus, bedarf es aber dringend einer Reform des föderalen Finanzsystems in Deutschland. So, wie es derzeit ausgestaltet ist, wird es die bundesdeutschen Länder immer weiter in die finanzielle Schieflage treiben. Schon in Kürze werden elf von 16 Bundesländern Haushaltsnotlageländer sein. Durch das bestehende System werden Bundesländer wie Bremen, die ihre Wirtschaftskraft durch einen aktiven Strukturwandel kontinuierlich steigern, um die Früchte dieser Bemühungen gebracht: Wirtschafts- und Finanzkraft klaffen immer deutlicher auseinander.

Dies ist ein bundesdeutsches Problem, kumuliert jedoch extrem bei den Stadtstaaten. Dennoch ist Bremen gerade in dieser

Frage gefordert, im Interesse seiner Selbstständigkeit und seiner Gestaltungsfähigkeit zu einer treibenden Reformkraft in Deutschland zu werden. Dabei muss ganz klar gesagt werden: Wer hohe Wirtschafts- und Steuerkraft erwirtschaftet, muss zukünftig die Erträge daraus wieder stärker ernten dürfen. Darüber hinaus bedarf es einer gerechten Behandlung der Metropolfunktion der Stadtstaaten im Finanzausgleichssystem.

Durch die Metropolregion Bremen/Oldenburg im Nordwesten und Initiativen wie die 2005 aus der Taufe gehobene Initiative Maritimer Standort Nordwest hat das Land Bremen beste Voraussetzungen, sich auch innerhalb der europäischen Regionen zu positionieren und seine Stärken als maritimer Standort und einer der führenden Außenwirtschaftsstandorte auszubauen.

Unter der Führung des neuen Bürgermeisters Jens Böhrnsen muss es dem Bremer Senat gelingen, diese zukunftsorientierten Projekte mit Leben zu füllen und die zentralen Probleme Bremens anzugehen. „Investieren und Sparen“ bleibt die Leitlinie für ein selbstständiges, ein gestaltungsfähiges und ein zukunftsorientiertes Bundesland Bremen. Eine solche Politik werden die Handelskammer Bremen und die IHK Bremerhaven auch weiterhin konstruktiv und engagiert begleiten!

Dr. Patrick Wendisch

Präses

Peter H. Greim

Präsident

Dr. Matthias Fonger

Hauptgeschäftsführer, I. Syndicus

Michael Stark

Hauptgeschäftsführer



Die Titelbilder (v.l.): Metropolregion Bremen/Oldenburg,
Pier der Wissenschaft in Bremerhaven

Inhalt

Konjunkturbericht	Auslandsnachfrage stützt die bremische Konjunktur – Binnengeschäft bleibt kraftlos 4
Schwerpunkte Bremen_Bremerhaven	Offensiv für ein leistungsgerechtes föderales Finanzsystem in Deutschland 6 Starker Standort in Europa – die Metropolregion Bremen/Oldenburg 9 Global Player – die Außenwirtschaft ist Bremens tragende Säule 11 Maritime Wirtschaft – großes Potenzial für die „Stadt der Wissenschaft 2005“ 14
Leistungsbilanzen Bremen_Bremerhaven	Standortpolitik 17 Mittelstand, Innovation, Umwelt 24 Aus- und Weiterbildung 28 International 33 Starthilfe und Unternehmensförderung 35 Recht und Fair Play 36 Service, Public Relations 38 Juniorenkreise 41
Ehrenamt, Geschäftsbereiche Stellungnahmen	Das Ehrenamt in Bremen 42 Ausschüsse und Kommissionen der Handelskammer Bremen 43 Geschäftsbereiche Bremen 43 Das Ehrenamt in Bremerhaven 44 Ausschüsse und Arbeitskreise der IHK Bremerhaven 44 Geschäftsbereiche Bremerhaven 44 Stellungnahmen der Handelskammer Bremen 45 Stellungnahmen der IHK Bremerhaven 46
	Impressum 47

Konjunkturbericht



Stahlwerke Bremen: Für Stahl war 2005 ein gutes Jahr.



Der Luftfahrtsektor entwickelte sich positiv; auch das Hafengeschäft brummt.

Auslandsnachfrage stützt die bremische Konjunktur – Binnengeschäft bleibt kraftlos

Dank der allgemein expansiv ausgerichteten Geldpolitik und niedriger Kapitalmarktzinsen entwickelte sich die **Weltwirtschaft** auch im Jahr 2005 robust, die gestiegenen Öl- und Rohstoffpreise schmälerten allerdings die Dynamik dieses Aufschwungs. Neben den Vereinigten Staaten sorgte vor allem die anhaltend rasante Wirtschaftsentwicklung Chinas für ein spürbares Wachstum des Welthandels. Deutlich ausgeweitet haben auch Japan und die Schwellenländer ihre Wirtschaftsleistung. Verhalten entwickelte sich dagegen die Wirtschaft in Europa, wobei Deutschland einmal mehr einen Platz in den hinteren Rängen mit einem Wachstum von nur einem Prozent einnahm.

Für die **bremische Konjunktur** bot das abgelaufene Jahr sowohl Licht als auch Schatten. Die außenwirtschaftsbezogenen Branchen und die besonders exportorientierten Unternehmen wiesen überwiegend befriedigende Geschäftsergebnisse auf, während die stärker von der Binnenkonjunktur abhängigen Bereiche ein eher düsteres Bild zeichneten. Für den Arbeitsmarkt wurde auch im Jahr 1 der wichtigen Hartz IV-Reform kein Durchbruch zum Besseren verzeichnet. Im Gegenteil: Der Abbau der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung setzte sich mit etwa zwei Prozent weiter fort. Bei den Unternehmensinsolvenzen wurde ein leichter Rückgang verzeichnet.

Die Einzelhandelskonjunktur blieb angesichts anhaltender Konsumschwäche auch in 2005 angespannt, sie zeigte im Jahresverlauf aber Stabilisierungstendenzen. Im Binnengroß- sowie im Importhandel wurde die Geschäftssituation zuletzt wieder als

zufriedenstellend angesehen, der Exporthandel verzeichnete eine vergleichsweise stabile Entwicklung. Das Geschäftsklima im Handel hat sich damit insgesamt verbessert.

Während in den Bereichen Stahl und Luftfahrt eine positive Entwicklung zu verzeichnen war, stellte sich die Lage in der Industrie bei spürbar rückläufigen Umsätzen insgesamt als unbefriedigend dar. Die Ertragsentwicklung der Betriebe blieb hinter den Erwartungen zurück. Der Druck zum Personalabbau hielt im vierten Jahr in Folge an – 2.500 Arbeitsplätze gingen bis Ende September 2005 verloren, davon allein 600 im Fahrzeugbau. In der Bauwirtschaft zeigte der Konjunkturtrend weiter abwärts. Die Gewinnsituation der Betriebe hat sich auf Jahressicht verschlechtert, der Personalbestand ließ wiederum nach.

Engertrübt hat sich auch das Geschäftsklima im Dienstleistungsbereich, wenngleich es sich besser als in der Gesamtwirtschaft darstellt. Schwierig blieb das Geschäftsumfeld für die unternehmerorientierten Dienstleister. Das Kreditgewerbe sowie das Beherbergungsgewerbe zeigten sich dagegen im Jahresverlauf erholt. Positiv hat sich die freundliche Weltkonjunktur in der Geschäftsentwicklung der Verkehrswirtschaft niederschlagen. Die Branche verzeichnete eine stabile Nachfrage- und Preisentwicklung und steigende Beschäftigtenzahlen. Angehalten hat die gute Umschlagsentwicklung in den bremischen Häfen. Bis Ende September 2005 stieg der Gesamtumschlag um 4,6 Prozent auf 40,1 Millionen Tonnen an, wobei sich der Containerumschlag nahezu zweistellig verbesserte.

Die Aussichten für das Jahr 2006 zeugen von leichter Zuversicht. So weisen erste Anzeichen auf eine Belebung der Binnenanfrage hin. Allerdings wirken die hohen Energiepreise dämpfend auf die weitere Entwicklung. Sie belasten die Budgets der Bürger und schmälern die Ertragsdynamik vieler Unternehmen. Von Seiten des Außenhandels ist weiterhin mit spürbaren Impulsen zu rechnen, die die bremische Konjunktur stützen werden. Die Risiken der zukünftigen Entwicklung der Weltwirtschaft haben sich erhöht. Dennoch gehen die Prognosen, etwa die des Sachverständigenrats Wirtschaft, nur von einer leichten Abschwächung des globalen Wirtschaftswachstums aus.

Mit der Wahl zum Bundestag wurde vielfach die Hoffnung verbunden, dass die Reformpolitik in Deutschland einen neuen Schub erhält und sich das Investitions- und Konsumklima spürbar aufhellt. Dies kann aber nur gelingen, wenn ein konsistenter Reformkurs mit klaren Zielen, eindeutigen Reformschritten und festen Zeitvorgaben vorliegt. Zu den wichtigsten Inhalten einer solchen Politik zählen neben der entschlossenen Sparpolitik eine Senkung der Lohnnebenkosten, das Aufbrechen von Verkrustungen am Arbeitsmarkt sowie die Schaffung eines international wettbewerbsfähigen Unternehmenssteuersystems. Unser Staatswesen muss dabei einer Roskur unterzogen werden. Daher sind die Arbeiten der Föderalismuskommission wieder aufzugreifen und auf den Bereich der Staatseinnahmen auszuweiten. Beim Bürokratieabbau müssen den Lippenbekenntnissen endlich Taten folgen.

Offensiv für ein leistungsgerechtes föderales Finanzsystem in Deutschland

Das föderale Finanzsystem in Deutschland ist dringend reformbedürftig. Sein Kernproblem liegt in dem mangelnden Anreiz, die regionale Wirtschaftskraft zu stärken und damit die Steuerquellen zu pflegen. Die generellen Effizienzvorteile eines gut strukturierten Föderalismus werden durch Mischfinanzierung, Intransparenz und Doppelbürokratie reduziert – im bestehenden System verbleibt nur ein kleiner Bruchteil der Mehrerträge, die aus Wirtschafts- und Finanzkraftwachstum entstehen, im jeweiligen Bundesland.

Mit diesem Kerngedanken machte die Handelskammer die dringend erforderliche Reform des bundesdeutschen Finanzsystems zu einem Leitthema des Jahres 2005. Ein leidenschaftliches Plädoyer für die Selbstständigkeit Bremens stand zu Beginn des Jahres im Mittelpunkt einer viel beachteten Januarrede von Präses Dr. Patrick Wendisch. Er wies darauf hin, dass der bremische Investitionskurs der vergangenen Jahre – vom Technologiepark Universität über den Ausbau der Messehalle, die Überseestadt, die International University Bremen (IUB) bis zur Schließung des Autobahnringes um Bremen durch die A 281 – sichtbare und messbare Erfolge für den Wirtschaftsstandort Bremen bewirkt hat.

Investieren und Sparen

Diese Entwicklung wird Bremen nur fortsetzen können, wenn es neben einem konsequenten Sparkurs weiterhin in standortstärkende Infrastrukturen investiert. Konsumtives und Investives müssen dabei in ihrem Zusammenspiel gesehen werden: als zwei Elemente einer effizienten Gesamtfinanzierung. Konsumtive Ausgaben decken die Bedarfe der öffentlichen Aufgaben – In-

vestitionen sind die Voraussetzung für den Ausbau der Substanz öffentlicher Infrastrukturen, ohne die keine zusätzlichen privaten Investitionen, Arbeitsplätze und Wachstumsfelder erschlossen werden können.

Die Handelskammer hat sich daher konsequent für ein neues Zukunftsprogramm für Bremen – nach Programmen wie dem Investitionssonderprogramm (ISP) oder den wirtschaftsstrukturpolitischen Aktionsprogrammen (WAP) – ausgesprochen: Investitionsentscheidungen müssen nachvollziehbare Teile eines Gesamtprogramms sein und dürfen nicht zu Einzelentscheidungen werden, die immer aufs Neue diskutiert werden. Dies ist Voraussetzung, um klare Entwicklungsperspektiven für die bremischen Kompetenzfelder zu schaffen. Nur so lassen sich private Investitionen anregen, durch die Arbeitsplätze und Wachstum geschaffen werden können. Außerdem bedarf es strenger Haushaltsdisziplin in den konsumtiven Ausgaben. Mehrfach hat die Handelskammer dies als Eigenbeitrag des Landes Bremen zur Sanierung der öffentlichen Haushalte angemahnt.

Zukunft gestalten

In den zurückliegenden Jahren hat sich gezeigt, welche Erfolge mit einem schlüssigen Gesamtprogramm möglich sind. Mit großer Unterstützung der Wirtschaft hat Bremen seine ökonomische Leistungskraft erheblich gesteigert. So ist die Wirtschaftsleistung (BIP je Einwohner) im Zeitraum 1994 bis 2004 um 12,8 Prozent gestiegen – sie liegt damit um 40 Prozent über dem Bundesdurchschnitt. Bremen weist die höchste Arbeitsplatzdichte unter 97 deutschen Arbeitsmarktregionen auf, die Stadt

Bremen konnte in den zurückliegenden fünf Jahren gut 5.000 neue Einwohner gewinnen. Dies alles macht deutlich, dass Bremens Stärke gerade auch in seiner Selbstständigkeit und der damit verbundenen Gestaltungsfähigkeit liegt. Als selbstständiges Bundesland ist Bremen in der Lage, Strategien zur Zukunftsgestaltung wirkungsvoller und effektiver umzusetzen, als dies in vergleichbaren Großstädten möglich ist.

Eine der zentralen Ursachen der zunehmend angespannteren Finanzlage der bundesdeutschen Länder – in Bremen wie auch in zahlreichen anderen Bundesländern – ist das bestehende föderale Finanzsystem. Dieses System hat den grundsätzlichen Fehler, dass es aktive Wirtschaftspolitik nicht belohnt. Angesichts der unverändert schwierigen Konjunktur in Deutschland trägt dieser Mangel dazu bei, dass in zunehmend mehr Bundesländern Wirtschaft und Finanzkraft auseinanderdriften. Eine Reform des föderalen Finanzsystems in Deutschland ist daher seit langem überfällig und wird eine der zentralen Aufgaben der neuen Bundesregierung sein.

Freiheit bewahren

Auf allen Ebenen der politischen und gesellschaftlichen Diskussion in Bremen hat sich die Handelskammer für eine Föderalismusreform in Deutschland stark gemacht. Bereits im Dezember 2004 war sie mit einem wissenschaftlich fundierten Grundsatzpapier unter dem Titel „Freiheit bewahren, Zukunftschancen stärken!“ in die Offensive gegangen. Im Mittelpunkt steht der Erhalt der Selbstständigkeit Bremens. Dieses Grundsatzpapier liefert aber auch Argumente für eine gerechtere fö-



derale Finanzordnung. Verteilt wurde es bundesweit an den entscheidenden Stellen: im Bundesfinanz- und im Bundeswirtschaftsministerium, in den Ministerien der Ländern, bei Verbänden, Parteien und ausgewählten politischen Vertretern. Nach der Bundestagswahl am 18. September 2005, als sich die Besetzung der politischen Ämter geklärt hatte, verschickte die Handelskammer dieses Grundsatzpapier in einer zweiten Welle an sämtliche neue, in dieser Frage interessanten politischen Schnittstellen.

Begleitet wurde dieses Grundsatzpapier durch eine gezielt an die Bremer Öffentlichkeit gerichtete Argumentation für ein selbstständiges Bundesland Bremen. In einer Auflage von mehr als 100.000 Exemplaren verteilte die Handelskammer zwischen Januar und April 2005 ein entsprechendes Faltblatt an allen öffentlichen Orten in Bremen, Bremerhaven und Umgebung – in Kinos, Gaststätten, Bahnhöfen, Bibliotheken, Behörden. Darin wurden die Gründe für die schwierige Finanzsituation der öffentlichen bremischen Haushalte benannt und zehn Argumente für die Stärke eines selbstständigen Bremens angeführt.

Gestaltung durch Selbstständigkeit

Diese Initiative passte außerdem in den Rahmen einer Ringvorlesung des Instituts für Politikwissenschaft der Universität Bremen zur „Zukunft der Stadtstaaten“. Präses Dr. Wendisch machte vor zahlreichen Interessierten aus Bremen und außerhalb Bremens Ende April 2005 in einem Vortrag „Vom Nutzen und der Notwendigkeit der Freien Hansestadt Bremen als Stadtstaat“ deutlich, worin nicht nur für die Freie Hansestadt selbst, sondern für den Standort Deutschland insgesamt die Vorteile der bremischen Eigenständigkeit bestehen. Er nannte vier Kernthesen:

- 1.** Der Nutzen von Stadtstaaten, die im Vergleich zu Flächenländern kleiner und damit flexibler sind, besteht darin, dass sie gerade aus ihrer Kleinheit wirtschaftliche und kulturelle Stärke ziehen und dadurch – wie ein Versuchslabor – Motor der Wirtschaftsentwicklung sein können. Stadtstaaten wie Hongkong oder Singapur sind dafür Erfolgsbeispiele par excellence.
- 2.** Das Miteinander von kleinen und großen Bundesländern, von Flächenländern und Stadtstaaten, ist keine Belastung, sondern die Voraussetzung dafür, dass ein Bundesstaat wie Deutschland vorankommen kann.
- 3.** Stadtstaaten wie Bremen oder Hamburg sind keine Länder, die an denselben Maßstäben wie ein Flächenland gemessen werden könnten. Sie übernehmen eine Vielzahl von Funktionen für die gesamte Ländergemeinschaft – beispielsweise die Funktion Bremens, Hafen für Deutschland zu sein.
- 4.** Die Haushaltsnotlage Bremens kann nicht das Argument dafür sein, dass der Stadtstaat sich überlebt habe. Ziel muss vielmehr ein gerechteres föderales Finanzsystem sein, das die überregionalen Aufgaben eines Stadtstaates angemessen berücksichtigt.

Seine Ursprünge hat das Auseinanderklaffen von Wirtschafts- und Finanzkraft in der Reform der Finanzverfassung 1969, die umfassende verfassungsrechtliche Änderungen zur Folge hatte: Die Unabhängigkeit der Länder wurde entscheidend beschnitten und die Finanzverantwortung zunehmend verwischt. Heute besteht auf der Ausgaben- wie auf der Einnahmenseite der öffentlichen Haushalte ein unübersichtliches Konglomerat von Mischkompetenzen, beispielsweise bei den Gemeinschaftsaufgaben, bei Bildungsplanung und Forschungsförderung oder bei der Investitionsförderung.

Reform des föderalen Finanzsystems

Weil die Verantwortung unklar geregelt ist, steigt die Neigung zu einem verschwenderischen Umgang mit dem Geld der Steuerzahler. Fehlende Anreize für die Länder führen dazu, dass in die Stärkung der eigenen Wirtschaftskraft immer weniger investiert wird. Als weitere Problematik der föderalen Finanzordnung in Deutschland kommt hinzu, dass insbesondere Länder mit einem hohen Anteil an Berufseinpendlern wie Hessen, das Saarland oder die Stadtstaaten durch die Zerlegung der Lohn- und Einkommensteuer nach dem Wohnortprinzip erheblich benachteiligt werden.

Mit dem Ziel, eine wissenschaftlich fundierte Argumentationsbasis zu schaffen und dadurch eine Reform des föderalen Finanzsystems durch konkrete Inhalte und Verfahrensvorschläge beschleunigen zu können, hat die Handelskammer gemeinsam mit dem Deutschen Industrie- und Handelskammertag (DIHK) und der Forschungsstelle Finanzpolitik Bremen am 22. Juni 2005 zu einer Fachtagung in das Haus Schütting eingeladen. Bei dieser Veranstaltung, in die Präses Dr. Patrick Wendisch und der Leiter der Forschungsstelle Finanzpolitik Bremen, Professor Dr. Günter Dannemann, thematisch einführten, wurde eine Reform des föderalen Finanzsystems in Deutschland aus ökonomischer (Professor Dr. Wolfgang Wiegard, Mitglied des Sachverständigenrates), verfassungsrechtlicher (Professor. Dr. Joachim Wieland) und politischer Perspektive (MdB Volker Kröning) beleuchtet. Die Vorträge und Ergebnisse dieser Tagung wurden in einem Tagungsband veröffentlicht, der im NOMOS-Verlag (Baden-Baden) erschienen ist und bundesweit verbreitet wurde.

Die Referenten dieses gut besuchten Expertengesprächs waren sich darin einig, dass das gegenwärtige Finanzsystem auf Grund seiner kontraproduktiven Anreizwir-

kungen, seiner Intransparenz und seiner sachlich kaum mehr begründbaren Zuweisungsregeln dringend reformbedürftig ist. Sie betonten, dass der grundsätzliche Mangel in einer verfehlten Anreizstruktur besteht, die als einer der Gründe für die Wachstumsschwäche der vergangenen Jahre in Deutschland zu sehen ist.

Leistungsanreize schaffen

Aus dieser grundsätzlichen Feststellung ergab sich die Forderung aller Beteiligten, durch eine Reform insbesondere Leistungsanreize zur Stärkung der Wirtschafts- und Finanzkraft zu schaffen: Das originäre Finanzaufkommen der Länder muss künftig unmittelbar die regionale Wertschöpfung widerspiegeln, um den Ländern den Anreiz zu geben, ordnungspolitisch und administrativ die eigenen Finanzquellen zu pflegen und strukturpolitisch in Maßnahmen zu investieren, die zur Steigerung der Wirtschaftskraft führen. Einigkeit bestand unter den Referenten auch darüber, dass bei einem stärkeren föderalen Wettbewerb zwischen den Bundesländern gleiche Start- und faire Rahmenbedingungen bestehen müssen.

Eines der zentralen Ergebnisse dieser Tagung lautete: In einer großen Reform – die von allen Beteiligten mittelfristig als Ziel betrachtet wurde – muss es darum gehen, dass die Verteilung der Steuereinnahmen im Kern nicht mehr an der Einwohnerzahl orientiert ist, sondern am Bruttoinlandsprodukt pro Kopf als Kennziffer für die regionale Wirtschafts- und Steuerkraft. Denn nur dadurch haben die Länder einen hohen Anreiz zur Steigerung ihrer Wirtschaftskraft, und nur dadurch kann davon ausgegangen werden, dass auch die Finanzkraft der Länder wieder steigen wird. Die zur Chancengleichheit notwendigen Ausgleichsfunktionen sollten separat in einem vertikalen Ausgleichssystem vom Bund an die Länder realisiert werden.

Entscheidend wird nun sein, dass diese Debatte in Deutschland mit Nachdruck angestoßen und geführt wird, wie es Präses Dr. Wendisch schon zu Beginn des Jahres 2005 in seiner Januarrede gefordert hatte.



oben: Präses Dr. Wendisch während der Ringvorlesung in der neuen Stadtbibliothek; links: Professor Dr. Wolfgang Wiegard, Mitglied des Sachverständigenrates, zu Gast in Bremen; unten: Professor Dannemann (2.v.r.) und Hauptgeschäftsführer Dr. Fonger (r.) auf dem Föderalismus-Kongress im Haus Schütting





Starker Standort in Europa – die Metropolregion Bremen-Oldenburg im Nordwesten

Für die künftige regionale Zusammenarbeit in Nordwestdeutschland waren der 12. und 28. April 2005 wichtige Meilensteine: Im Schloss zu Jever unterzeichneten am 12. April 2005 siebzehn regionale Vertreter eine gemeinsame Resolution, um die Metropolregion Bremen-Oldenburg im Nordwesten auf den Weg zu bringen – ein in dieser Dichte, Breite und Übereinstimmung bisher kaum zu vergleichender Vorgang. Unterzeichner waren neben der Handelskammer Bremen die fünf Industrie- und Handelskammern in Bremerhaven, Emden, Hannover, Oldenburg und Stade sowie der Wirtschaftsverband Weser e. V., die Regionale Arbeitsgemeinschaft Bremen/Niedersachsen (RAG) einschließlich seines Parlamentarierbeirates, die Strukturkonferenz Land Oldenburg, der Kommunalverbund Niedersachsen/Bremen e. V., die Regionalforen Bremerhaven und Oldenburg, die Oldenburgische Landschaft, der Zweckverband Verkehrsverbund Bremen/Niedersachsen (ZVBN), der Verkehrsverbund Bremen/Niedersachsen GmbH (VBN) sowie der Deutsche Gewerkschaftsbund für die DGB-Regionen im Nordwesten.

Die mit dieser Resolution bekundete breite Unterstützung im Nordwesten hat wesentlich dazu beigetragen, dass die Konferenz der Raumordnungsminister der Bundesländer auf ihrer Sitzung am 28. April 2005 die Region Bremen-Oldenburg offiziell als Europäische Metropolregion anerkannt und in den Kreis der nunmehr zwölf deutschen Metropolregionen aufgenommen hat. Mit dem Namen allein ist allerdings wenig erreicht. Künftig wird es darum gehen, Inhalte und Strategien für eine Metropolregion Bremen/Oldenburg zu entwickeln –

dies in der festen Überzeugung, dass es für eine positive wirtschaftliche Entwicklung in der Region einer gemeinsamen Strategie dazu bedarf, wie sich die Region insgesamt langfristig stärken lässt.

Um als Metropolregion in Brüssel präsent zu sein, stellte sich Bremen zwischen dem 22. und 25. November 2005 im Gebäude des Europäischen Parlaments mit einer Ausstellung vor. Schwerpunkte waren die maritime Logistik sowie die Raumfahrt. An der Eröffnung dieser Ausstellung nahmen die Präsidien der Handelskammer Bremen und der Oldenburgischen IHK teil. Sie nutzten die Gelegenheit der gemeinsamen Brüssel-Reise außerdem, um mit führenden Kommissionsvertretern über Entbürokratisierung der Umweltpolitik, den Ausbau der Verkehrsinfrastruktur und über Fragen der maritimen Wirtschaft zu diskutieren. Um die „Zukunft Europas“ ging es außerdem in einem Gespräch mit Professor Dr. Hans-Gert Pöttering, dem Fraktionsvorsitzenden der Europäischen Volkspartei (EVP) im Europäischen Parlament.

Zusammen mit den anderen Unterzeichnern der Resolution arbeitet die Handelskammer intensiv daran, Vorschläge zu entwickeln, wie die mit dem Begriff Metropolregion verbundenen Ziele in konkrete Projekte, Handlungsfelder sowie in eine schlagkräftige Organisationsform gegossen werden können. Die wichtigsten künftigen Handlungsfelder werden dabei sein:

- der Einsatz für die Verbesserung der Standortbedingungen sowie der Ausbau der Verkehrsinfrastrukturen;
- die Profilbildung der Region durch die Neu- und Weiterentwicklung aussichtsrei-

cher Cluster (Logistik, maritime Wirtschaft, Energie, Tourismus, Ernährungswirtschaft, Automobile, Luft- und Raumfahrt);

- die Vernetzung der Hochschuleinrichtungen sowie der Forschungs- und Entwicklungseinrichtungen, des Wissens- und Technologietransfers;
- der Aufbau eines Regionalmarketings, das sowohl nach innen als auch nach außen gerichtet ist;
- das Lobbying gegenüber Bund und Europäischer Union (EU) einschließlich einer gemeinsamen Europastrategie in der Förderkulisse der EU und der Profilierung als Metropolregion in der nationalen und europäischen Raumentwicklung-/Strukturpolitik;
- die schnellstmögliche Schaffung effektiver Arbeitsstrukturen auf Basis der bestehenden Kooperationen und unter institutioneller Einbindung der Wirtschaft.

Die in der Resolution zur Metropolregion Bremen-Oldenburg verankerte institutionelle Einbindung der Wirtschaft stellt bundesweit zwar kein Novum, aber doch eine Besonderheit dar. Ziel ist es, die großen Zukunftsherausforderungen für den Nordwesten offensiv anzugehen und eine gemeinsame Außendarstellung der Region von europäischem Format zu verwirklichen. Dies wird nur durch das Miteinander aller relevanten gesellschaftlichen Akteure möglich sein. Die enge Einbindung der Wirtschaft ist hierfür eine zwingende Voraussetzung. Bei nahezu allen regional bedeutsamen Kompetenzfeldern handelt es sich um wirtschaftsnahe Fragestellungen, die nur mit enger Beteiligung der Wirtschaft erfolgreich behandelt werden können.



Aus Sicht der Handelskammer wird es sinnvoll sein, auch führende und in der Region verankerte Unternehmen sowie Spitzenpersönlichkeiten und Kompetenzträger des Nordwestens für eine Mitarbeit für die Metropolregion zu gewinnen. Das organisatorische Gebilde der Metropolregion muss daher offen, zugleich aber möglichst schlank und zielorientiert gestaltet sein. Die Handelskammer wird sich daher dafür einsetzen, die Organisationsstruktur in diesem Sinne zu konkretisieren.

Auch inhaltlich schreiten die Handelskammer Bremen und die IHK Bremerhaven im Verbund mit den Industrie- und Handelskammern des Nordwestens voran. Gemeinsames Ziel dieser Aktivitäten ist es, den Nordwesten – ganz im Sinne der Resolution zur Metropolregion – als Wirtschaftsstandort nachhaltig voranzubringen. Beispiele sind

- die Spendenaktion zur Finanzierung des Linienbestimmungsverfahrens der A 22 („Küstenautobahn“),
- die Konzept-Studie „europaregion-nordwest.de“, deren Ergebnisse am 2. Dezember 2005 auf dem 2. Kongress „Zukunft Nordwest“ in Oldenburg präsentiert wurden, sowie
- die Etablierung der „Initiative Maritimer Standort Nordwest“ (siehe Kasten).

Zentrale Themen der Konzept-Studie „europaregion-nordwest.de“, die von der Handelskammer Bremen sowie den Industrie- und Handelskammern in Bremerhaven, Emden, Oldenburg, Osnabrück und Stade beim BAW Institut für regionale Wirtschaftsforschung in Auftrag gegeben worden war, sind die Untersuchung regionalwirtschaftlicher Potenziale des Infrastrukturausbaus, die Definition von Clustern, Wachstumspolen und Alleinstellungsmerkmalen der Region sowie Strategie- und Handlungsempfehlungen für eine weitere Profilierung der Nordwest-Region. Statements aus der Politik zu diesen Ergebnissen gaben beim Kongress „Zukunft Nord-

west“ der Bremer Senator für Bau, Umwelt und Verkehr, Jens Eckhoff, ab sowie Walter Hirche, Minister für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr des Landes Niedersachsen.

Informationen zur Metropolregion Bremen/Oldenburg im Internet:
www.metropolregion-bremen-oldenburg.de

Der maritime Nordwesten wächst zusammen

Am 13. September 2005 hat sich die Initiative Maritimer Standort Nordwest in Bremen mit ihrem ersten Projekt „Zukunft Weser“ – einem Kommunikationskonzept zum Ausbau der Unter- und Außenweser – der Öffentlichkeit vorgestellt. Mitglieder sind neben den Handelskammern in Bremen, Bremerhaven und Oldenburg auch der Wirtschaftsverband Weser e. V., die Bremen Keyports Marketing GmbH, die Seaports of Niedersachsen GmbH, der Unternehmensverband Bremische Häfen e. V. und die Wilhelmshavener Hafenwirtschaftsvereinigung e. V. Ziel der Initiative ist, über Landesgrenzen hinweg die Wettbewerbsfähigkeit der maritimen Wirtschaftsstandorte im Nordwesten zu stärken und die große Bedeutung der Seehafenverkehrswirtschaft für die Region und den Außenhandelsstandort Deutschland hervorzuheben. Die Häfen sind die dynamischen Job-Motoren im Nordwesten. Mehr als 96.000 Arbeitsplätze hängen in der Weserregion schon heute an ihnen. Angesichts des anhaltenden Wachstums im Seeverkehr kann in diesem Bereich bis zum Jahr 2015 sogar von rund 125.000 Arbeitsplätzen durch die Häfen ausgegangen werden.

Die Initiative Maritimer Standort Nordwest setzt sich für eine zeitgerechte und am Bedarf orientierte Verwirklichung der notwendigen Infrastrukturprojekte ein. Sie hat sich außerdem vorgenommen, auf Rahmen-

bedingungen frühzeitig Einfluss zu nehmen, wie sie beispielsweise durch Gesetzgebung, neue Verordnungen oder EU-Richtlinien entstehen. Die leistungsfähigen Hafenstandorte in Bremen und Bremerhaven, in Wilhelmshaven, Brake und Nordenham bieten für die gesamte Region eine herausragende Möglichkeit, von der rasanten Entwicklung des Seeverkehrs – beispielsweise im Containerverkehr – zu profitieren.

Der Initiative Maritimer Standort Nordwest geht es auch darum, für den notwendigen Ausbau der Infrastruktur den Rückhalt in der Bevölkerung zu sichern. Darum will sie die Bevölkerung von der Bedeutung der Seehafenwirtschaft für ihre persönliche Zukunft überzeugen. Mit dem Kommunikationskonzept „Zukunft Weser“ informiert die Initiative durch eine Broschüre und einen umfassenden Internetauftritt über die Notwendigkeit des Ausbaus von Unter- und Außenweser und macht deutlich, dass die geplanten Maßnahmen wirtschaftlich notwendig und ökologisch vertretbar sind. Neben den festen Mitgliedern sind in der Initiative das Niedersächsische Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr, der Senator für Wirtschaft und Häfen (Bremen), die Regionale Arbeitsgemeinschaft Bremen/Niedersachsen und die Wasser- und Schifffahrtsdirektion Nordwest als ständige Gäste vertreten.

Containerterminal in Bremerhaven



Global Player – die Außenwirtschaft ist Bremens tragende Säule

Kaum ein Wirtschaftsstandort in Deutschland ist so deutlich vom internationalen Warenaustausch abhängig wie Bremen. Die Außenwirtschaft spielt im Gesamtgefüge der bremischen Wirtschaft eine bestimmende Rolle. Dies verdeutlicht der Exportanteil Bremens am Inlandsprodukt, der mit rund 44 Prozent deutlich über dem Bundesdurchschnitt von etwa 33 Prozent liegt. Mehr als 50 Prozent der industriellen Produktion gehen in den Export. Rund 2.000 bremische Unternehmen sind im Ausland aktiv oder pflegen dort Geschäftskontakte. Darunter sind vor allem kleine und mittelgroße Unternehmen, die sich mehr und mehr international engagieren. Vor dem Hintergrund einer schwachen Binnenkonjunktur hat sich die Außenwirtschaft in Deutschland – wie in Bremen – immer mehr zu einem Hauptwachstumsträger entwickelt.

Die im Bundesvergleich überdurchschnittlichen außenwirtschaftlichen Verflechtungen Bremens spiegeln sich auch in den konstant steigenden Umschlagszahlen der bremischen Häfen wieder. So stieg die Einfuhr von Gütern über die bremischen Häfen in der ersten Jahreshälfte 2005 im Vergleich zum Vorjahreszeitraum um gut fünf Prozent; die Ausfuhr nahm sogar um mehr als zehn Prozent zu. Spitzenwerte erreichte der Containerumschlag mit einem Umschlagswachstum von 12,5 Prozent.

Wesentliche Impulse für die in allen Bereichen deutlich positive Umschlagsentwicklung gehen von der anhaltenden Dynamik des Fernostgeschäfts aus. Fast jeder vierte Container, der im Jahr 2004 in den bremischen Häfen umgeschlagen wurde, kam aus asiatischen Häfen oder war dorthin un-

terwegs. Nur Europa und Amerika hatten eine noch größere Bedeutung für den Containerumschlag in Bremen.

Erfolgsfaktoren im Auslandsgeschäft

Der Trend zur Internationalisierung wird sich weiter fortsetzen. Um für die Wirtschaft und die Politik Entscheidungsgrundlagen zu schaffen, hat sich die Handelskammer zusammen mit dem Deutschen Industrie- und Handelskammertag (DIHK) und weiteren deutschen Kammern an der Erarbeitung einer Studie „Going International“ zu den Erfolgsfaktoren im Auslandsgeschäft beteiligt. Bundesweit wurden 4.400 Unternehmen befragt. Deutlich wurde unter anderem: Der offensive Umgang mit der Globalisierung sichert nicht nur Arbeitsplätze, sondern schafft in vielen Fällen auch neue Arbeitsplätze im Inland. Unternehmen, die im Ausland investieren, weiten ihre Personalbestände im Inland häufiger aus als der Durchschnitt aller Unternehmen, die Geschäftsbeziehungen mit dem Ausland haben. Durch ihr Auslandsengagement steigern Bremer Unternehmen nach den Erkenntnissen der Studie ihren Umsatz und ihre Gewinne beträchtlich. Bei mehr als 40 Prozent der Unternehmen wirkt sich das Auslandsengagement positiv auf die Inlandsgewinne aus. Vorrangiges Motiv für Auslandsaktivitäten ist die Erschließung neuer Absatz- und Einkaufsmärkte, ebenso die Nähe zum Kunden und die Verbesserung der Wettbewerbssituation. Niedrigere Personalkosten spielen eine weniger wichtige Rolle.

Europa ist für Bremen der mit Abstand wichtigste Zielmarkt, gefolgt von Nordamerika, Asien, Afrika und Lateinamerika.

Bremer Unternehmen sind in vielen Ländern erfolgreicher als der Bundesdurchschnitt. Dies gilt für China, Polen, die USA und Südostasien, ebenso für den Nahen und Mittleren Osten, Indien und Lateinamerika. In schwierigen Märkten ist die Bremer Wirtschaft mithin besonders erfolgreich. Für Indien, Korea, Lateinamerika und Südafrika erwarten die Bremer Unternehmen zukünftig deutlich bessere Geschäfte als der Bundesdurchschnitt. Sie kommen mit weniger Fördermitteln als der Bundesdurchschnitt aus, wobei EU-Mittel besonders wenig in Anspruch genommen werden.

6. Deutscher Außenwirtschaftstag: Internationale Handelshemmnisse meistern

Wachstum und Wohlstand könnten sich schneller entwickeln, wenn die rechtlichen Rahmenbedingungen für die wirtschaftliche Integration und den Austausch von Waren und Dienstleistungen optimal gestaltet wären. Dass hier noch viel getan werden muss, zeigen mehr als 6.000 bei der World Trade Organisation (WTO) notifizierte nichttarifäre Handelshemmnisse – also allein jene Hemmnisse, die nichts mit zoll- und mengenmäßigen Beschränkungen zu tun haben. Die vollständige Beseitigung dieser Handelshemmnisse dürfte zu weltweiten jährlichen Wohlfahrtsgewinnen zwischen 250 und 600 Milliarden Dollar führen.

Mit großem Erfolg wurde 2005 – gegen nationale Konkurrenz – am 13. September 2005 der 6. Deutsche Außenwirtschaftstag veranstaltet. Rund 400 Teilnehmer waren zu verzeichnen. Im Mittelpunkt stand die Frage, wie mit Handelshemmnis-



Gruppenbild mit Preisträger: (v.l.) Präses Dr. Wendisch, BGA-Präsident Börner und Lincas-Chef Rudi Kipry, der den „Preis der deutschen Außenwirtschaft“ gewann

sen im Unternehmensalltag umzugehen ist. Die Teilnehmer beleuchteten in sieben Workshops unterschiedliche Formen von Handelshemmnissen: die Qualitätssicherung bei Lebensmitteln und technischen Produkten, die Vereinfachung von Einfuhrbestimmungen, die Kostenersparnisse durch neue Logistiklösungen und die Kreditwürdigkeit ausländischer Geschäftspartner.

Handel in Zeiten des Terrors

Ein weiterer Schwerpunkt des 6. Deutschen Außenwirtschaftstages war die weltwirtschaftliche Bedeutung der neuen Regelungen zur Terrorbekämpfung. Der internationale Terrorismus ist ein neues Problem im Welthandel und stellt die Wirtschaft vor bisher unbekannte Herausforderungen. Maßnahmen zum Schutz der Sicherheit sind auf allen Ebenen – sowohl national als auch international – durch verstärkte Kontrollen an den Grenzen und im Inland erforderlich. Nicht nur die Regierungen stehen in der Verpflichtung, sondern auch die Unternehmen.

Nach aktuellen Schätzungen steigen die Kosten für Sicherheitsmaßnahmen auf rund ein Zehntel der weltweiten Logistikkosten – also mehr als 100 Milliarden Euro pro Jahr zusätzlich für die bei der Wirtschaft anfallenden Aufwendungen für konkrete Sicherheitsanforderungen. Die Weltzollorganisation (WCO) hat Standards wie beispielsweise die Container Security Initiative (CSI) geschaffen. CSI soll die Sicherheit in der Lieferkette erhöhen und zugleich einen ungehinderten Warenaustausch ermöglichen. Zum größten Teil basieren diese Ansätze auf Initiativen der USA – Initiativen, die gravierende Auswirkungen auf die Organisation des Seetransportes für alle Beteiligten haben: Exporteure, Spediteure und Reedereien.

Die Sicherheit in der Lieferkette ist auch in der EU-Gesetzgebung zum Thema geworden, während gleichzeitig in der WTO unter dem Stichwort „Trade Facilitation“

über Handelserleichterungen gerungen wird. Beide Ziele, Handelserleichterungen und Sicherheitsbelange, sind nicht einfach miteinander zu vereinbaren. Die Handelskammer Bremen setzt sich dafür ein, dass ein angemessenes Verhältnis zwischen den legitimen staatlichen Sicherheitsinteressen und den Bedürfnissen des internationalen Handels gefunden wird.

Preis der Deutschen Außenwirtschaft

Die Träger des 6. Deutschen Außenwirtschaftstages – neben der Handelskammer Bremen sind dies der DIHK, die deutschen Auslandshandelskammern, der Senat der Freien Hansestadt Bremen, das Bundesministerium für Wirtschaft und Arbeit, der Bundesverband des Deutschen Exporthandels, der Bundesverband des Deutschen Groß- und Außenhandels und der Bundesverband der Deutschen Industrie – haben 2005 zum vierten Mal den Preis der Deutschen Außenwirtschaft an ein mittelständisches Unternehmen vergeben. Preisträger ist die Lincas Electro Vertriebs-Gesellschaft mbH aus Hamburg. Ziel dieses Preises ist, Unternehmen ins öffentliche Licht zu rücken, die sich mit einer intelligenten, mutigen und auch beschäftigungswirksamen Außenwirtschaftsstrategie neue Märkte erobert haben. Der Preis der Deutschen Außenwirtschaft leistet einen Beitrag zur Reputation des Außenwirtschaftsstandortes Deutschland und der Preisträger. Eine vergleichbare Auszeichnung gibt es in Deutschland nicht.

Auf Wohlstand in Europa setzen

Die mit Abstand wichtigsten Auslandsmärkte der bremischen Wirtschaft liegen in Europa. Aufgrund seiner ausgeprägten Außenwirtschaftsverflechtung hat Bremen ein besonderes Interesse an einer Fortsetzung der Integration der europäischen Märkte. Die Voraussetzungen für eine enge wirtschaftliche Integration auch mit den zehn neuen Mitgliedsstaaten der EU hätten durch die Europäische Verfassung geschaffen werden können, die vorerst ge-

scheitert ist. Im Interesse der bremischen Wirtschaft sollte sich die europäische Politik und Rahmensetzung daher fortan auf die Förderung der ursprünglichen Kernziele Europas beschränken: auf Wohlstand, Wettbewerb und Sicherheit. Die Handelskammer Bremen setzt sich daher mit der Arbeitsgemeinschaft Norddeutscher Industrie- und Handelskammern (IHK Nord) bei der Bundesregierung und der EU dafür ein, nun mit pragmatischen Reformzielen zur Sicherung des Wohlstands beizutragen. Hierzu gehört die Überprüfung und Abschaffung unnötiger europäischer Regelungen, die Streichung von Subventionen – vor allem der Agrarsubventionen – und die Stärkung des europäischen Binnenmarktes. Ob die Europäische Union den Bürokratieabbau als Maxime ihrer Politik wirklich ernst nimmt, wird sich auch an der Umsetzung der EU-Chemikalienpolitik erweisen, die für viele Wirtschaftsbereiche neue und kostspielige bürokratische Hürden vorsieht. Im übrigen sollte der deutsche Gesetzgeber seine Verantwortung wahrnehmen und europäische Richtlinien bei der Umsetzung nicht komplexer gestalten als es vom europäischen Gesetzgeber gefordert wird.

Dies machte die Arbeitsgemeinschaft Norddeutscher Industrie- und Handelskammern (IHK Nord) in dem am 20. Oktober 2005 verabschiedeten Positionspapier „Europäische Union reformieren“ deutlich. Nachdem die Volksentscheide in Frankreich und den Niederlanden zum Entwurf einer Europäischen Verfassung ablehnend ausgefallen und die Verhandlungen über den künftigen Finanzrahmen der EU gescheitert waren, mahnte die IHK Nord an, über eine Neuausrichtung des europäischen Einigungsprozesses nachzudenken und über grundlegende Reformen den Fortgang der Erfolgsgeschichte Europas zu sichern. Die IHK Nord plädierte dafür, Wachstum und Beschäftigung Vorrang einzuräumen, die Handlungsfähigkeit der EU-Organe sicherzustellen, das Subsidiaritäts-



Im Jahr 2005 besuchten 16 Wirtschaftsdelegationen aus aller Welt die Handelskammer und führten Gespräche mit Bremer Unternehmern. Diplomaten aus 24 Ländern kamen ins Haus Schütting. Auch die Arbeit in und mit Netzwerken wird immer wichtiger.

prinzip konsequent anzuwenden, die EU-Haushaltspolitik effizient zu gestalten und den Binnenmarkt weiter zu stärken.

Weltweit gut vernetzt – Viele Delegationen zu Besuch

Die Handelskammer arbeitet konsequent an der internationalen Vernetzung Ihrer Mitgliedsunternehmen. Seit 2002 wurden auf Initiative der Handelskammer Bremen verschiedene länderspezifische Unternehmensnetzwerke gegründet, um Bremer Unternehmen bei der Kontaktabahnung und der Informationsbeschaffung in den jeweiligen Zielregionen zu unterstützen. Mittlerweile engagieren sich mehr als 400 bremische Unternehmensvertreter in unterschiedlichen Netzwerken, indem sie Erfahrungen austauschen und auf ein bewährtes Kontaktnetzwerk nach China, Indien oder Russland zurückgreifen können.

2005 besuchten 16 Delegationen von Wirtschaftsvertretern aus aller Welt die Handelskammer und führten Gespräche mit Bremer Unternehmern. Unter diesen Delegationen waren einige große Abordnungen von Wirtschaftsvertretern, unter anderem aus Bremens Partnerstadt Dalian in China. Zeitnah zum 6. Deutschen Außenwirtschaftstag konnten sich die Gäste auf dem Deutsch-Chinesischen Wirtschaftstag über den Investitionsstandort Bremen informieren sowie auf einer Koo-



perationsbörse im Haus Schütting erste Geschäftskontakte mit Bremer Wirtschaftsvertretern knüpfen.

Anlässlich des Fußballländerspieles Deutschland-Südafrika im Weserstadion stand Bremen im Blickfeld mehrerer Delegationen aus der Republik Südafrika, des Ausrichters der Fußball-Weltmeisterschaft 2010. Allein die Handelskammer Bremen betreute 160 südafrikanische Gäste aus Wirtschaft und Politik. Beim gemeinsamen Empfang am 7. September 2005 im Haus Schütting mit Bremer Unternehmern konnten erste Kontakte mit den südafrikanischen Unternehmensvertretern sowie Verantwortlichen für die Organisation der Weltmeisterschaft in den Provinzverwaltungen hergestellt werden.

Bremen war auch Ziel einer großen Delegation aus Kasachstan unter Leitung des stellvertretenden Ministers für Handel und Industrie. Die zentrale Lage Kasachstans inmitten Eurasiens bestimmt das auch für Bremen interessante Transport- und Kommunikationspotenzial des Landes im Bereich des Transitgüterverkehrs.

Handelsbarrieren und problematische Rechtslagen in den Zielmärkten waren 2005 die beherrschenden Themen bei Hintergrundgesprächen in der Handelskammer mit Diplomaten aus 24 Ländern. Bremer Unternehmen hatten dabei Gelegenheit, auf bilaterale Handelsprobleme hinzuweisen. Die diplomatischen Vertreter nahmen sich spezifischer Anfragen an und untersuchten die Sachverhalte auch auf höherer politischer Ebene.

Wissenschaftler des Bremerhavener Alfred-Wegener-Instituts für Polar- und Meeresforschung (AWI), einer der wichtigsten Standorte der Meeresforschung in Europa, warten auf den Forschungsseisbrecher „Polarstern“.



Maritime Wirtschaft: Großes Potenzial für die „Stadt der Wissenschaft 2005“

2005 wurde in Bremen und Bremerhaven ausgiebig gefeiert. Grund: die Wahl zur „Stadt der Wissenschaft 2005“, bei der sich Bremen gegen 36 konkurrierende Städte durchgesetzt hat. In der Begründung der Jury hieß es, dass Bremen und Bremerhaven ihr wissenschaftliches Potenzial in „vorbildlicher Weise für den Strukturwandel“ eingesetzt hätten. Der Jury gefiel besonders, dass Wissenschaft, Wirtschaft, Kultur und Stadt bei diesem Prozess eng zusammenarbeiteten. Folgerichtig legten die Organisatoren der „Stadt der Wissenschaft 2005“ bei ihren zahlreichen Veranstaltungen und Aktionen auch auf die Ansprache der Wirtschaft großen Wert.

Die wissenschaftliche „Power“ im Land Bremen der Wirtschaft, aber auch der Bevölkerung näher zu bringen – dies war zum Beispiel der Hintergrund der „Touren der Wissenschaft“ 2005, der Kinder-Universität oder des „Hauses der Wissenschaft“, für das am 4. März 2005 in Bremen das Richtfest stattfand. Zusammen mit der „Nordsee-Zeitung“ und der Bremerhavener Gesellschaft für Investitionsförderung und Stadtentwicklung charterten die Wirtschaftsjuden aus der Seestadt den Hafenbus. Fahrkarten konnten von jedem Mann bei der Tageszeitung erworben werden. An drei Terminen fuhr der Hafenbus drei Stunden lang durch Bremerhaven und machte dort Station, wo sich die Verzahnung von Wissenschaft und Wirtschaft besonders gut darstellen lässt.

Zu entdecken gibt es in Bremen und Bremerhaven jede Menge. Nach Angaben des Wirtschaftssenators sind in Bremen knapp 1.800 maritim ausgerichtete Unternehmen aktiv. Sie beschäftigen rund 37.000

Mitarbeiter. Mit einem Gesamtumsatz von acht Milliarden Euro (2003) bringt es die maritime Wirtschaft auf einen Anteil am bremischen Bruttosozialprodukt von stolzen 26 Prozent. Wenn sich Wirtschaft und Wissenschaft noch stärker aufeinander besinnen und noch enger kooperieren, dürfte mit dieser Prozentzahl noch nicht das letzte Wort gesprochen sein.

Technologietransfer mit Schwung

Bremen – Eröffnet wurde die „Stadt der Wissenschaft 2005“ am 16. Februar 2005 in der Messehalle 7 mit der Auftaktveranstaltung „Wissen schafft Spaß“. Die Schlussveranstaltung fand am 30. November 2005 im Stadttheater Bremerhaven statt. Insgesamt präsentierte die „Stadt der Wissenschaft 2005“ mehr als 700 Veranstaltungen, bei denen Wissenschaft, Wirtschaft, Kunst, Politik und Kultur eng zusammenarbeiteten. Die Handelskammer organisierte das Modul „Ein starkes Tandem – Wissenschaft und Wirtschaft“, das unter anderem aus der Talkshowreihe „Technologien – Trends – Transfer“ mit fünf Veranstaltungen, einer Vorlesungsreihe in der Hochschule, einem Transfertag an der Universität und dem „Bremer Design Diskurs“ bestand. Außerdem wurde von der Handelskammer die Veranstaltungsreihe „Transfer vor Ort – Nachmittage der Wissenschaft“ in sechs Bremer und Bremerhavener Unternehmen angeboten. Hierbei wurden gut funktionierende Kooperationen zwischen Unternehmen und Forschungseinrichtungen präsentiert.

Bremerhaven – Die „Stadt der Wissenschaft 2005“ hat Bremerhaven deutlich geprägt. Am 24. Juni wurde die „Pier der Wissenschaft“ eröffnet. Beginnend am Zoo

am Meer verband die „Pier“ das Deutsche Schiffahrtsmuseum, das Historische Museum Bremerhaven, die Hochschule Bremerhaven, das Alfred Wegener-Institut für Polar- und Meeresforschung, das Designlabor und den Hafen der Forschung am Handelshafen. Alle wissenschaftlichen Institutionen wurden auf der Seemeile präsentiert: Durch Inszenierungen, Aktionen und Vortragsveranstaltungen entlang der „Pier der Wissenschaft“ wurden die Besucher aller Altersgruppen dazu angeregt, das örtliche Forschungsnetz eigenständig zu entdecken.

Ein weiteres zentrales Projekt war die Ausstellung „ContainerTerminal – MeerWissen aus Bremerhaven“ auf dem Hans-Scharoun-Platz. In neun signalrot leuchtenden Containern machte die Ausstellung sichtbar, was täglich in den wissenschaftlichen Instituten und Museen Bremerhavens stattfindet. Der Streifzug durch die maritimen Wissenschaften der Seestadt behandelte die Themen Nahrung aus dem Meer, Migrationsforschung, Meeresforschung, Windenergie, Polarforschung und Logistik. Die Projekte wurden gemeinsam von den wissenschaftlichen Einrichtungen (Deutsches Schiffahrtsmuseum, Historisches Museum Bremerhaven, Hochschule Bremerhaven, Technologie-Transfer-Zentrum Bremerhaven, Alfred-Wegener-Institut für Polar- und Meeresforschung und Deutsches Auswandererhaus) aus der Taufe gehoben und sind ein Beispiel für die Vernetzung der wissenschaftlichen Einrichtungen in Bremerhaven.

Dies zeigte auch das Programm des Finales der „Stadt der Wissenschaft 2005“, das am 30. November in Bremerhaven einen gan-



Das in 2005 eröffnete Deutsche Auswandererhaus in Bremerhaven, neuer Anziehungspunkt der Seestadt, widmet sich auch der Migrationsforschung.

Abschlussveranstaltung zum Jahr der Wissenschaft im Bremerhavener Stadttheater:
(v.l.) Regierungschef Jens Böhrnsen, Staatssekretär Thoma Rachel, Dresdens Bürgermeister
Ingolf Roßberg und Bremerhavens Oberbürgermeister Jörg Schulz

zen Tag lang noch einmal mit Kinder-Universität, Theater, Vorträgen Experimenten und Filmen das breite Spektrum erlebbar machte. Offizieller Abschluss war die Abendveranstaltung „Ein Fest für die Wissenschaft“ im Stadttheater Bremerhaven, wo die Staffel an Dresden, die „Stadt der Wissenschaft 2006“, übergeben wurde.

Entwicklung der High-Tech-Region

Bremens Wirtschaftsminister Jörg Kastendiek gab die Marschrichtung vor, nachdem sich der Senat 2005 zum Thema „Entwicklung der High-Tech-Region Bremen“ beraten hatte. „Wir haben eine hervorragende Wissenschaftslandschaft“, stellte Kastendiek fest. „Jetzt müssen wir daran arbeiten, dass auch die regionale Wirtschaft einen konkreten Nutzen davon hat.“ Man wird Senator Kastendiek zustimmen müssen. Geht es um die Zukunft des Landes, führt an dem Gleichklang zwischen Wirtschaft und Wissenschaft kein Weg vorbei. Für Bremen und Bremerhaven ist dabei naturgemäß die maritime Komponente von großer Bedeutung. Und gerade auf diesem Gebiet kommen sich Wirtschaft und Wissenschaft im Bundesland Bremen immer näher.

Das vom Senat beschlossene Programm „InnoVision 2010 – Bremer Innovationsoffensive“ will Bremerhaven und Bremen noch zielgerichteter zur High-Tech-Region machen. Bis 2010 soll sich das Land unter den zehn führenden deutschen Technologiestandorten platzieren. Hierzu müssen vorhandene Innovationsfelder gestärkt und neue entwickelt werden. Das Programm „InnoVision 2010“ orientiert sich am Technologiepark Universität in Bremen, einem der drei größten seiner Art in der Bundesrepublik. Dort sind in mehr als 300 High-Tech-Unternehmen 6.000 Menschen tätig – und dokumentieren das produktive Miteinander von Wirtschaft und Wissenschaft.

Kompetenzen bündeln

Im Rahmen des Programms „InnoVision 2010“ untersuchte das Bremer Beratungs-

unternehmen Balance Technology Consulting GmbH die Potenziale der maritimen Wirtschaft im Zwei-Städte-Staat. Im Hinblick auf die Bereiche der Meeresforschung und Meereswirtschaft bilanzierten die Wirtschaftsexperten: „Hier besteht im Land Bremen ein Knowledge-Pool, der zu Querverbindungen mit anderen Bereichen der maritimen Wirtschaft genutzt werden kann.“ Insgesamt habe sich das Land Bremen als maritimes Oberzentrum der Region etabliert, so die Balance-Analyse. Und: Die Voraussetzungen für die Bildung eines maritimen Kompetenzclusters seien erfüllt.

So findet sich das größte Meeres- und Polarforschungspotenzial Deutschlands im kleinsten Bundesland. Mit dem seit 25 Jahren bestehenden Alfred-Wegener-Institut für Polar- und Meeresforschung (AWI) in Bremerhaven wurde dafür die Basis geschaffen. In der größten außeruniversitären Forschungseinrichtung im Lande Bremen wird unter anderem die Polarforschung der gesamten Bundesrepublik koordiniert. Bei seiner vielfältigen wissenschaftlichen Arbeit rund um die Forschungsfelder Eis, Meer und Klima ist dem AWI stets die Verbindung zur Wirtschaft wichtig gewesen. Sie spiegelt sich zum Beispiel im geplanten Institut für marine Ressourcen (IMARE) wider. Das IMARE soll unter dem Dach von AWI, Hochschule Bremerhaven und Universität Bremen gemeinsam mit Industrieunternehmen wie Frozen Fish International, Lloyd-Werft und Volkswagen AG konkrete Produkte entwickeln.

Die partnerschaftliche Zusammenarbeit mit der Wirtschaft hat sich auch das Zentrum für marine Umweltwissenschaften (MARUM) in Bremen auf die Fahnen geschrieben. In ihm kooperieren das AWI, das Zentrum für marine Tropenökologie (ZMT), der Fachbereich Geowissenschaften an der Universität Bremen und das Max-Planck-Institut für marine Mikrobiologie. Das ZMT in

Bremen widmet sich dem Schutz und der umweltgerechten Entwicklung tropischer und subtropischer Küstenlebensräume. Partnerschaftsprojekte bestehen in Süd- und Mittelamerika, West- und Südafrika, in Süd- und Südostasien sowie im Nahen Osten. Außerdem beherbergt das ZMT seit 1995 die Kontaktstelle für Tropische Küstenforschung des Bundesministeriums für Bildung und Forschung.

Forschungsergebnisse zugänglich machen

Das ebenfalls unter dem MARUM-Dach wirkende Max-Planck-Institut für Marine Mikrobiologie in Bremen beschäftigt sich mit der Rolle, Vielfalt und den Eigenschaften von Mikroorganismen. Im Zentrum „tummeln“ sich dabei in der Natur lebende Bakterien, die im Meer und anderen so genannten aquatischen Systemen entscheidend für Stoffumsetzungen verantwortlich sind. Im MARUM sollen Kompetenzen unterschiedlicher Disziplinen gebündelt werden, mit dem Ziel neuer Forschungsprojekte und meeres technischer Entwicklungen. Nicht zuletzt geht es darum, der Öffentlichkeit Forschungsergebnisse zugänglich zu machen. Auf diese Weise soll mehr Verständnis für die Wissenschaft geweckt werden. Die MARUM-Mitarbeiter setzen sich in erster Linie mit den Themenfeldern „High-Tech im Meer“, „Lebensraum Küste“ und „Ozean & Klima“ auseinander. Dabei bestehen immer wieder enge Berührungspunkte zur Wirtschaft, etwa wenn es um Umweltschutzprojekte beim Unterhalten der Häfen geht.

Weitere Impulse für die maritime Wissenschaft und Wirtschaft in Bremerhaven und Bremen werden vom Institut für Fischereibiologie erwartet. Es gehört zur Bundesforschungsanstalt für Fischerei und liefert der Bundesregierung wissenschaftliche Entscheidungshilfen für eine erfolgreiche Fischereipolitik. Zurzeit ist das Institut noch in Hamburg, Cuxhaven und Ahrensburg untergebracht. Aber voraussichtlich

Das „BioNord“ in Bremerhaven ist das einzige deutsche Zentrum, das sich ausschließlich um die industrielle Nutzung biologischer Vorgänge im Meer kümmert.



2008 wird es nach Bremerhaven umziehen; der Umzug an sich ist beschlossene Sache.

Das Bundesinstitut befasst sich mit den Einflüssen des Menschen auf das Ökosystem Meer. Dabei geht es in erster Linie um Schadstoffe im Wasser und dadurch verursachte Fischkrankheiten. Wenn das Bundesinstitut erst einmal in der Seestadt angesiedelt ist, bietet sich nach Expertenmeinung unter anderem ein Forschungverbund mit dem AWI und mit dem Institut für Lebensmitteltechnologie und Bioverfahrenstechnik (BILB) an.

Biotechnologische Ressourcen

Das BILB zählt zu den treibenden Kräften des „BioNord“ im Bremerhavener Fischereihafen. Unter dem Oberbegriff „Blaue Biotechnologie“ (Meeresbiotechnologie) wird seit 2003 geforscht. Hintergrund: Die Tiefen der Weltmeere sind noch weitgehend unentdeckt. Dort wartet ein nahezu unerschöpfliches Reservoir an Beispielen für biotechnologische Lösungen und Stoffe. Sie sollen die Grundlage für neue Verfahren und Produkte abgeben. Hier kommt die besondere Rolle von „BioNord“ zum Tragen. Es ist das einzige deutsche Zentrum, das sich ausschließlich um die industrielle Nutzung biologischer Vorgänge im Meer kümmert. Denn es will wissenschaftlich orientierten Existenzgründern und Spin-Offs aus Wirtschaft und Forschung optimale Entwicklungs- und Entfaltungsmöglichkeiten gewähren. Mehr als 200 Geräte für den Lebensmittel- und Biotechnologiesektor, deren Wert mehr als zwei Millionen Euro beträgt, können bevorzugt von kleinen und mittleren Unternehmen mitgenutzt werden. Ein großer Vorzug von „BioNord“ ist die ungewöhnlich hohe Konzentration von renommierten Lebensmittelherstellern in Bremerhaven und Bremen. Im Land sind rund 200 Unternehmen der Nahrungsmittel- und Getränkeindustrie zu Hause, darunter bedeutende und international wirkende Konzerne.

Das Technikum im „BioNord“-Gebäude wird vom Technologie-Transferzentrum (ttz) verwaltet. Seitdem das ttz 1987 auf Initiative des damaligen Rektors der Hochschule Bremerhaven aus der Taufe gehoben wurde, hat es rund 4.000 Projekte abgeschlossen. Die meisten Aufträge kamen von kleinen und mittleren Unternehmen. Die mehr als 80 Wissenschaftler aus sechs Instituten (darunter das BILB) wirken in der Biotechnologie und Lebensmitteltechnologie, in der Umwelttechnik, Energie- und Verfahrenstechnik sowie auf den Feldern der Organisation und der Gesundheitstechnologien. Eines der zurzeit aktuellen Projekte trägt den Titel „GeneLynx für Algen“. Sein Ziel ist eine integrierte Datenbank, die umfangreiche Informationen für jedes Gen einer beliebigen Algenart miteinander verlinkt.

Wissenschaftliche „Power“ näher bringen

Auch die Hochschule Bremerhaven schärft laufend ihr maritimes Profil. Beispiel: Zusammen mit dem AWI wurde ein neuer internationaler Studiengang konzipiert, der Ingenieure mit dem Schwerpunkt „Maritime Technologien“ ausbildet. Der Startschuss fiel vor knapp zwei Jahren. Die 40 Absolventinnen und Absolventen pro Semester sollen überall dort eingesetzt werden, wo die technologische Nutzung des Meeres Thema ist (z. B. in der Offshore-Zulieferindustrie und -Energienutzung, in der Fischwirtschaft und im Schiffbau).

An der Universität Bremen kann man vier internationale Masterstudiengänge zur Meeresforschung belegen. Sie wurden in den Fachbereichen Physik/Elektrotechnik, Biologie/Chemie und Geowissenschaften

etabliert. Die Wertschätzung für die Qualität der dortigen Lehre und Ausbildung wurde erneut im Juli 2005 deutlich: Die Universität Bremen schloss mit der Ocean University of China in Qingdao einen Kooperationsvertrag. Verabredet wurde ein enger Schulterchluss in der Meeresforschung und der Aufbau eines deutsch-chinesischen Zentrums für Meereswissenschaften in Qingdao. Die Ocean University of China ist weltweit die führende Forschungseinrichtung der Meereswissenschaften.

Das Institut für Seeverkehrswirtschaft und Logistik (ISL) mit Hauptsitz in Bremen und einer Außenstelle in Bremerhaven hat sich seit seiner Gründung 1954 zu einem der führenden Forschungs- und Beratungsinstitute in Europa entwickelt. Sein Informationszentrum für den Seeverkehr gilt als eines der größten der Welt. Eine der vier ISL-Abteilungen beschäftigt sich mit „Maritimer Wirtschaft und Verkehr“. Breitgefächert berät das ISL Wirtschaft und Politik. Projektpartner sind Reedereien, Speditionen und Logistikunternehmen ebenso wie Kommunen, Länder, Bund und EU.

Das Deutsche Schiffahrtsmuseum (DSM) in Bremerhaven informiert seine Besucher nicht nur lebendig und anschaulich über die deutsche Schiffahrtsgeschichte von den Anfängen bis zur Gegenwart. Es genießt als eines der meistbesuchten Museen Deutschlands auch als Forschungsstätte zu allen Bereichen der Schiffahrtsgeschichte internationale Anerkennung. Forschungs- und Entwicklungsvorhaben im Bereich des maritimen Umweltschutzes und der Sicherheit im Seeverkehr sind das Tätigkeitsfeld der GAUSS mbH in Bremen, die 2006 ihr zehnjähriges Bestehen begehen kann.

Leistungsbilanzen

Bremen_Bremerhaven

Standortpolitik

Bremen

Nationale Maritime Konferenz in Bremen

Am 24. und 25. Januar 2005 fand in Bremen die 4. Nationale Maritime Konferenz statt. Die Nationalen Maritimen Konferenzen haben sich inzwischen zu dem zentralen politischen Ereignis für die deutsche maritime Wirtschaft entwickelt. Es kann als ein Zeichen für die wachsende Wahrnehmung der gesamtwirtschaftlichen Bedeutung der maritimen Wirtschaft gesehen werden, dass in Bremen vier Bundesminister und der Bundeskanzler mit 800 Teilnehmern über die Zukunft dieses Wirtschaftszweiges diskutierten. Dazu passt auch der Kernsatz des Bundeskanzlers, der 2005 gesagt hat: „Wir müssen die maritime Wirtschaft aus der Ecke der Bescheidenheit führen.“ Inhaltlich befasste sich die Nationale Maritime Konferenz in fünf Workshops mit den Themen: Schiffbau in Deutschland, Deutsche Seeschifffahrt im internationalen Wettbewerb, Die deutschen Häfen – Verkehrsdrehscheiben in der Transportkette, Forschung und Entwicklung für das maritime Deutschland von Morgen sowie Offshore-Windenergie-Industrie in Deutschland – Perspektiven für Wirtschaft und nachhaltige Energieversorgung.

Am Rande der Konferenz besuchte die damalige Parlamentarische Staatssekretärin im Bundesministerium für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen, Angelika Mertens, die Handelskammer. Sie informierte darüber, dass noch im Jahr 2006 mit dem Beginn des Ausbaus der A 1 zwischen Bremen und Hamburg über eine Public-Private-Partnership gerechnet werden könne – ein

Projekt, das die Handelskammer stark vorangetrieben hat.

Die Fortführung der Nationalen Maritimen Konferenzen ist für die weitere positive Entwicklung der maritimen Wirtschaft von großer Bedeutung. Daher hat sich die Handelskammer gemeinsam mit den in der IHK Nord zusammengeschlossenen norddeutschen Industrie- und Handelskammern im Vorfeld der vorgezogenen Bundestagswahl im September 2005 nachdrücklich für die Fortsetzung dieser Konferenz und die Beibehaltung des Koordinators für die Maritime Wirtschaft durch die neue Bundesregierung ausgesprochen. Sie begrüßt ausdrücklich, dass sich die neue Bundesregierung bereits im Koalitionsvertrag zur Stärkung des maritimen Standortes Deutschland und zur Fortführung der „Nationalen Maritimen Konferenzen“ bekannt hat.

Hafenbezogene Investitionsvorhaben

Um vom Wachstumsmarkt Seeverkehr profitieren zu können, wird erheblich in den Ausbau der bremischen Häfen investiert. Die Handelskammer begleitet und unterstützt diese Projekte laufend:

Neubau Containerterminal CT 4 – Mit dem CT 4 wird die Stromkaje um 1.681 Meter verlängert. Damit werden vier neue Liegeplätze für Großcontainerschiffe und 90 Hektar Hafenfläche geschaffen. Die Kosten des Projekts betragen rund 500 Millionen Euro. Die Übergabe des ersten Liegeplatzes ist Ende 2006 vorgesehen, weitere sollen im Frühjahr 2007 sowie im Frühjahr 2008 folgen. Der letzte Liegeplatz soll Anfang 2009 den Betrieb aufnehmen.

Modernisierung Containerterminal I – Im Zuge der Bindung der zweitgrößten Containerreederei der Welt, der Mediterranean Shipping Company (MSC), an den Hafenstandort Bremerhaven wurde das aus den 70er Jahren stammende Containerterminal I modernisiert. Mit einer Investition von 19 Millionen Euro in die Infra- und 34 Millionen Euro in die Suprastruktur soll ein zusätzlicher Umschlag von jährlich etwa 500.000 Containern (TEU) erreicht werden.

Erneuerung und Ausbau der Kaiserschleuse – Um die Erreichbarkeit des Automobil-Terminals in Bremerhaven sicherzustellen, ist eine Erneuerung und Erweiterung der Kaiserschleuse unabdingbar. Mit dem Schleusenneubau (305 Meter lang, 55 Meter breit) wird die Erreichbarkeit der Umschlagsanlage für Carcarrier künftiger Größen sichergestellt. Die Investitionskosten betragen rund 233 Millionen Euro. Baubeginn soll Anfang 2007 sein. Die Aufnahme des Schleusenbetriebes wird für 2010 angestrebt.

Schaffung neuer Hafenflächen im Osthafen für den Automobilumschlag – Mit dem Bau einer etwa 550 Meter langen neuen Kaje und der Schaffung einer etwa 60.000 Quadratmeter großen zusätzlichen Landfläche soll die Kapazität des Autohafens Bremerhaven vergrößert werden. Insgesamt betragen die Kosten rund 24 Millionen Euro. Die Arbeiten sollen im Mai 2006 abgeschlossen sein.

Ausbau der Wendestelle vor der Stromkaje – Schiffe, die an den Containerterminals an der Stromkaje abgefertigt werden, müssen in einer Wendestelle gedreht werden. Die derzeit vorhandene Wendestelle



WESERPORT baut ein neues Containerterminal in Bremen.

ist für Schiffe mit einer Länge von rund 300 Metern und einem Tiefgang bis zu 14 Metern ausgelegt. Im Zuge der Schiffsgrößenentwicklung in der Containerschifffahrt ist neben dem Ausbau der Außenweser auch der Ausbau der Wendestelle für größere Einheiten erforderlich. Hierzu wird die Wendestelle für Schiffe bis zu einer Länge von 400 Metern ausgebaut.

Neues Containerterminal in Bremen – Im Bereich der WESERPORT-Anlagen im Bremer Industriehafen entsteht insbesondere für den Short-Sea-Verkehr ein neuer Containerterminal. Kern der Investitionen ist die Verlängerung der Kaje um 120 Meter – dies entspricht einem Liegeplatz für Feederschiffe – sowie die Errichtung eines Doppelenker-Drehwipkranes mit einer Tragkraft von 55 Tonnen. Komplettiert wird das Containerterminal durch umfangreiche Umschlags- und Verkehrsflächen. Insgesamt werden rund zwölf Millionen Euro im Industriehafen investiert. Die Fertigstellung ist für Mitte 2006 vorgesehen.

Ausbau der Mittel-, Unter- und Außenweser – Die Anpassung der Unterweser an die Schiffsgrößenentwicklung im Massengüterverkehr, der Außenweser an die Entwicklung im Containerverkehr sowie der Ausbau der Mittelweser für das Großmotorgüterschiff sind für das weitere Wachstum der bremischen Häfen unverzichtbar. Die Kosten betragen rund 20 Millionen Euro für die Unterweservertiefung, knapp 30 Millionen Euro für die Anpassung der Außenweser sowie 100 Millionen Euro für den Ausbau der Schleusen Dörverden und Minden. Im Gegensatz zum Bau der Schleusen an der Mittelweser ist die Außenweseranpassung aus formellen Gründen nicht Bestandteil des vordringlichen Bedarfes im geltenden Bundesverkehrswegeplan. Dennoch stehen für den Beginn dieser Maßnahme 20 Millionen Euro aus dem „Zwei-Milliarden-Programm zur Verbesserung der Verkehrsinfrastruktur“ des Bundes bereit. Ein erhebliches Risiko für die Realisierung

der Maßnahme ist jedoch die vorgesehene Anmeldung von Teilen der Außen- und Unterweser nach der europäischen FFH-Naturschutzrichtlinie. Die Handelskammer vertritt die Auffassung, dass zumindest die eigentliche Fahrrinne nicht angemeldet werden sollte.

Umschlagsentwicklung

Mit rund 55 Millionen Tonnen Gesamtumschlag konnten die bremischen Häfen 2005 wieder ein Rekordergebnis erzielen. Sie profitieren weiterhin von der anhaltend positiven Entwicklung in der internationalen Seeschifffahrt sowie von einer konsequenten Investitionspolitik des Landes in die Umschlagskapazität. Wachstumsschwerpunkt war der Containerverkehr mit einer Mengensteigerung von mehr als zehn Prozent. Mit rund 3,9 Millionen umgeschlagenen Standardcontainereinheiten (TEU), nähern sich die bremischen Häfen der vier Millionen TEU-Marke. Auch der konventionelle Stückgutumschlag, insbesondere der Fahrzeugumschlag sowie der Umschlag von Waldprodukten, erreichten teilweise zweistellige Zuwachsraten. Leichte Einbußen mussten beim Massengüterumschlag verzeichnet werden, der Stahlschlag stabilisierte sich insgesamt auf hohem Niveau.

Durch die maritime Wirtschaft werden rund 30 Prozent des Bruttoinlandsproduktes Bremens generiert. Nach neuen Untersuchungen erwirtschaften allein die bremischen Unternehmen der Wertschöpfungsketten Hafen, Logistik und Schifffahrt insgesamt einen Umsatz von rund 4,8 Milliarden Euro. Der Gesamtumsatz der maritimen Wirtschaft in Bremen liegt bei rund acht Milliarden Euro.

Die A 281 wird sichtbar

Die Schließung des Autobahnringes um Bremen durch die A 281 ist für die Freie Hansestadt ein zentrales wirtschaftspolitisches Projekt. Mit den laufenden Baumaßnahmen im Bereich der Neustadt und entlang

der Senator-Apelt-Straße beginnt die A 281 konkrete Formen anzunehmen. Bereits die im Bau befindlichen Abschnitte 2/1 und 3/1 werden dem Güterverkehrszentrum, dem Flughafen und auch den Häfen links der Weser endlich einen direkten Autobahnanschluss ermöglichen.

Voraussetzung für das Erreichen der vollen Entlastungs- und Erschließungsfunktion ist allerdings, dass der vierte Bauabschnitt – die Weserquerung – rasch verwirklicht wird. Unstrittig ist, dass die Realisierung der Weserquerung über den Bundesverkehrshaushalt auf lange Sicht nicht zu erwarten ist. Für die Umsetzung kommt nur eine privatwirtschaftliche Finanzierung in Betracht. Für den Erfolg eines derartigen Betreibermodells ist es jedoch unbedingt erforderlich, die Bau- und Betriebskosten möglichst gering zu halten, um die Höhe der Maut und damit die Akzeptanz dieser neuen Verkehrsbeziehung sicherzustellen. Um eine Brückenlösung zu vermeiden, hat Bremen bereits rund sechs Millionen Euro für eine erhöhte Anschubfinanzierung eines Tunnels übernommen. Weitere Mehrausgaben, die nicht durch rechtliche Vorgaben und Bauvorschriften begründet sind, lassen sich nach Auffassung der Handelskammer nicht rechtfertigen.

Leider wird die Realisierung der Weserquerung in den Medien als lokales Problem betrachtet, während die Vorteile des geschlossenen Autobahnringes um Bremen für die gesamte Stadt und die Region kaum thematisiert werden. Um diese Informationsdefizite auszugleichen, hat die Handelskammer gemeinsam mit dem Senator für Bau, Umwelt und Verkehr, dem Bundesministerium für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen sowie mit der Planungsgesellschaft GPV eine Zeitungsbeilage erarbeitet, die in einer Auflage von 120.000 Exemplaren dem „Kurier am Sonntag“ am 6. November 2005 beigelegt wurde. In dieser Broschüre wurden die Vorteile einer kompletten Autobahnnecke Verbindung A 281



(v.l.) Das GVZ erhält mit der Anbindung an die im Bau befindliche A 281 endlich einen Autobahnanschluss; auch die Überseestadt wird demnächst von der Innenstadt aus gut erreichbar sein; in der Airport-Stadt Süd befindet sich mit Airbus und EADS Space Transportation einer der größten Standorte für die Luft- und Raumfahrt in Deutschland.

für Bremen und die Region verständlich und anschaulich erläutert.

Innerstädtische Verkehrsprojekte

Verkehrsprojekte in verdichteten Siedlungsräumen sind immer Gegenstand von Diskussionen und Abwägungsprozessen. Um die bremische Wirtschaft vor Standortnachteilen zu schützen, setzt sich die Handelskammer für die Optimierung und leistungsgerechte Dimensionierung der innerstädtischen Verkehrswege ein. In diesem Sinne ist es erfreulich, dass 2005 eine Reihe von Straßenbauvorhaben vorangebracht bzw. fertig gestellt werden konnten: In der Innenstadt wurde mit dem Rechtsabbieger vom Am Wall in den Schlüsselkorb eine von der Handelskammer seit langem geforderte Maßnahme zur verbesserten Erreichbarkeit der City realisiert. Bei der gelungenen Umgestaltung von Markt- und Wachtstraße hat sich die Handelskammer im Vorfeld nachdrücklich und erfolgreich für eine sinnvolle Gestaltung und vernünftige Bauabläufe eingesetzt. Mit dem Umbau der Ostertorstraße hat die so genannte Kulturmeile nunmehr auf voller Länge ein neues Äußeres erhalten.

Nach langer und für den Einzelhandel schwieriger Bauzeit wurde im Herbst 2005 die Wachmannstraße fertig gestellt. Vom aufgewerteten Fußgängerbereich profitiert das Nebenzentrum. Daneben wurde die letzte Lücke im Gleisnetz der Bremer Straßenbahn AG geschlossen, um ab 2006 die ersten neuen und breiteren Straßenbahnzüge auf der Linie 6 zwischen Flughafen und Universität einzusetzen. Mit der Fertigstellung der Langemarkstraße wurde in der Neustadt ein Nadelöhr der vergangenen beiden Jahre beseitigt. Im Dezember war der von erheblichen Verkehrsbehinderungen begleitete Umbau des Utbremer Kreises bis auf wenige Abschlussarbeiten fertiggestellt. Die neue Ampelkreuzung soll die verkehrliche Leistungsfähigkeit dieser wichtigen Zufahrtsstraße zur Anschlussstelle Überseestadt steigern.

Mit ungleich größerem Aufwand wurde das Ziel einer Leistungssteigerung mit dem ebenfalls im Jahr 2005 fertig gestellten „Vollknoten“ an der Anschlussstelle Hemelingen erreicht. Das Gewerbegebiet Hansalinie hat damit eine deutliche Aufwertung erfahren. Weiter im Bau befindet sich die Anbindung Überseestadt. In Verlängerung des Innenstadtringes Am Wall erhält so die Überseestadt eine attraktive und schnelle Verbindung in die City.

2005 wurde vom Eisenbahn-Bundesamt in Hannover die Planfeststellung der drei geplanten Eisenbahnunterführungen in Oberneuland beschlossen. Damit endet ein 1992 begonnenes eisenbahnrechtliches Genehmigungsverfahren. Der Beschluss beinhaltet keine Aussage darüber, wann mit einem tatsächlichen Baubeginn zu rechnen ist. Zudem sind noch letztinstanzliche Klagen anhängig. Nach dem so genannten Eisenbahnkreuzungsgesetz ist eine Kostendrittelung zwischen Bund, Bahn und Stadtgemeinde Bremen vorgesehen.

Gewerbegebiet Bremer Kreuz/ Weserpark: Es tut sich viel

Vor dem Hintergrund der geplanten Ansiedlung von Möbel-Kraft auf dem Radio Bremen-Gelände an der Hans-Bredow-Straße kommt allmählich Bewegung in die Umsetzung des längst verabschiedeten und von der Handelskammer stets eingeforderten Verkehrskonzeptes Bremer Osten. Fest beschlossen ist die massive Aufweitung der Doppelkreuzung Hans-Bredow-Straße/Osterholzer Heerstraße und Hans-Bredow-Straße/Julius-Faucher-Straße. Hinzu kommt eine deutliche Verbesserung der Autobahnauf- und -abfahrt an der Anschlussstelle Sebaldsbrück zur A 27. Als Bauzeit hierfür sind rund zwei Jahre vorgesehen – von November 2006 bis Oktober 2008. Der Abschluss des Bauvorhabens deckt sich mit dem voraussichtlichen Eröffnungstermin des neuen Möbelhauses. Auf Grund dieser vergleichsweise engen Planungshorizonte wird die ebenfalls be-

schlossene Verlängerung der Straßenbahnlinie 1 von der Züricher Straße über den Weserpark bis zum Bahnhof Mahndorf auf die Zeit nach 2008 verschoben.

Wichtig und unabdingbar ist, dass die komplexen und langwierigen Bauabläufe nicht zu einem vollständigen Verkehrschaos im Bremer Osten führen. Die Handelskammer wird hierzu engen Kontakt zur Verwaltung sowie zu den Unternehmen vor Ort halten. Es ist daher zu begrüßen, dass Bausenator Jens Eckhoff seinen ehemaligen Staatsrat Logemann als Koordinator für das Bremer Kreuz eingesetzt hat. Ebenso notwendig ist aus Sicht der Handelskammer die Verlängerung der Theodor-Barth-Straße über Achimer Gebiet mit Anschluss an die A 27. Nur im Einvernehmen mit der Gemeinde Achim und der niedersächsischen Landesregierung kann dieses für die Unternehmen im eigentlichen Industriegebiet enorm wichtige Vorhaben vorangebracht werden.

Airport-Stadt: Ein neuer Stadtteil erhält Konturen

Rund um den Flughafen hat sich ein attraktiver und moderner Wirtschaftsstandort entwickelt: die Airport-Stadt. Mit ihr hat Bremen ein neues Businesszentrum, das insgesamt mehr als dreimal so groß wie die Bremer Innenstadt ist. Schon jetzt arbeiten hier über 13.500 Menschen in mehr als 450 Unternehmen aus den unterschiedlichsten Branchen – Tendenz steigend. Pluspunkte sind die unmittelbare Nähe zum internationalen Flugverkehr und die Erreichbarkeit der Bremer City in wenigen Minuten. Hinzu kommt mit der entstehenden A 281 ab Ende 2007 ein eigener Autobahnanschluss. Bereits jetzt sind alle Grundstücke der Airport-Stadt Mitte verkauft. Auf Grund der hohen Nachfrage werden neue Flächen erschlossen.

Die Airport-Stadt Bremen zeichnet sich durch kurze Wege und intelligente Flächenhennutzung aus. In den vier Stadttei-



Die International University Bremen in Grohn ist für den Wirtschaftsstandort Bremen-Nord von hoher Bedeutung.

len Airport-Stadt Mitte, West, Ost und Süd entstehen moderne, qualitativ hochwertige Gebiete mit unterschiedlichen Charakteren – eine Entwicklung, die von der Handelskammer unterstützt wird und die 2005 deutliche Konturen bekommen hat. Während sich die Airport-Stadt Mitte – direkt am Flughafen gelegen – mit mehr als 5.500 Beschäftigten als Büro- und Dienstleistungsstandort etabliert hat, wird die bald in ersten Teilabschnitten fertig gestellte A 281 das verkehrstechnische wie auch das Stadtbild prägende Bindeglied zwischen den Standorten West, Süd und Ost darstellen. Dabei gibt die Airport-Stadt Süd bereits jetzt den Takt vor. Bremen beheimatet dort einen der größten Standorte für Luft- und Raumfahrt in Deutschland. Bei EADS Space Transportation sowie deren Tochtergesellschaften und Zulieferern werden rund 5.000 Menschen in hochqualifizierten Jobs beschäftigt.

Info-Veranstaltungen für die Transport- und Logistikwirtschaft

Die Handelskammer hat in insgesamt acht Veranstaltungen mit rund 700 Teilnehmern über unternehmensstrategische, oft auch tagesaktuelle Themen der Transport- und Logistikwirtschaft informiert. Bei der gemeinsamen Veranstaltungsreihe „Modernes Fuhrparkmanagement – Innovationen für das Verkehrsgewerbe“ von Handelskammer, BIA Bremer Innovations-Agentur GmbH und dem Landesverband Verkehrsgewerbe Bremen (LVB) e. V. wurden die „Trends in der Nahrungs- und Genussmittellogistik“ beleuchtet, der „Erfolgsfaktor Kostentransparenz“ dargestellt sowie das „Logistik-Outsourcing“ diskutiert. Diese Reihe wird 2006 fortgesetzt.

Daneben ging es in zwei Sitzungen des Arbeitskreises Gefahrgut um den Erfahrungsaustausch sowie die Information zu Änderungen im Gefahrgutrecht. Mit den Neuerungen im Bereich der Hafensicherheit befasste sich eine Gemeinschaftsveranstaltung von Handelskammer und Senator für

Wirtschaft und Häfen. Die Feinstaubproblematik in Bremen und die rapide gestiegenen Diesel- und Heizölpreise standen im Mittelpunkt weiterer Veranstaltungen.

Bremen-Nord: Diskussion um Standortbedingungen

Im Mittelpunkt der beiden Dialog-Foren Bremen-Nord am 2. Juni und 2. November 2005, zu denen die Handelskammer gemeinsam mit dem Wirtschaftsrat Bremen-Nord und dem Industrie-Forum Bremen-Nord in die Strandlust in Vegesack eingeladen hatte, stand das Thema „Business Improvement Districts“ sowie die Frage, welche Zukunft Bremen-Nord als Wirtschaftsstandort hat.

Business Improvement Districts (BID) werden als neues Modell der Kooperationen zwischen öffentlichen und privaten Trägern inzwischen bundesweit diskutiert. Das Ziel dieser Standortgemeinschaften ist die Stärkung und Aufwertung von Geschäftsstraßen in Eigeninitiative und durch finanzielle Selbstverpflichtung.

Bei der Herbstveranstaltung wurde über die Halbzeitbilanz des von der Bremer Regierungskoalition aufgelegten „Zukunftsprogramms Bremen-Nord“ diskutiert. Als standortpolitischer Erfolg ist aus Sicht der Handelskammer die inzwischen begonnene Verlängerung der B 74 von Blumenthal nach Farge zu bewerten. Überaus erfreulich ist auch die inzwischen fertig gestellte sechsspurige A 27 zwischen Überseeestadt und Burglesum. Für den Verkehr von und nach Bremen-Nord bedeutet dies eine ganz neue Qualität. Hinzu kommt der für 2006 vorgesehene Ausbau des Vollknotens Schönebeck/St. Magnus, mit dem diese beiden Ortsteile einschließlich der IUB deutlich besser an die A 27 angebunden werden. Auch die sich konkretisierende Wiederaufnahme des Fahrbetriebes der Farge-Vegesacker-Eisenbahn kann Bremen-Nord dringend notwendige Impulse versetzen.

Tourismusentwicklung 2005 – Großveranstaltungen und Marketingmittel nötig

Die Tourismusbranche in Bremen verzeichnete im ersten Halbjahr 2005 mit 535.897 Übernachtungen (-5,9 Prozent im Vergleich zum Vorjahr) deutliche Rückgänge bei den Übernachtungszahlen. Dieses negative Ergebnis beruht auf mehreren Faktoren: der Schließung des Space Parks und dem Fehlen von Großveranstaltungen wie der Chorolympiade, ebenso aber auf der Reduzierung von Marketingmitteln, die für die Bewerbung Bremens unbedingt notwendig sind. Umso wichtiger ist es, der touristischen Entwicklung durch ein Landestourismusprogramm zuverlässige Perspektiven zu geben. Bremen braucht auch im Wachstumsmarkt Tourismus eine Richtungsentscheidung, um sich in diesem umkämpften Markt auch künftig erfolgreich platzieren zu können. Eine Edutainment-Zusammenstellung, wie sie mit dem Ausbau des Science Centers Universum, der Eröffnung des Deutschen Auswandererhauses oder dem Bau des Klimahauses in Bremerhaven zusammen mit schon bestehenden Attraktionen wie Botanika oder Übersee-Museum gegeben ist, muss in einem Tourismusprogramm als ein Schwerpunkt für das zukünftige Marketing wiederzufinden sein.

Bremerhaven

Tradition: Politische Prominenz beim Gästeabend

Am Gästeabend der IHK Bremerhaven kommen jedes Jahr traditionell die Repräsentanten der Kammer mit den Spitzenvertretern aus Politik, Verwaltung, Wirtschaft und Wissenschaft der Unterweser- und Untereberegion zusammen. Ehrengast war 2005 der Wirtschaftsminister des Saarlandes, Dr. Hanspeter Georgi. Vor 140 geladenen Gästen informierte er über die Sanierungsstrategien des Saarlandes und stellte Verbindungen zum Bundesland Bremen her. Der Sinn dieses traditionsreichen



(v.l.) IHK-Hauptgeschäftsführer Michael Stark und Saarlands Wirtschaftsminister Dr. Hanspeter Georgi auf dem Gästeband der IHK Bremerhaven



(v.l.) IHK-Ehrenpräsident Dr. Ditzten-Blanke und der Senior des Kammerkonvents, Hans-Dieter Brünjes

Abends ist, die Seestadt Bremerhaven als Wirtschaftsstandort bekannt zu machen und Kontakte zu Abgeordneten und Mitarbeitern leitender Behörden und der Justiz zu vertiefen. Die Gäste haben an diesem Abend die Chance, bei ausgiebigen Gesprächen in besonderer Atmosphäre zu „netzwerken“ und um Verständnis für die Belange der Bremerhavener Wirtschaft zu werben. Die Teilnahme am Gästeband ist begehrt. So wird er auch nicht aus den Pflichtbeiträgen der Mitgliedsbetriebe, sondern aus freiwilligen Spenden kammerverbundener Firmen finanziert. Und der Erfolg ist in vielfacher Hinsicht bemerkenswert.

Stiftungspreis der Bremerhavener Wirtschaft

Preisträger des Stiftungspreises 2005 der Bremerhavener Wirtschaft war das Schulprojekt „Highsea“ im Alfred-Wegener-Institut (AWI). Das AWI und der Magistrat der Stadt Bremerhaven, vertreten durch das Schulamt, hatten das Projekt zum 1. August 2002 ins Leben gerufen, um das Interesse von Schülern an naturwissenschaftlichen Fächern zu fördern und so auch wieder für mehr Studenten in diesem Bereich zu sorgen. Die Schüler der Oberstufe des Lloyd-Gymnasiums und der Schulzentren Geschwister Scholl und Carl von Ossietzky – zusammen mehr als 60 Gymnasiasten – werden am AWI an zwei Tagen in der Woche in Biologie, Chemie, Mathematik, Physik und Englisch unterrichtet. Ehrengast der Preisverleihung war der Direktor der International University Bremen (IUB), Dr. Fritz Schaumann, der auch die Festrede hielt.

Der Stiftungspreis wurde vor fünf Jahren anlässlich des 125-Jährigen Jubiläums der

IHK Bremerhaven ins Leben gerufen, um Leistungen auszuzeichnen, die nachhaltig und positiv auf die Standortqualität Bremerhavens ausstrahlen. Damit will die Wirtschaft ihre Verantwortung und ihr Engagement für den Standort Bremerhaven unterstreichen. Gleichzeitig verbindet sie mit dieser Initiative die Erwartung einer nachhaltigen Belebung und Stärkung des wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Lebens zum Wohle der Stadt und ihrer Bewohner.

Gute Noten für den Fischereihafen

Der Standort Fischereihafen in Bremerhaven bekommt von Unternehmern gute Noten: Wie eine Umfrage der IHK Bremerhaven zeigt, profitiert er von seiner Erreichbarkeit und Verkehrsanbindung, seiner Infrastruktur sowie der logistischen Anbindung über den See- und Landweg. Hinzu kommt die Nähe zu Kunden, Zulieferern und Geschäftspartnern. Vorteile bieten außerdem das vor Ort vorhandene Fachwissen und Angebot an qualifizierten Arbeitskräften im Bereich Lebensmittel- und Fischindustrie sowie die Nähe zu wissenschaftlichen Einrichtungen. Probleme beklagen die Unternehmer vor allem bei der Höhe der Standortkosten – bei Energiekosten, Wasser- und Abwasserkosten und den übrigen Standortkosten, einschließlich der Höhe der Gewerbesteuern und der sonstigen Abgaben. Hindernisse bestehen außerdem in einem nicht zufriedenstellenden Anschluss an den Öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) und des fehlenden Zollamtes.

Zur Unternehmenssicherung und der Förderung von Investitionen im Fischereihafen verlangen die Unternehmen daher in erster Linie sinkende Standortkosten, eine

Verbesserung der Infrastruktur und die Optimierung der logistischen Anbindung. Verstärktes Stadtmarketing und der Ausbau der ÖPNV-Verbindungen seien ebenfalls erforderlich. Damit die Wettbewerbsfähigkeit des Fischereihafens gesichert wird, setzt sich die IHK dafür ein, dass die vorhandenen Vorteile ausgebaut und die Standortkosten gesenkt werden.

A 22: Die Wirtschaft hält ihr Versprechen und spendet 750.000 Euro

Die Küstenautobahn A 22 ist das zentrale Straßenverkehrsprojekt im Nordwesten, das durch die Eröffnung des Wesertunnels 2004 neue Schubkraft erhalten hat. Dennoch sah sich das Land Niedersachsen außer Stande, die für die Aufnahme der Planungen notwendigen Mittel aufzubringen. Daher haben die Kammern in Bremen, Bremerhaven, Emden, Oldenburg und Stade Ende 2004 eine Aktion gestartet, mit dem Ziel, bei den Unternehmen der Region 750.000 Euro und damit ein Drittel der für die Linienbestimmung erforderlichen 2,25 Millionen Euro einzuwerben. Die weitere Finanzierung kommt zu gleichen Teilen vom Land Niedersachsen und den Gebietskörperschaften im Planungsraum (Landkreise und kreisfreie Städte). Am 27. Oktober 2005 wurde die Spendenaktion erfolgreich abgeschlossen und der Scheck an den niedersächsischen Wirtschaftsminister Walter Hirche übergeben.

Parallel dazu hat der bei der IHK Bremerhaven angesiedelte Förderverein „Pro A 22 e. V.“ in einer öffentlichen Auftaktveranstaltung mit der intensiven Lobbyarbeit für die Küstenautobahn begonnen. Dieser Verein, der vor allem mit Hilfe seines parlamentarischen Beirats gegenüber Entscheidungsträgern aus Politik und Wirtschaft langfristig wirksame Lobbyarbeit betreiben will, hatte im Juni 2005 nach Bremervörde eingeladen. Dabei zeigte sich, dass Abgeordnete aller Parteien auf Länder-, Bundes- und Europaebene dieses Projekt unterstüt-

Die „Scheckübergabe“ für die A 22-Spende in Oldenburg: (v.l.) Peter H. Greim, Präsident der IHK Bremerhaven, Dr. Patrick Wendisch, Präses der Handelskammer Bremen, Rolf Trauernicht, Ehrenmitglied der Vollversammlung der IHK für Ostfriesland und Papenburg, Walter Hirche, niedersächsischer Minister für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr, und Dr. Karl Harms, Präsident der Oldenburgischen IHK



zen, denn sein Nutzen betrifft nicht nur die regionale Wirtschaft. Es wurde auch klar, dass angesichts der knappen öffentlichen Kassen bei der Finanzierung der Küstentautobahn A 22 neue Wege gegangen werden müssen, bei der Privatfinanzierungsätze im Mittelpunkt stehen.

Hafenzubringer Cherbourger Straße

Der Hafen in Bremerhaven ist einer der leistungstärksten Wirtschaftsmotoren im Land Bremen. Seit Jahren sind dort positive Entwicklungen bei den Umschlagsmengen zu verzeichnen, die sich mit dem Bau des Containerterminals CT 4 und der Umsetzung des Masterplans für die Optimierung des Automobile-Logistic-Centers Bremerhaven verstärkt fortsetzen werden. Damit die Containerterminals in Bremerhaven besser an das übergeordnete Straßennetz angebunden werden können, ohne das sensible logistische Gefüge zu stören, benötigt der Hafen eine optimale Straßenanbindung, deren wichtigster Teil die Cherbourger Straße ist. Damit sich diese nicht zu einem „Flaschenhals“ entwickelt, ist eine zukunftsorientierte Lösung notwendig. Die gefundene Lösungsvariante „Halboffener Trog“ mit der Unterquerung der Langener Landstraße und der Wurster Straße erfüllt aus Sicht der IHK die zwingend erforderliche Kapazitätsanforderung. Unterstützt wurden diese Pläne auch vom damaligen Bundesverkehrsminister Manfred Stolpe, der im August 2005 bei seinem Besuch in Bremerhaven den Bau einer leistungsfähigen Anbindung des Containerterminals an die A 27 zusagte. Die Lösung „Halboffener Trog“ wird rund 100 Millionen Euro kosten.

Zukunftsmarkt Transport und Logistik

Mehr als zwei Drittel der Bremerhavener Transport- und Logistikunternehmen erwarten in den nächsten fünf Jahren einen Anstieg ihres Umsatzes. Diese positive Prognose ist das Ergebnis einer Umfrage der IHK Bremerhaven. Dabei spielen Ver-

bindungen mit dem Ausland eine große Rolle. Etwa 68 Prozent der Bremerhavener Unternehmen der Transport- und Logistikbranche haben Geschäftsverbindungen im Ausland, vor allem mit dem Benelux-Raum und Nordeuropa. Die Osterweiterung der Europäischen Union bietet sowohl Chancen als auch Risiken. Ein Drittel der Unternehmen hat dort die Gelegenheit ergriffen, neue Geschäftsfelder und Märkte zu erschließen, während andere einen Preisverfall verzeichneten oder vom Markt verdrängt wurden. Um sich den Herausforderungen des Marktes zu stellen, planen die befragten Unternehmen die Modernisierung vorhandener Kapazitäten, die Entwicklung neuer Servicekonzepte oder den Einstieg in neue Geschäftsfelder. Andere setzen auf neue Vertriebswege und die Einführung von Qualitätsmanagement.

Umfrage zur Lkw-Maut - Unternehmen gut vorbereitet

Eine Studie der Industrie- und Handelskammern Bremerhaven und Stade zeigte, dass sich die meisten Unternehmen gut auf die Lkw-Maut vorbereitet hatten. Fünf Sechstel haben die so genannten On-Board-Units in ihre mautpflichtigen Fahrzeuge eingebaut, vier Fünftel entrichten nach eigenen Angaben immer die Maut, sechs Siebtel hatten die Höhe der entstehenden Mautkosten in etwa richtig eingeschätzt und drei Viertel konnten eine relativ gleichbleibende Auslastung ihres Fuhrparks aufweisen. Allerdings hat sich etwa bei jedem Fünftel die Auslastung der Fahrzeuge verschlechtert. Die Mautkosten werden von 42 Prozent der Unternehmen komplett an die Kunden weitergegeben, von jedem dritten aber selbst getragen. Zur direkten Mautverringerung sollen nun die Leerkilometer durch verbesserte Logistik

innerhalb des Unternehmens/Konzernverbundes minimiert werden. Auch ist geplant, Fahrzeuge einzusetzen, die nicht mautpflichtig sind, und auf mautfreie Strecken auszuweichen.

Im Falle einer Mauterhöhung rechnen die Unternehmen mit Stellenabbau, Betriebsverlagerung oder Betriebsschließung. Zufriedenheit gibt es bei den regionalen Häfen Bremerhaven, Cuxhaven und Hamburg: Drei Viertel der Unternehmen haben weder einen Logistikstandort verlegt noch denken sie darüber nach. Fazit der Studie war aber auch: Das Thema Maut erhitze die Gemüter zwar nach wie vor, aber weit größere Sorgen bereiten den Unternehmen derzeit die hohen Treibstoffkosten.

Vom Kreuzfahrtboom profitieren

Einen regelrechten Kreuzfahrtboom erlebt das Columbus Cruise Center in Bremerhaven (CCCB) – das weltweit einzige Unternehmen, das sein Geld ausschließlich mit dem Abfertigen von Kreuzfahrtschiffen verdient. 2005 fuhren insgesamt 78 Schiffe mit rund 80.000 Passagieren ab; 2004 waren es noch 67 Abfahrten mit etwa 70.000 Passagieren. Auch die drei Liegeplätze direkt an der offenen See waren 2005 neunmal komplett ausgelastet. 70 der 78 Schiffe beendeten ihre Kreuzfahrten in Bremerhaven und starteten wieder neu. Acht von ihnen lotsten auch Tagesgäste in die Region. Dabei erkennt das CCCB auch seine Grenzen und legt Wert darauf, ein eigenes Profil für den Wettbewerb zu entwickeln. Dazu gehört ein Service-Konzept mit der ganztägigen Öffnung des Informationsschalters, einem erstklassigen Cateringangebot und 20 Telefonen mit Operator.

Kreuzfahrtboom in Bremerhaven:
Das Columbus Cruise Center ist weltweit
das einzige Unternehmen, das sein Geld
ausschließlich mit dem Abfertigen
von Kreuzfahrtschiffen verdient.



Jubiläumsjahr: 25 Jahre Alfred-Wegener-Institut

2005 feierte das Alfred-Wegener-Institut für Polar- und Meeresforschung (AWI) sein 25-jähriges Bestehen mit zahlreichen Vorträgen, Ausstellungen und Filmen. Dabei stand die Transparenz der Wissenschaft auch im Jubiläumsjahr im Mittelpunkt. Beispiel dafür waren die Vorträge der Reihe „Eis und Meer – Forschung am Alfred-Wegener-Institut“ in Bremerhaven und in Bremen, der Tag der offenen Tür „25 Jahre Forschung in Eis und Meer“ und die Besichtigung des Forschungsschiffs „Polarstern“ in Bremerhaven. Kulturelle Aspekte der Forschung wurden bei der Fotoausstellung „Polar/Blicke: Mit der Polarstern ins ewige Eis“ aufgezeigt. Außerdem wurde anlässlich des 125. Geburtstags von Alfred Wegener am 1. November die Filmreihe „Forschung und Abenteuer im Eis – Alfred Wegener im Film“ präsentiert.

An seinen Standorten in Bremerhaven, Potsdam, Helgoland und Sylt widmet sich das AWI mit 770 Mitarbeitern der Erforschung der Arktis und der Antarktis sowie den Meeren der gemäßigten und hohen Breiten. Ziel der Arbeit ist ein besseres Verständnis der komplexen Beziehungen zwischen Ozean, Eis, Atmosphäre, Meeresboden und der Tier- und Pflanzenwelt. Dabei ist die Kooperation mit nationalen und internationalen Partnern ebenso selbstverständlich wie die wissenschaftliche Nachwuchspflege am Standort Bremerhaven. Ein gutes Beispiel dafür ist die mit dem Stifungspreis ausgezeichnete Unterrichts-Kooperation des AWI mit den Bremerhavener Oberstufen.

Bremerhaven im Aufbruch – Chancen am Standort

Dass sich Bremerhaven in den letzten Jahren weiterentwickelt hat, wird bei allen negativen Rahmendaten oft übersehen. Damit auch die Stärken des Standorts mehr ins Bewusstsein rücken und die Chancen aufgezeigt werden, die sich Unterneh-

mern in der Stadt heute und in Zukunft bieten, hat die IHK Bremerhaven die Veranstaltungsreihe „Bremerhaven im Aufbruch: Wirtschaft investiert in Bremerhaven“ gestartet. Auf den Veranstaltungen präsentierten die wichtigsten Branchen der Stadt ihr Leistungsspektrum. Den Auftakt machten im Februar 2005 die Gründerzentren. Im Mai stellte sich die Logistik- und Hafengewirtschaft vor und im Oktober folgte die Lebensmittel- und Fischwirtschaft. Den Abschluss für das Jahr 2005 bildete im November die Präsentation der „Maritimen Wirtschaft/Meerestechnik“. 2006 werden die Unternehmensbereiche Windenergie und Tourismus/Dienstleistungen das Bild vom Standort Bremerhaven komplettieren.

Bremerhavener Museen als Publikumsmagnete

Bremerhaven hat als Kulturstandort Gewicht: Höhepunkt 2005 war die Eröffnung des Deutschen Auswandererhauses (DAH) im August. Es hat seinen Standort direkt am neuen Hafen bezogen, von dem aus zwischen 1830 und 1974 mehr als sieben Millionen Menschen den europäischen Kontinent verließen. Auf einer Dauerausstellungsfläche von 2.200 Quadratmetern werden die Besucher auf die Spuren der Auswanderer geschickt, deren Lebensgeschichten lebendig und sinnlich erfahrbar aufbereitet werden. Auch aktuelle Bezüge zu heutigen Migrationsthemen sind ein wichtiger Bestandteil des Konzepts.

Das DAH ist ein Musterbeispiel dafür, dass es auch attraktive Museen außerhalb der staatlichen Förderung geben kann. Denn das Auswandererhaus wurde zwar mit Hilfe öffentlicher Mittel erbaut, wird aber von einer privaten Betreibergesellschaft geführt und kommt ohne öffentliche Zuschüsse aus. Zur Realisierung hat die regionale Wirtschaft maßgeblich beigetragen. Zwar geht das DAH auf die Initiative von Historikern zurück, die 1985 den Förderverein Deutsches Auswandererhaus gründeten, weitere Schubkraft bekam die

Idee aber durch den 1998 gebildeten Initiativkreis Bremerhavener Unternehmer. Vorsitzender war und ist Dr. Joachim Ditzgen-Blanke, Herausgeber der Nordseezeitung und Ehrenpräsident der IHK. Der Erfolg bestätigt die Initiatoren: Seit der Eröffnung am 8. August haben 70.000 Interessierte das DAH besucht (Stand Oktober 2005).

Weiterer Anziehungspunkt des Museumsstandorts Bremerhaven war das 30-jährige Bestehen des Deutschen Schiffahrtsmuseums (DSM) im September 2005. Seit 1975 haben mehr als 8,5 Millionen Menschen die deutsche Schiffahrtsgeschichte von den Anfängen bis zur Gegenwart kennen gelernt – auf 8.000 Quadratmetern und in zahlreichen Schiffen, die als Museumsstücke das DSM bereichern. Mit jährlich rund 200.000 Besuchern ist das von dem Architekten Hans Scharoun entworfene Haus eines der meistbesuchten Museen Deutschlands.

Neue Vermarktung für Touristenattraktion

Das Besucherzentrum Lloyd-Werft liegt ganz im Trend des maritimen Städtetourismus: auf einer Höhe von knapp 19 Metern direkt an den Trockendocks der Lloyd-Werft und in einer Entfernung von nur 30 Metern zum Ausrüstungspier. Ab 2005 wird es nun von der Bremerhaven Touristik nach dem Vorbild des „HafenBus“ vermarktet. Seit dem Sommer steuert das Shuttle „Fisch und Schipps“ das Besucherzentrum an und es gibt eine Besucherplattform wie bei der Meyer-Werft in Papenburg. Hintergrund des neuen Konzepts: Die touristische Entwicklung gehört zu den Kernaufgaben der Tourismusförderung und das Besucherzentrum hat sich aus touristischer Sicht schon bewährt.



Die Bremer Mittelstandsenquête wurde in der Sparkasse Bremen vorgestellt und diskutiert .

Mittelstand, Innovation, Umwelt

Bremen

Aufbau des Mobile Solution Centers

Bremen will sich als Standort für Anwendungen der Mobilkommunikation in Deutschland an herausragender Stelle positionieren. Hierfür arbeiten unter dem Motto „Mobile City Bremen“ die Mobile Solution Group mit rund 40 Unternehmen und Wissenschaftseinrichtungen wie dem TZI Technologie Zentrum Informatik oder dem IKOM Institut für Kommunikationstechnik eng zusammen. Um das Angebot und die Kompetenzen zu bündeln, wird ein Mobile Solution Center aufgebaut. Auf Initiative der Handelskammer wurden Wirtschaft und Wissenschaft an einen „Runden Tisch“ gebracht, um die Ausrichtung und den Betrieb des Centers festzulegen. Dabei begleitete die Handelskammer die Erarbeitung eines Umsetzungsmodells gemeinsam mit den Kooperationspartnern.

Ziel ist es, ein Angebot aus einer Hand für alle Fragen und Themen rund um Anwendungen der Mobilkommunikation zu bieten und somit einen „One-Stop-Shop“ für Unternehmen, Wissenschaft und Kunden darzustellen. Die Wirtschaft wird mit dem Mobile Research Center Forschungsergebnisse effizient und professionell für wirtschaftliche Wertschöpfung nutzbar machen. Mit Unternehmen der Mobile Solution Group wird die Leistungsfähigkeit der bremischen Firmen in der Mobilkommunikation aufgezeigt. Ergebnis der Gespräche ist die Einrichtung eines Mobility Demonstration Centers, das gemeinsam von Wirtschaft und Wissenschaft betrieben wird. Es soll einen Anreiz für die Ansiedlung von Unternehmen in Bremen bieten.

Bundes- und Landesgesetze – „Entrümpelung“ kommt voran

Die stetig zunehmende Bürokratie ist eine der Ursachen für die strukturelle Wachstumsschwäche in Deutschland. Allein die jährliche Bürokratiebelastung der Gesamtwirtschaft wird auf rund 46 Milliarden Euro beziffert. Auf den Mittelstand entfallen dabei 84 Prozent dieser Kosten. Die Handelskammer sieht im Bürokratieabbau auf Landes-, Bundes- und EU-Ebene eine der großen Herausforderungen der Zeit, um zusätzliche Wachstumskräfte freisetzen zu können. Gemeinsam mit der Bremer Senatskanzlei bringt sie daher dringend erforderliche Deregulierungen auf den Weg. Mit Erfolg: Das Land Bremen ist auf Initiative der Handelskammer und unter Beteiligung der IHK Bremerhaven seit 2003 eine von drei Innovationsregionen für Bürokratieabbau auf Bundesebene. Im Juni 2005 hat der Bundestag mit Zustimmung des Bundesrates das „Gesetz zur Umsetzung von Vorschlägen zu Bürokratieabbau und Deregulierung aus den Regionen“ beschlossen. Damit wurden insgesamt 27 Maßnahmen zum Bürokratieabbau und zur Deregulierung beschlossen, wovon 18 Vorschläge aus den Testregionen stammen.

Auch in der neuen Runde, die das Bundeswirtschaftsministerium im Frühjahr 2005 ausgeschrieben hat, ist Bremen durch die Senatskanzlei und die Handelskammer vertreten. Auf Initiative der Handelskammer und der Senatskanzlei hat Bremen Anfang 2005 beschlossen, alle Gesetzentwürfe, Rechtsverordnungen und Verwaltungsvorschriften (auch rückwirkend) grundsätzlich auf fünf Jahre zu befristen. Bereits bestehende Rechtsvorschriften wurden unter

Bürokratieabbau- und Deregulierungsaspekten überprüft. Als Ergebnis der Überprüfung wurden in einer ersten Tranche rund 50 Prozent der Vorschriften in Bremen aufgehoben oder befristet. Ein entsprechendes Artikelgesetz hat die Bürgerschaft im Februar 2005 beschlossen. Ein zweites Gesetz zur Rechtsbereinigung soll der Bürgerschaft Anfang 2006 vorgelegt werden.

Mittelstandsenquête – Stärkung für kleine und mittlere Betriebe

Um kleine und mittlere Betriebe im Land Bremen langfristig zu stärken, haben Wirtschaft und Verwaltung auf Anregung der Handelskammer 2002 beim BAW Institut für Wirtschaftsforschung eine Mittelstandsenquête in Auftrag gegeben. Seither wurden fortlaufend anwendungsorientierte Handlungsempfehlungen für unterschiedliche mittelstandsrelevante Themen entwickelt – von wettbewerbsfähigen Standortkosten über geringe Bürokratielasten, nachhaltige Existenzgründungsförderungen bis zur Einführung eines Mittelstandsförderungsgesetzes. Ende Januar 2005 wurden die Ergebnisse der Mittelstandsenquête der Öffentlichkeit vorgestellt und die Handlungsempfehlungen an Politik und Verwaltung übergeben.

Die Handelskammer Bremen und die IHK Bremerhaven haben sich im März 2005 dazu entschlossen, gemeinsam mit den weiteren Trägern der Mittelstandsenquête eine Folgeenquête für die Jahre 2005 bis 2007 in Auftrag zu geben. Neben weiteren Benchmark-Studien werden die Handlungsempfehlungen kontinuierlich auf den Stand der Umsetzung überprüft. Die Handelskammer organisiert im Rahmen dieses

Bundespräsident Dr. Köhler besuchte die Handelskammer und informierte sich in Bremen über Projekte zur besseren Vereinbarkeit von Beruf und Familie: (v.l.) Bundespräsident Dr. Köhler, Dr. Wendisch, Dr. Fonger, Jürgen Roggemann.



Monitorings unter anderem den Abstimmungsprozess zur Umsetzung des geplanten Mittelstandsförderungsgesetzes für Bremen. Im August 2005 konnten detaillierte Handlungsempfehlungen für ein mittelstandsbezogenes Marketingkonzept in Bremen vorgelegt werden. Auf der Grundlage von Fallstudien wurden grundsätzliche Anforderungen an eine bremische Marketingstrategie formuliert. Im November 2005 wurde eine Benchmark-Studie zur Verbesserung der Eigenkapitalbeschaffung kleiner und mittlerer Unternehmen vorgestellt.

Mittelstand – alles was Recht ist

Deutschland verfügt über ein ausgewogenes, zugleich jedoch umfangreiches Recht. Nicht zuletzt durch die Fülle der Gesetzesänderungen von Seiten des Bundes und der EU ist festzustellen, dass die Kenntnis über den aktuellen Stand von unternehmensrelevanten Vorschriften zunehmend schwieriger wird. Bei den monatlichen Mittelstandstreffs der Handelskammer bildete 2005 darum das Thema Recht in kleinen und mittleren Betrieben den thematischen Schwerpunkt. Neben Vorträgen zur neuen Arbeitsstättenverordnung und zum neuen Alterseinkünftegesetz wurde zum Beispiel über den vermeintlichen Boom zur Gründung einer Limited (Ltd.) in Deutschland oder über arbeitsrechtliche Kündigungsmöglichkeiten aus Arbeitgebersicht informiert und diskutiert.

Bessere Verknüpfung von Arbeit und Familie

Arbeitswelt und Familie sind die beiden herausragenden und bestimmenden Lebensbereiche. Deshalb ist es wichtig, die Produktivitätsbestrebungen von Unternehmen und die Lebenswünsche der Mitarbeiter in Einklang zu bringen. Eine gute wirtschaftliche Entwicklung der Betriebe ist auf die Talente, auf das Wissen und das Können der Mitarbeiter angewiesen. Familienfreundliche Unternehmen haben einen Vorteil, weil ihre Mitarbeiterinnen und Mit-

arbeiter motivierter und die Fehlzeiten niedriger sind; die Fluktuation ist geringer.

Die Handelskammer hat sich daher dem bundesweiten „Lokalen Bündnis für Familie“ angeschlossen und in Bremen im Mai 2005 die Zielsetzungen des Bremer Bündnisses für Familie mitunterzeichnet. Sie engagiert sich insbesondere in den Handlungsfeldern „Vereinbarkeit von Familie und Beruf“, „Familiengerechte Schul- und (Familien-)Bildungsangebote“, „Familienfreundliche Stadt- und Verkehrsplanung/Sicherheit“ sowie „Standortfaktor Familienfreundlichkeit“. Darüber hinaus arbeiten die Handelskammer Bremen und die IHK Bremerhaven im „Bremer Verbundprojekt Beruf und Familie“ mit. Dieses Projekt verfolgt das Ziel, Familienfreundlichkeit zu einem Markenzeichen des Landes und der Unternehmen zu machen. Im Vordergrund steht das durch die gemeinnützige Hertie-Stiftung vorgenommene Audit familienfreundlicher Unternehmen. Mit mittlerweile 15 zertifizierten Unternehmen belegt das Land Bremen in der Familienfreundlichkeit bundesweit einen Spitzenplatz.

Einen Höhepunkt stellte in diesem Zusammenhang der Besuch von Bundespräsident Horst Köhler im Mai 2005 in der Handelskammer dar. Ihm wurden bremische Projekte zur Vereinbarkeit von Beruf und Familie präsentiert und mit ihm familienbewusste personalpolitische Themen diskutiert.

„Steht die Wirtschaft unter Strom?“ – Energiepolitischer Kongress der IHK Nord in Bremen

Die Arbeitsgemeinschaft Norddeutscher Industrie- und Handelskammern (IHK Nord), ein Zusammenschluss von 14 norddeutschen Industrie- und Handelskammern, der insgesamt mehr als 500.000 Unternehmen vertritt, setzt in der Stromversorgung auf einen ausgewogenen, sicheren und langfristigen Energie-Mix zu wettbewerbsfähigen Tarifen. Auf dem

energiepolitischen Kongress „Steht die Wirtschaft unter Strom?“ am 27. Mai 2005 brachte Präses Dr. Wendisch neun Kernpunkte der IHK Nord für eine zukunftsorientierte Entwicklung der Energieversorgung in die Diskussion ein. Hintergrund der Positionierung ist, dass nach aktuellen Prognosen durch die Stilllegung von konventionellen Kraftwerken und Kernkraftwerken bis zum Jahr 2024 allein in Norddeutschland rund 12.000 Megawatt Kraftwerksleistung wegfallen werden.

Die Frage, wie sich die Energieversorgung Norddeutschlands langfristig sichern lässt, wurde auf diesem Kongress von Fachleuten aus der Wissenschaft, von konventionellen und regenerativen Stromerzeugern und der stromverbrauchenden Wirtschaft untersucht und mit den 120 Kongressteilnehmern diskutiert. Die im Rahmen der Arbeitsgemeinschaft der IHK Nord gemeinsam erarbeiteten Kernpunkte gehen auf ein Positionspapier des Industrieausschusses der Handelskammer Bremen zurück. Im Nachgang des Kongresses wurden die wirtschaftspolitischen Argumente an alle politischen Entscheidungsträger Norddeutschlands übersandt und sorgten auch auf Bundesebene für rege Diskussionen.

Folgende neun Kernpunkte für eine zukunftsorientierte Entwicklung der Energieversorgung wurden von den norddeutschen Kammern in die Diskussion gebracht:

1. Energie muss langfristig planbar, zu wettbewerbsfähigen Preisen, umweltschonend und sicher zur Verfügung stehen. Die ideale Energieform für Norddeutschland ist deshalb ein Energie-Mix mit Anteilen konventioneller und regenerativer Energie.
2. Die Abgabenlast auf Energie, zum Beispiel die Ökosteuer, muss verringert werden. Die erfolgte Novellierung des Erneuerbare Energiengesetzes (EEG) ist ein erster Schritt; die Senkung der Ökosteuer würde die Kostenbelastung aus dem Energiemarkt zusätzlich reduzieren.



Präsident Dr. Wendisch auf dem energiepolitischen Kongress

3. Die Förderung regenerativer Energien und die Entgelte für Strom aus regenerativen Quellen müssen national und auf EU-Ebene neu geregelt werden. Eine kurzfristige Schlechterstellung der Stromerzeuger aus regenerativen Quellen gegenüber dem bestehenden Status darf jedoch nicht erfolgen.

4. Die Kosten für den Netz-Ausbau und den Regelenergie-Ausgleich müssen auf Grund des Ausbaus der regenerativen Energien bundesweit umgelegt werden. Sinnvoll wäre daher eine effiziente und mit entsprechenden Kompetenzen ausgestattete Regulierungsaufsicht, um Ungleichbehandlungen bei der Höhe der Netzentgelte zu vermeiden und gleiche Rahmenbedingungen für die Stromlieferanten zu gewährleisten.

5. Es muss ein neuer Konsens zwischen Kernkraftwerksbetreibern und der Bundesregierung mit dem Ziel gefunden werden, die Laufzeit der deutschen Kernkraftwerke zu verlängern. Dies setzt voraus, dass eine sichere Entsorgung möglich ist.

6. Der Bau neuer Kraftwerke und Stromleitungen in Norddeutschland muss umgehend und konkret geplant werden, um eine Importabhängigkeit zu vermeiden, Einfluss auf die Energiekosten-Struktur zu haben und in Norddeutschland die Wertschöpfung zu sichern.

7. Die Schnittstelle zwischen regenerativer und konventioneller Energieerzeugung muss neu definiert werden. Hierzu bietet sich an, eine Partnerschaft zwischen klassischer und regenerativer Energiewirtschaft zu fördern.

8. Die Forschung auf dem Energiesektor muss so verstärkt werden, dass sich in ihr der notwendige Energie-Mix widerspiegelt. Dabei ist es wichtig, dass Forschungsschwerpunkte mit der Industrie abgestimmt werden.

9. Über ein „Investitions-Vorfahrts-Gesetz“ müssen die Rahmenbedingungen für die Planung und den beschleunigten Bau der künftigen Energie-Infrastruktur Norddeutschlands verbessert werden. Beispielgebend hierfür sollte der gesetzliche Rahmen für die Verkehrsprojekte im Zuge der deutschen Einheit sein.



Rechtsanpassungen im Gewässerschutz

Veränderungen der Regelungen im Gewässerschutz auf Bundesebene machten 2005 eine Anpassung der entsprechenden Landesgesetzgebung erforderlich. Die Handelskammer konnte bei der Umsetzung der Bremischen Anlagenverordnung (VAwS) mit Unternehmensvertretern und dem Umweltsenator eine einvernehmliche Lösung für den Wirtschaftsraum erzielen. Mit der Novellierung wurden für alle Bremer Unternehmen Verwaltungserleichterungen geschaffen. Darüber hinaus konnten für Unternehmen, die ein Umweltmanagementsystem nach DIN ISO 14001 und EMAS eingeführt haben, zusätzliche Vollzugserleichterungen erwirkt werden. Die Anpassung des Entwässerungsortgesetzes ermöglicht der Wirtschaft erheblich größeren Spielraum bei der Entsorgung des anfallenden Niederschlagwassers. Die Umsetzung der Wasserrahmenrichtlinie (WRRL) wird durch die Mitarbeit der Handelskammer Bremen und der IHK Bremerhaven im Beirat Bremen-Niedersachsen zur Umsetzung der WRRL intensiv begleitet. Künftig steht die Arbeit in den Gebietsforen im Fokus. Dort sollen Monitoringkonzepte, Wasserbewirtschaftungspläne und Maßnahmenprogramme entwickelt werden.

Luftreinhaltepläne behindern Wirtschaftsverkehre

Nach der jeweils 35. Grenzwertüberschreitung hat die Stadtgemeinde Bremen zur Minderung der Feinstaubbelastung im

Juni 2005 einen Aktionsplan für die Neuenlander Straße sowie im Oktober 2005 einen Aktionsplan für den Dobbenweg – integriert in einen generellen Luftreinhalteplan für Bremen – vorgelegt. Während für den Bereich der Neuenlander Straße zu Recht die entstehende A 281 als das entscheidende Entlastungsinstrument bezeichnet wird, wurde ohne jede Abstimmung mit der Wirtschaft die Durchfahrt durch den Dobbenweg für Lkw über 3,5 t unter der Abgasnorm Euro 4 gesperrt.

Unabhängig davon, dass entsprechende EU-Umweltrichtlinien das Land Bremen zwingend auffordern, Luftreinhaltepläne zu erstellen und in den Straßenzügen, in denen die Messwerte über den Richtwerten liegen, Strategien zur dauerhaften Minderung zu entwickeln, kommt es für die Handelskammer darauf an, dass die Diskussion über Feinstaub objektiv geführt wird. Unstrittig ist, dass Feinstaub viele Verursacher hat. Allgemein kann von einer lokal kaum beeinflussbaren Hintergrundbelastung von rund 50 Prozent ausgegangen werden. Ein weiterer Anteil von bis zu 25 Prozent ist einem Ballungsraum selbst, nicht aber der unmittelbaren Nachbarschaft zur Messstelle zuzurechnen. Nur das verbleibende Viertel der Emissionen stammt tatsächlich aus dem direkten Umfeld. Hier sind die Verursachungsanteile verteilt auf Hausbrand, Industrie und Verkehr (Abgase sowie Abrieb). Klar ist außerdem, dass durch Verkehrsbeschränkungen und Umleitungen die Gesamtschadstoffbelastung

Leistungsbilanzen

keinesfalls vermindert wird. Vielmehr findet eine neue Verteilung statt, die dann andere Straßenzüge treffen wird. Die Gesamtschadstoffbelastung nimmt durch erzwungene längere Fahrwege und Fahrzeiten tendenziell sogar zu.

Vorsteuer ausweis auf Abwasserrechnungen – Umsetzung mit Schwierigkeiten

Bereits seit mehreren Jahren setzt sich die Handelskammer dafür ein, dass künftig Umsatzsteuer bei Abwasserrechnungen für Gewerbetreibende ausgewiesen wird. Bisher stellt die hanseWasser Bremen GmbH, die in Bremen die Entwässerungsleistungen erbringt, der Freien Hansestadt Bremen für diese Leistung eine „Kostenerstattung“ in Rechnung, die die gesetzliche Umsatzsteuer enthält. Dieser Betrag wird von Bremen brutto – also ohne Ausweis der Umsatzsteuer – an die Abnehmer weiter berechnet. Bei den Unternehmen geht somit der Rechnungsbetrag zu 116 Prozent in den Aufwand, die Vorsteuer kann nicht geltend gemacht werden. Durch die Initiative der Handelskammer soll das geändert werden.

Zwischenzeitlich sind zu diesem Thema von der Handelskammer viele Gespräche mit Politik und Verwaltung geführt worden. Im Vordergrund steht das gemeinsame Bemühen des Umweltressorts und der Handelskammer, eine politische Akzeptanz zur Einführung des Umsatzsteuer ausweises vorzubereiten. Immer wieder gibt es aber neue verwaltungsrechtliche, steuerrechtliche oder abrechnungstechnische Probleme, die eine Umsetzung in der beschriebenen Form erschweren. Trotz der auch teilweise kontroversen Erörterung dieses Themas setzt sich die Handelskammer weiterhin dafür ein, den Ausweis der Umsatzsteuer auf den Abwasserrechnungen zu erreichen.

Bremerhaven

Weltweit einzigartig – Prototyp für Offshore-Windenergie in Bremerhaven

Bremerhaven liegt bei der innovativen Windenergie weltweit ganz vorn. Dies beweist die Einweihung des Prototyps der Offshore-Windenergieanlage Multibrid 5000. Damit steht in Bremerhaven der weltweit einzige Prototyp einer für den Offshore-Einsatz optimierten fünf MW-Windenergieanlage im vollautomatischen Betrieb. Die Förderung dieser innovativen Technologie soll eine Signalwirkung sowohl für die Offshore-Windenergie in Deutschland als auch für den Standort Bremerhaven haben. Die Stadt setzt verstärkt auf Innovationen und neue Produkte: Außer der Bremerhavener Multibrid Entwicklungsgesellschaft GmbH sind in Deutschland nur zwei weitere Firmen in der Lage, Geräte der 5-Megawatt-Klasse zu bauen. Bremerhaven ist daher der ideale Standort für den Testbetrieb und setzt damit auch ein deutliches Zeichen für den Strukturwandel.

Werkstattgespräche erfolgreich

Mit neuen Themen gingen die Werkstattgespräche in eine weitere erfolgreiche Runde. In Zusammenarbeit mit der Kreishandwerkerschaft Bremerhaven-Wesermünde lädt die IHK Bremerhaven jeden ersten Mittwoch im Monat Experten ein, die über aktuelle und innovative Entwicklungen informieren. Unternehmer konnten sich unter anderem über neue Anwendungsmethoden der Lasertechnik, Auswirkungen des Elektroaltgerätegesetzes oder neue Entwicklungen in der Hausenergieversorgung informieren. Speziell für kleine und mittlere Unternehmen ist auf diese Weise ein Informationsforum entstanden, das neue Ideen in die Betriebe bringt und Tipps für die tägliche Arbeit bietet.



Bremerhaven: Standort für innovative Windenergieanlagen

Service in Sachen Umwelt

Um Mitgliedsunternehmen laufend über Entwicklungen und Themen aus dem Umwelt- und Energiebereich zu informieren, bietet die IHK Bremerhaven verschiedene Aktivitäten. So kommt die IHK-Umweltreferentin auf Wunsch direkt in die Betriebe. Außerdem werden regelmäßig aktuelle Umwelt- und Energieinformationen an die Unternehmen weitergeleitet. Darüber hinaus gibt der Erfahrungsaustauschkreis „Umwelt/Energie“ – kurz ERFA-Kreis Umwelt/Energie – Unternehmensvertretern, die als Betriebsbeauftragte in den Bereichen Arbeits-, Umwelt- oder Immissionsschutz tätig sind, die Möglichkeit, sich untereinander und mit den zuständigen Repräsentanten von Behörden auszutauschen.



Aus- und Weiterbildung

Bremen

Gute Aussichten – die Ausbildungssituation 2005 in Bremen

In Bremen läuft der Regionale Ausbildungspakt auf Hochtouren. Bereits Ende 2004 war die Zahl der neu eingetragenen Ausbildungsverhältnisse in den kaufmännischen und gewerblich-technischen Berufen über dem Vorjahresniveau gelegen: Der Zuwachs an neuen Ausbildungsplätzen war im Landesdurchschnitt mit 8,6 Prozent bundesweiter Spitzenwert. Trotz der anhaltend schwierigen Konjunktur haben die Unternehmen 2005 in ihrem Ausbildungsengagement nicht nachgelassen. Die Zahl der neu eingetragenen Ausbildungsplätze hat sich auf dem hohen Vorjahresniveau gehalten. Zum 30. November 2005 wurden insgesamt 3.045 Verträge registriert. Neue Beschäftigungsmöglichkeiten ergaben sich insbesondere bei Berufsausbildungen im gewerblichen Bereich. Hier verzeichnete die Handelskammer eine Steigerung um zwei Prozent.

Gute Ausbildungsmöglichkeiten zeigten sich im Bereich der Metall- und Elektroberufe. Hier hat eine Reihe von Unternehmen die Ausbildungsmöglichkeiten deutlich aufgestockt. Andere Unternehmen sind erstmals in die Ausbildung eingetreten oder haben diese – nach einer Pause – wieder aufgenommen. Leicht zugelegt haben auch Ausbildungsverhältnisse im Baugewerbe. Trotz der anhaltenden Konjunkturkrise in dieser Branche ist die Ausbildungsbereitschaft der Bauwirtschaft nach wie vor hoch. Im kaufmännischen Bereich haben insbesondere die Unternehmen im Einzelhandel ihre Ausbildungsleistungen gesteigert. Ausschlaggebend dafür ist die

leicht erhöhte Konsumfreudigkeit der Verbraucher. Auch bei den modernen Dienstleistungen und im Sektor der Verkehrsberufe ist ein leichter Anstieg der Ausbildungsplätze zu verzeichnen. Im Bereich des Kreditgewerbes und der Versicherungen ist das Angebot konstant geblieben. In den IT-Berufen haben die Plätze nach einer Phase der Konsolidierung wieder deutlich zugenommen. Ebenso erfreulich ist die Ausbildungssituation im Bereich der Lagerlogistik und des Gastgewerbes. Florierende Umschlagsbetriebe und der Städtetourismus zeigen positive Auswirkungen.

Ungewöhnliche Wege – Ausbildungsaktionen 2005

Um zusätzliche Ausbildungsplätze für Bremer Schulabgänger zu gewinnen, hat die Handelskammer 2005 ungewöhnliche Wege beschritten. Wenige Monate nach dem Start einer gemeinsamen Ausbildungsplatzaktion des Plenums und der Geschäftsführung der Handelskammer sowie des Senats der Freien Hansestadt Bremen am 20. Juni 2005 konnte eine erfolgreiche Zwischenbilanz vorgelegt werden: Insgesamt haben die 45 Unternehmerinnen und Unternehmer des Plenums, die Handelskammer-Geschäftsführung und die Senatoren 227 zusätzliche Ausbildungsplätze erworben. Durch persönliche Ansprache konnten allein die Senatoren 74 Plätze gewinnen. Plenum und Geschäftsführung der Handelskammer akquirierten 153 zusätzliche Lehrstellen.

Mit zwei neuen Fahrzeugen, die von der Daimler Chrysler AG Niederlassung Weser-Ems teilweise gesponsert wurden, gingen außerdem vier zusätzliche Ausbildungs-



links: auf Werbetour, die Ausbildungsplatz-Akquisiteure der Handelskammer mit Autos von DaimlerChrysler; rechts: JOB4U am Flughafen, Informationen satt für Jugendliche auf Ausbildungsplatzsuche

platz-Akquisiteure der Handelskammer an den Start: Christine Hubrich, Jörg Alex Fot, Guido Büscher und Felix Fricke. Ihre Aufgabe ist es, in einer Ausbildungsoffensive neue Ausbildungsbetriebe zu gewinnen und in bereits ausbildenden Unternehmen um zusätzliche Ausbildungsplätze zu werben. Vermittelnd sind diese Akquisiteure, die mit Hilfe von Mitteln des Bundesbildungsministeriums und des Europäischen Sozialfonds (ESF) im Rahmen des Förderprogramms „Ausbildungsplatzentwickler West“ befristet eingestellt werden konnten, auch beim Angebot einer Einstiegsqualifizierung tätig.

Vom 10. bis 12. Februar 2005 veranstaltete die Handelskammer zum achten Mal die Ausbildungsmesse „Top Job“ im Weserpark. Um die Unternehmen und deren Entscheidungsträger weiterhin für den Nutzen von Ausbildung zu sensibilisieren, wandte sich Präses Dr. Wendisch im März 2005 in 3.000 persönlichen Schreiben direkt an die Ausbildungsbetriebe und appellierte an sie, zusätzliche Ausbildungsplätze anzubieten. Insbesondere Unternehmen mit ausländischen Betriebsinhabern wurden über die Vorteile betrieblicher Ausbildung informiert. Im April und Mai 2005 sprach die Handelskammer gezielt jene Unternehmen an, die in neuen Ausbildungsberufen bereits ausbilden oder ausbilden könnten. Dazu bot sie auch Informationsveranstaltungen zu den Neuordnungen in den Ausbildungsberufen „Fachkraft bzw. Kaufmann/Kauffrau für Kurier-, Express- und Postdienstleistungen“ sowie „Kaufmann/Kauffrau für Tourismus und Freizeit“ an. Eine Informationsbroschüre über neue und neu geordnete Ausbildungsberufe 2005 wurde an die Schulen und auf Veranstaltungen an Jugendliche verteilt.

Gemeinsam mit der Oldenburgischen IHK und der IHK Bremerhaven veranstaltete die Handelskammer am 13. Mai 2005 im Congress-Centrum-Bremen einen Informationstag zum neuen Berufsbildungsgesetz.

Dr. Bettina Wurster, Bildungsreferentin des DIHK, sprach vor rund 250 Ausbildungsbetrieben und Institutionen über wesentliche Änderungen im Gesetz.

Erstmals wurde mit der Gemeinschaftsinitiative „JOB4U“, bestehend aus Handwerkskammer Bremen, Agentur für Arbeit Bremen, Radio Bremen und der Handelskammer Bremen, die Flughafen-Messe „JOB4U“ am 15. und 16. April 2005 angeboten. Um auf die Bedeutung des Themas „Ausbildung“ verstärkt hinzuweisen, informierte die Handelskammer in ihrem Magazin „Wirtschaft in Bremen“ regelmäßig über unterschiedlichste Ausbildungsfragen. Mit der Broschüre „Neue und modernisierte Ausbildungsberufe“ wandte sich die Kammer im Frühjahr an die bremischen Unternehmen. Vom 15. bis 17. September 2005 fand zum zweiten Mal die Ausbildungsbörse im Einkaufszentrum „Haven Hööv“ in Bremen-Nord statt. Auch diese Messe wurde gemeinsam mit den Partnern der JOB4U-Initiative erfolgreich unter dem Motto „Ausbildung hat Zukunft“ angeboten.

Qualitätssiegel im Land Bremen

Jede Schule sollte künftig deutlich machen, dass sie nicht nur ihren Bildungsauftrag erfüllt, sondern die Schülerinnen und Schülern verantwortlich und vorausschauend darin unterstützt, ihre berufliche Zukunft zu gestalten. Mit der Ausschreibung des Qualitätssiegels „Schule mit vorbildlicher Berufsorientierung“ macht Bremen einen großen Sprung in der Qualitätsentwicklung der Arbeits- und Berufsorientierung und erfüllt damit eine langjährige Forderung der Handelskammer. Der Wettbewerb um das Siegel wurde erstmals im September 2005 ausgeschrieben. Vergeben wird es im Februar 2006 an jene Schulen, die in vorbildlicher Weise ihren Schülerinnen und Schülern auf die Arbeitswelt vorbereiten und ihnen den Übergang in das Berufsleben erleichtern. Die Aktion entspringt einer Gemeinschaftsinitiative

mit der IHK Bremerhaven, die von der Bertelsmann Stiftung unterstützt wird. Wichtige Qualitätskriterien sind die ökonomische Bildung, Kompetenzprofile, Praktika, Erkundungen, der Berufswahlpass und die Übergangsplanung in den Schulen.

Das neue Berufsbildungsgesetz

Die zum 1. April 2005 in Kraft getretene Reform des Berufsbildungsgesetzes wird die Leistungsfähigkeit des dualen Ausbildungssystems nicht voranbringen. Sie greift zu kurz, weil bestehende Ausbildungshemmnisse – beispielsweise die fehlende Möglichkeit einer gestuften Ausbildung oder regionaler und branchenbezogener Vergütungen – wieder nicht angegangen wurden. Aufgeweicht wurde außerdem ein wichtiger Erfolgsfaktor des dualen Systems: das Zusammenspiel von Theorie und Praxis. Für Jugendliche, die eine ausschließlich schulische Ausbildung absolviert haben, wird der Zugang zu Abschlussprüfungen erheblich erleichtert. Auch sieht das Gesetz vor, dass Jugendliche, die wegen fehlender Lehrstellen staatliche Sonderprogramme oder Maßnahmen der Bundesagentur für Arbeit absolviert haben, die dort erworbenen Qualifikationen in eine sich anschließende Lehre einbringen können. Dies stößt auf Widerstand in den Unternehmen und wird von der Handelskammer auf Bundesebene dringend angemahnt.

Gemeinsame Nachvermittlungskaktionen

Bei der zweiten gemeinsamen Nachvermittlungskaktion der Handelskammer, der Handwerkskammer, der Agentur für Arbeit Bremen und des Bremer Ausbildungsbüros am 20. und 21. September 2005 konnte allen teilnehmenden Jugendlichen ein Ausbildungsangebot unterbreitet werden. Zu dieser Aktion waren sämtliche ausbildungswilligen und ausbildungsfähigen Jugendlichen, die bis zum 10. September 2005 noch keinen Ausbildungs- oder Schulplatz gefunden hatten, in die Agen-

Leistungsbilanzen



Rekord: Die Leverenz-Stiftung zeichnete 2005 so viele junge Kaufleute aus wie nie zuvor in ihrer 40-jährigen Geschichte.

tur für Arbeit Bremen eingeladen worden. Von insgesamt 244 Eingeladenen hatten 21 bis zur Nachvermittlungaktion bereits einen Ausbildungsplatz gefunden oder sich entschuldigt. Alle 164 Jugendlichen, die zu dieser Aktion erschienen waren, erhielten mindestens ein Ausbildungsplatzangebot und alternativ jeweils ein Angebot zur Einstiegsqualifizierung.

Einstiegsqualifizierung

Die Einstiegsqualifizierung wurde 2004 eingeführt. Jugendliche, die bedingt ausbildungsfähig sind, können durch eine Einstiegsqualifizierung zwischen sechs und zwölf Monaten Zugang zum Arbeits- oder Ausbildungsmarkt finden. Dabei tragen die Betriebe die Sach- und Personalkosten der Ausbildung; die Bundesagentur für Arbeit zahlt einen Zuschuss des Bundes zum Unterhalt der Jugendlichen. Von den 152 Jugendlichen, die bis Mitte 2005 an Einstiegsqualifizierungen teilgenommen haben, wurden 94 in Ausbildungen übernommen. Die Einwerbung von neuen Praktikumsplätzen zur Einstiegsqualifizierung im Herbst 2005 brachte binnen kurzer Zeit einen hervorragenden Zwischenstand. Per 30. November 2005 gab es in Bremen 354 Plätze für Einstiegsqualifizierungen, von denen 177 besetzt waren. Allein 253 dieser gemeldeten Stellen für bedingt ausbildungsfähige Jugendliche entfielen auf den Bereich der Handelskammer; 89 auf den Bereich der Handwerkskammer Bremen.

Weiterbildung - Qualifikation in der Praxis

Die Veränderungen in der Organisation und Produktion der Betriebe machen für die Mitarbeiter eine bedarfsgerechte Weiterbildung immer erforderlicher. Unverändert groß ist daher die Nachfrage nach anerkannten Weiterbildungsprüfungen mit IHK-Prüfung. Die Handelskammer nimmt zweimal jährlich Prüfungen wie die zum „Gepr. Bankfachwirt/in“, „Gepr. Bilanzbuchhalter/in“, „Gepr. Verkehrsfachwirt/in“, „Gepr. Industriefachwirt/in“ und

„Gepr. Versicherungsfachwirt/in“ ab. Auch die neuen Weiterbildungsprüfungen wie beispielsweise „Fachkaufmann/frau Einkauf und Logistik“ und „Gepr. Personalkaufmann/frau“ stießen 2005 auf großes Interesse. Die Weiterbildungsprüfungen „Controller/in IHK“, „Betriebswirt/in IHK“, „Handelsfachwirt/in“, „Fachkaufmann/frau Marketing“, „Gepr. Immobilienfachwirt/in“ und „Gepr. Medienfachwirt/in“ werden bisher einmal jährlich geprüft. Allerdings ist auch hier eine verstärkte Nachfrage zu erkennen. Erstmals wurde 2005 die Weiterbildungsprüfung „Gepr. Pharmareferent/tin“ angeboten.

Die Nachfrage nach modularen, bundeseinheitlichen IHK-Zertifikatslehrgängen und Seminaren nimmt weiter zu. Die Konzepte sind passgenaue Instrumente für die regionale Wirtschaftsförderung. Die DIHK-Bildungs-Gesellschaft für berufliche Bildung mbh entwickelt unter Mitwirkung der Wirtschaft und der Kammern bundeseinheitliche Zertifikatslehrgänge. Dieses Angebot soll in Zukunft gemeinsam mit den Bildungsträgern weiterentwickelt werden. Um über die IHK-Fortbildungsprüfungen zu informieren, hat die Handelskammer 2005 erstmals auch an der Lernmesse Bremen (23. und 24. Februar) unter dem Motto „Wissen wirkt Wunder“ im World Trade Center teilgenommen.

Für eine moderne Berufsausbildung - Prüfer bilden sich weiter

Auch die Mitglieder von Prüfungsausschüssen sind auf Weiterbildung angewiesen. Die Handelskammer hat ihnen darum 2005 erstmals ein handlungsorientiertes Seminar angeboten, mit dem die Prüferinnen und Prüfer über die neuen und modernisierten Aus- und Weiterbildungsordnungen, die neuen Prüfungsstrukturen und Prüfungsverfahren informiert wurden. In Einzel- und Gruppenarbeit gab es auch Übungen und Rollenspielen, um gemeinsam komplexe Schwerpunktthemen zu er-

arbeiten. Nach Abschluss des Seminars erhielten die Teilnehmer ein Zertifikat. Diese Seminarreihe wird fortgeführt.

Akademie der Wirtschaft

Die Akademie der Wirtschaft blickt auf ein erfolgreiches Ausbildungsjahr zurück. Unter der Trägerschaft des Bildungswerkes der Unternehmensverbände im Lande Bremen e. V. und in Kooperation mit der Handelskammer wurde im September der 13. Absolventenjahrgang verabschiedet. Die im dualen System ausgebildeten Abiturienten wurden zu 90 Prozent von Ihren Ausbildungsbetrieben übernommen.

Regelmäßig erreichen die Teilnehmer der Akademie Spitzenplätze bei externen Prüfungen. So konnten aus dem Jahrgang 2003 gleich vier Prüflinge mit dem Leverenz-Preis zur Förderung des kaufmännischen Nachwuchses ausgezeichnet werden. Für den Jahrgang 2005 wurden zum 1. Oktober durch Unterstützung der Bremer Unternehmen 48 Ausbildungskontrakte abgeschlossen – das zweitbeste Ergebnis seit Bestehen der Akademie.

32 Absolventen haben im Oktober ihr berufsbegleitendes Anschlussstudium aufgenommen. Nach nur einem Jahr können die Studierenden ihren Abschluss zum/zur Diplom-Kaufmann/-frau machen. Dies ist durch eine Kooperation mit der privaten Hochschule für Wirtschaft und Technik Vechta/Diepholz möglich geworden und dokumentiert das hohe Niveau, auf dem die Akademie ihren Nachwuchs ausbildet.

41 Preise für hervorragende junge Kaufleute

Für hervorragende Leistungen in der kaufmännischen Prüfung hat die von der Handelskammer betreute Hermann-Leverenz-Stiftung am 23. September 2005 insgesamt 41 Prüfungsabsolventen ausgezeichnet – so viele wie noch nie in einem Prüfungsjahrgang seit Gründung der Stiftung vor 40 Jahren. Wolfgang Vogt-Jordan,



Laufen für Lehrstellen: Neben Olympiasieger Dieter Baumann nahm auch Bremerhavens stellvertretender IHK-Geschäftsführer Wilfried Allers an dem 1. Bremerhavener City-Marathon teil, um für Ausbildungsplätze zu werben.

Mitglied des Verwaltungsrates der Hermann-Leverenz-Stiftung, überreichte die Preise an 18 Kauffrauen und 23 Kaufmänner bei einer Feierstunde im Haus Schütting. Seit ihrer Gründung hat die Stiftung damit insgesamt 961 junge Kaufleute geehrt. Vogt-Jordan würdigte die herausragenden Leistungen der jungen Kaufleute und betonte, dass die Ausbildung von Jugendlichen die Grundlage eines funktionierenden Wirtschaftsstandortes sei.

Die Hermann-Leverenz-Stiftung unterstützt beispielsweise auch das länderübergreifende, internetgestützte Qualifizierungsprogramm „Ökonomische Bildung online“ für Lehrer im Land Bremen. Sie leistet damit einen Beitrag zur Einführung und Verbreitung ökonomischer Bildung an allgemein bildenden Schulen und zur ökonomischen Qualifizierung von Lehrern. Anlässlich der Zertifikatsverleihung zum Abschluss der zweiten Lehrgangphase zeigten sich die Mitglieder des Verwaltungsrates der Stiftung beeindruckt von dem hohen Engagement der Lehrer. Der Vorsitzende des Verwaltungsrates, Jürgen Roggemann, würdigte in einer Feierstunde die Leistungen der Projektteilnehmer.

Bremerhaven

Bremerhaven hält bei Ausbildungsplätzen das Vorjahresniveau

Trotz weiterhin schwieriger Bedingungen konnte die IHK Bremerhaven 2005 – wie im Vorjahr (mit + 20,7 Prozent bundesweiter Spitzenwert) – wieder rund 530 Ausbildungsplätze verzeichnen (Stand November 2005). Allen ausbildungswilligen und ausbildungsfähigen Jugendlichen wurde ein Ausbildungsangebot (einschließlich der sogenannten Einstiegsqualifizierung) unterbreitet. Dabei spielen die Ausbildungverbände bei dem Bemühen um mehr Ausbildungsplätze eine besondere Rolle.

64 Zukunftschancen

Die IHK Bremerhaven bot 2005 rund 68 jungen Menschen, die keine Lehrstelle gefunden hatten, eine Zukunftschance: Sie vermittelte ihnen bei 64 Betrieben die Möglichkeit einer Einstiegsqualifikation (EQ). Die EQ ist im Rahmen des Paktes für Ausbildung eine neue Chance für Jugendliche, die aus unterschiedlichen individuellen Gründen eingeschränkte Vermittlungschancen haben. Das Angebot richtet sich an ausbildungswillige und ausbildungsfähige junge Menschen, die auch nach der zweiten Nachvermittlung im Herbst keinen Ausbildungsplatz gefunden haben. Über einen Zeitraum von sechs bis zwölf Monaten erhalten sie die Möglichkeit, Teile eines Ausbildungsberufes in einem Betrieb und das Berufsleben kennen zu lernen. Die EQ soll die Tür öffnen für Ausbildung oder Beschäftigung. Für den Betrieb ist sie weitgehend kostenneutral. Dass sich dies Engagement sowohl für Betriebe als auch für die Jugendlichen lohnt, zeigen die Zahlen: Von den 23 Jugendlichen, die ihr EQ beendeten, wurden 60 Prozent in eine Ausbildung übernommen.

Berufsorientierungstournee „Hafen, Schiffe & Tourismus“

Worauf sollen Schüler bei Ihrer Bewerbung achten? Welche Qualifikationen sind wich-

tig und können noch in der Schule vermittelt werden? Antworten auf diese und andere Fragen gibt es für Lehrer und Berufsberater direkt vor Ort. Das ist die bundesweit einmalige Idee hinter der Berufsorientierungstournee. Zum zweiten Mal wurden mit Erfolg Ausbildungsmöglichkeiten genau dort vorgestellt, wo gelernt wird: in den Betrieben. 2005 stand die Berufsorientierungstournee unter dem Motto „Hafen, Schiffe und Tourismus“ und führte durch Bremerhavens Häfen. Auszubildende und Ausbilder der Firmen Eurogate, E.H.H. Autotec, der Lloydwerft und des Comforthotels informierten die Lehrer über Ausbildungsmöglichkeiten in den Bereichen Container, Autoumschlag, Schiffbau, Reisen und Gastgewerbe. Gemeinsam sollen so Strategien für einen unkomplizierten Übergang von der Schule in die Arbeitswelt entwickelt werden. Und das geht nur, wenn Lehrer und Berufsberater wissen, was die Betriebe wollen.

Lehrstellen-Marathon

Beim 1. Bremerhavener City-Marathon am 17. Juli 2005 kamen nicht nur die Läufer aus der Puste, sondern auch die jungen Leute, die sich für 2006 einen Ausbildungsplatz wünschten: Während des Marathons nahm Wilfried Allers, stellvertretender Geschäftsführer der IHK, Lehrstellengesuche und Lehrstellenangebote entgegen. Mit der Aufschrift auf seinem T-Shirt „Ausbilden für eine starke Region – www.bremerhaven.ihk.de“ machte er auf sich aufmerksam und nutzte die Gelegenheit, sich auf unkonventionelle Weise für neue Ausbildungsplätze einzusetzen. Trotz der Gespräche kam Allers nach drei Stunden, 37 Minuten und zwölf Sekunden ins Ziel, nur zehn Minuten unter seiner persönlichen Bestzeit. Prominentester Marathon-Teilnehmer war Dieter Baumann, der 5.000-Meter-Olympiasieger von Barcelona 1992. Unterstützt wurde dieses Engagement für neue Lehrstellen von einer dreitägigen Ausbildungsplatzbörse der IHK in der Fußgängerzone der Innenstadt.

Leistungsbilanzen



Berufsinformationsmesse im Columbus-Cruise-Center

Besondere Hochachtung für Prüfer

Die IHK Bremerhaven zeichnete im Februar 41 ihrer dienstältesten Prüfer für deren langjähriges ehrenamtliches Engagement aus. Mehr als 20 Jahre arbeiteten sie in einem oder mehreren der rund 130 Prüfungsausschüsse der IHK mit. Insgesamt etwa 600 Prüfer nehmen in Bremerhaven jährlich nahezu 800 Prüfungen ab. Dass die Arbeit der Prüfer Früchte trägt, zeigte die Ehrung der besten Prüflinge im September 2005. Elf junge Frauen und zwei junge Männer aus dem Prüfungsjahrgang 2005 bestanden ihre Prüfung mit Auszeichnung.

Aktion für mehr Ausbildungsplätze

Damit in Bremerhaven und der angrenzenden Region wieder mehr Floristen ausgebildet werden können und auch die Qualität der Ausbildung steigt, hat die Ausbildungspartnerschaft Floristen den Verein „Top Ausbildung Florist e. V.“ (TAF) gegründet. Durch dieses Engagement erhält der Verein bis Ende 2007 rund 50.000 Euro aus EU-Mitteln, mit denen einmal monatlich Weiterbildungsveranstaltungen finanziert werden sollen. Auszubildende gehen dann nach der Berufsschule nicht nach Hause oder in den Betrieb, sondern zur Weiterbildung. So sollen auch kleine Geschäfte ermutigt werden auszubilden – die Auszubildenden können Fachwissen, das gerade bei den kleinen Betrieben im Alltagsgeschäft zu kurz kommt, bei Experten vervollständigen. Auch die Ausbilder sollen von den Weiterbildungen profitieren. Geplant sind Themen wie Trauerfloristik, Brautsträuße, Reklamationen oder Verkaufsgespräche. Die Ausbildungspartnerschaft verspricht sich davon wesentlich mehr Ausbildungsplätze bei Unternehmen, denen es bisher nicht möglich war, auszubilden.

Engagement für Berufsfahrer

Dass eine enge Zusammenarbeit zwischen Wirtschaft und Politik die Region voranbringt, zeigte 2005 der Kauf eines neuen

Lkw für die Ausbildungspartnerschaft Berufskraftfahrer. Das 134.600 Euro-Fahrzeug, durch das 40 neue Ausbildungsplätze geschaffen werden sollen, war möglich, weil die Stadt Bremerhaven einen Zuschuss von 67.300 Euro bewilligte. Das restliche Geld stellte die Bremerhavener Arbeit GmbH aus EU-Mitteln zur Verfügung. Die treibende Kraft hinter der Aktion war die Ausbildungspartnerschaft, in der sich fast alle namenhaften Speditionen Bremerhavens zusammengetan haben. Seit 2001 bieten sie gemeinsam die Ausbildung zum Berufskraftfahrer an. Dabei stellt zwar jeder Betrieb seine Lehrlinge selbst ein, die Organisation der Ausbildung liegt aber bei einem freigestellten Berufsschullehrer. Das Projekt wird durch EU-Fördergelder unterstützt und ist so erfolgreich, dass es auch auf die Region ausgeweitet werden soll. Die Übernahmekancen stehen für die Auszubildenden Dank der zu erwartenden Zuwächse beim Hafenumschlag gut.

Berufsinformationsmesse mit neuem Konzept

Mit einem neuen Konzept präsentierte sich im Oktober die Berufsinformationsmesse (BIM) in Bremerhaven, die Schüler bei der Berufswahl unterstützt. Neu war, dass sich alle Berufe aus Industrie und Handel sowie aus Dienstleistungen und dem Gesundheitswesen gemeinsam im Columbus-Cruise-Center vorstellten. Die Kreishandwerkerschaft mit ihren Lehrwerkstätten blieb aber auch weiterhin als Ausstellungsort für die Handwerksberufe erhalten. Außerdem wurde die Messe von drei auf zwei Tage verkürzt und zugleich um ein Show- und Musikprogramm von Radio Bremen 4 ergänzt. Die von der IHK Bremerhaven in Kooperation mit der Kreishandwerkerschaft, dem Senator für Arbeit, Frauen, Gesundheit, Jugend und Soziales, der Initiative JOB4U, der Agentur für Arbeit und der AOK veranstaltete Messe hatte Erfolg: Hunderte von Schülern der Abgangsklassen 2005/2006 informierten sich bei über 60 Ausstellern über die Chancen und Mög-

lichkeiten von 90 Ausbildungsberufen. Die Schüler konnten Fragen stellen, Bewerbungsfotos machen oder einfach nur Informationen sammeln. Durch die Live-Bühne von Radio Bremen 4 war die Messe nicht nur für Schüler ohne Ausbildungsplatz ein gefragtes Ziel.

Unternehmen investieren in Weiterbildung

Die Bilanz der IHK Bremerhaven zeigt deutlich, dass Unternehmen in die Weiterbildung ihrer Mitarbeiter investieren. In zahlreichen Seminaren und Schulungen – von Mitarbeiterführung über Recht bis zu Controlling – hat die IHK 2005 die Teilnehmer fit für die Arbeitswelt gemacht. Allein der Studiengang „Communication Center Management“ ist einzigartig in Deutschland. Er wurde in Zusammenarbeit mit der Hochschule und der qualitycube GmbH, der Tochter eines der größten Call Center in Deutschland, konzipiert. Dieser Studiengang verbindet eine branchenspezifische, den Anforderungen der Praxis entsprechende Qualifizierung mit einer wissenschaftlichen Fundierung und einem anerkannten IHK-Abschluss. 2005 wurde er mit der Übergabe des Hochschulzertifikats und der Verleihung des Grades „Fachwirt Communication Center Management (IHK)“ an zwölf Teilnehmer erstmals erfolgreich abgeschlossen.



1,7 Millionen Menschen besuchten die Sail 2005; auch bei den teilnehmenden Schiffen gab es einen Rekord zu vermelden.

International

Bremen

Bremen und die Welt: Neue Märkte erschließen

„Freight Russia“ – Der russische Markt ist für die Branchen Logistik und Transport attraktiv und aussichtsreich – vor allem auch für deutsche Unternehmer. Mit dieser Perspektive und um den Logistik-Standort Bremen zu präsentieren, besuchte die Handelskammer gemeinsam mit Bremer Unternehmen im Mai 2005 die neue Messe „Freight Russia“ in Moskau. Das Land Bremen war auf dem Deutschland-Stand das am stärksten vertretene Bundesland. Die Handelskammer sowie die Expomedia Group unterstützten die Bremer Hafenmanagement-Gesellschaft bremenports, ihre Marketing-Tochter Bremen Keyports Marketing GmbH und das Institut für Seeverkehrswirtschaft und Logistik (ISL). Ergänzend zu der Messebeteiligung hat die bremische Delegation Gespräche mit wichtigen Repräsentanten der deutschen Wirtschaft und russischen Firmenvertretern geführt. Es wird erwogen, im Oktober 2006 an der nächsten „Freight Russia“ teilzunehmen.

Unternehmerreise nach Rumänien – Mit seinen 22 Millionen Einwohnern und Stundenlöhnen von weniger als einem Euro ist Rumänien ein attraktives Investitionsziel. Anders als in noch lohnkostengünstigeren Nachbarländern hat die Umsetzung der Strategien vor dem Beitritt zur EU die politischen Risiken für ausländische Unternehmer beachtlich verringert. Die EU hat Rumänien den Status einer funktionierenden Marktwirtschaft zuerkannt und dank umfassender Reformprogramme und Bemühungen der rumänischen Regierung den EU-Beitritt des Landes für 2007 be-

stätigt. Deshalb führte das 7. Unternehmerforum „Business Contact“ die Wirtschaftsjurien der Handelskammer im September 2005 nach Bukarest und Sibiu (Hermannstadt) in Rumänien. Kooperationsbörsen und Firmenbesichtigungen bildeten den Schwerpunkt der Unternehmerreise. Das große Interesse der rumänischen Firmen an Kontakten in Deutschland wurde in rund 250 Gesprächen der Delegationsteilnehmer mit rumänischen Firmenvertretern bestätigt. In den vergangenen Jahren fanden bereits erfolgreiche Unternehmerforen die Wirtschaftsjurien nach Danzig, Riga, Tallinn, St. Petersburg, Budapest und Vilnius/Klaipeda statt.

Internationale Marktchancen für Bremen

An mehr als 40 Tagen konnten sich Bremer Unternehmen 2005 bei Veranstaltungen, Seminaren und Workshops über aktuelle außenwirtschaftliche Themen, Zollverfahren und Investitionsmöglichkeiten im Ausland informieren. Dabei standen für die insgesamt mehr als 1.000 Teilnehmer die osteuropäischen Länder inklusive Russland sowie China und Indien weiterhin im Vordergrund. Die rege Teilnahme an den Sitzungen des „Deutsch-Chinesischen Netzwerks (DCN)“, des „Bremen Russland Netzwerks“ sowie des „Indien Netzwerks“ der Handelskammer Bremen spiegeln das große Interesse an diesen Staaten wider.

Auch das Bremen United States Center konnte mit Unterstützung der Handelskammer mit einer Reihe von Veranstaltungen die besonderen wirtschaftlichen Beziehungen zwischen Bremen und den USA unterstreichen. Über die Außenhandelspolitik

der EU informierte sich 2005 der Außenwirtschaftsausschuss der Handelskammer bei einer nach Brüssel verlegten Sitzung. Die Ausschussteilnehmer ließen sich direkt von Vertretern der Europäischen Union sowie der Vertretung der IHK Nord in Brüssel die Methoden und Möglichkeiten der Interessenvertretung auf europäischer Ebene erläutern.

Bremerhaven

Dienstleistungen international

Die IHK Bremerhaven bietet ihren Mitgliedsunternehmen zahlreiche Dienstleistungen rund ums Auslandsgeschäft – von Beglaubigungen über Bescheinigungen bis zu speziellen Beratungen zum internationalen Bereich. 2005 hat die IHK außerdem wieder zahlreiche Schulungen angeboten, um ihre Mitgliedsunternehmen beim Außenhandel auf dem Laufenden zu halten. Dazu gehörten die Seminare „Auftragsabwicklung im Exportgeschäft – Die richtigen Dokumente“ und „Änderungen in den Zollanmeldungen zum 1. April 2005“, die auf große Resonanz stießen. Außerdem bietet die IHK Bremerhaven zahlreiche weitere Seminare in Zusammenarbeit mit den Kammern Bremen und Stade an.

Sail Bremerhaven 2005

Mit 1,7 Millionen Gästen aus aller Welt war die Sail Bremerhaven 2005 das zentrale internationale Ereignis in Bremerhaven. Noch nie zuvor waren an den fünf Tagen im August so viele Menschen gekommen, unter ihnen hochkarätige internationale Persönlichkeiten aus Politik und Wirtschaft. Auch bei den teilnehmenden Schiffen gab es einen Rekord zu vermelden:



Wirtschaftsinformationsgespräche

7.000 Meter lang reichten sich 347 Schiffe aus 26 Nationen aneinander, die rund 5.200 Besatzungsmitglieder mitbrachten. Prominentester Gast war der damalige Bundeskanzler Gerhard Schröder, der Schirmherr dieser Veranstaltung war. Auch viele Unternehmer nutzten die Gelegenheit, um Geschäftspartner zur Sail nach Bremerhaven einzuladen. Dabei fungiert die Sail als Meeting Point für Hintergrund- und Vertragsgespräche, bilaterale Besuche und Kontaktpflege.

Organisatorisch war die Sail 2005 eine Herausforderung: Die bislang größte Anzahl an Schiffen und Besuchern musste auf der kleinsten Fläche seit Bestehen der Veranstaltung untergebracht werden. Zusätzlich erschwerten zahlreiche Baustellen die Veranstaltung, die zudem mit dem 50-jährigen Bestehen der Bundeswehr (inklusive des Besuchs von Bundesverteidigungsminister Peter Struck) und einem öffentlichen Gelöbnis an der Marineoperationsschule zusammenfiel. Doch das Organisationskomitee hatte mit seinen rund 1.300 Helfern alles fest im Griff. Auch die neue Infrastruktur am Alten Hafen und am Neuen Hafen bestand ihre „Feuertaufe“. Die neuen Kajen, Brücken und die neue Schleuse zeigten sich dem Ansturm der Gäste gut gewachsen.

Fast 200 Einzelveranstaltungen mit Konzerten, Ausstellungen, Kino und Feuerwerk ergänzten die Segelschau. Insgesamt wurden in die Sail Bremerhaven 4,2 Millionen Euro investiert. Davon kosteten allein die Schiffe rund 1,5 Millionen. Nach Schätzungen gab jeder der 1,7 Millionen Besucher durchschnittlich 21,40 Euro aus, was nicht nur die Betreiber der rund 330 Verkaufsstände freute, sondern auch den Bremerhavener Einzelhandel.



Internationale Gäste im Schütting; von oben:

Teilnehmer des Empfangs des Ostasiatischen Vereins, Diplomaten aus dem Iran, aus Paraguay, Sri Lanka und Chile; sie diskutierten mit bremschen Unternehmern und Vertretern der Kammer, hier die Vizepräsidenten Christoph Weiss, Dr. Dirk Plump, Thomas W. Herwig und Jürgen Roggemann.



Eine Premiere:
der erste internationale
Handelsvertretertag in
der Handelskammer

Starthilfe und Unternehmensförderung

Bremen

Existenzgründung – 1.600 Beratungen

Die Handelskammer hat 2005 rund 1.600 Existenzgründer beraten. Etwa 130 Teilnehmer haben das im zurückliegenden Jahr sechsmal angebotene Seminar unter dem Titel „Der Weg in die Selbstständigkeit“ besucht, mehr als 1.200 Interessierte haben an unterschiedlichen Workshops und Veranstaltungen der Handelskammer teilgenommen, in denen über gründungsrelevante Fragen informiert wurde. Im Rahmen der Einstiegs- und Intensivberatung wurden allein etwa 450 Beratungen für Gründerinnen und Gründer aus der Erwerbslosigkeit angeboten. Hierbei standen die Überprüfung von Geschäftsideen und Geschäftskonzepten, der erforderlichen fachlichen und kaufmännischen Kenntnisse, der Nachhaltigkeit der Finanzierungskonzepte und die Beratung über mögliche Förderungen im Vordergrund. Damit konnte die Handelskammer ihren Anteil zur Neugründung von mehr als 1.600 Firmen im Jahr 2005 beitragen.

Premiere in der Handelskammer – der erste internationale Handels- vertretertag

Die Wirtschaftsregion Nordwest verfügt über ein erhebliches Potenzial für ausländische Unternehmen und ihre deutschen Partner. Dies belegte der erste internationale Handelsvertretertag Nordwest im Haus Schütting, den die Handelskammer im April 2005 gemeinsam mit der Centralvereinigung Deutscher Wirtschaftsverbände für Handelsvermittlung und Vertrieb Niedersachsen/Bremen e. V. (CDH) sowie den Kammern Bremerhaven, Stade und Ol-

denburg ausrichtete. Mehr als 150 Teilnehmer aus dem gesamten norddeutschen Raum nahmen die Gelegenheit wahr, sich über aktuelle Trends zu informieren und mit den Vertretungen aus 15 europäischen Ländern Kontakt aufzunehmen – unter anderem waren die Niederlande, Großbritannien, Österreich, Polen, Slowakei, Estland, Lettland und Litauen präsent.

Durch diese Veranstaltung bot sich die Möglichkeit, mehrere tausend ausländische Vertretungsgesuche zu prüfen. Zugleich nutzten viele Handelsvertreter die Chance, eigene Gesuche und Kooperationswünsche an die Ländervertretungen aus Botschaften, Konsulaten und Wirtschaftsförderungen weiterzugeben. Abgerundet wurde das Programm der Kooperationsbörse durch Fachvorträge, die sich unter anderem mit Wegen zur Kontaktaufnahme im internationalen Geschäft und mit rechtlichen Aspekten im europäischen Handel beschäftigten. Der Erfolg der Veranstaltung zeigte, dass branchenspezifische Veranstaltungen weit über den bremschen Markt hinaus wirken können.

Business Improvement Districts – stärker durch Standortgemeinschaften

Vor mehr als 30 Jahren wurden mit Standortgemeinschaften – Business Improvement Districts (BID) – in Nordamerika erstmals große Erfolge in der Attraktivitätssteigerung von Innenstädten und Stadtteilzentren erreicht. Erste Modelle sind nun auch in Deutschland umgesetzt worden – die lebhafte Diskussion in Bremen dauert an. Grundlage der Standortgemeinschaften ist das privatwirtschaftliche Engagement von Hausbesitzern und Geschäftsleu-

ten. Die insgesamt deutlich steigende Nachfrage nach Informationen zum Thema BID hat die Handelskammer 2005 intensiv aufgegriffen. Auf Einladung der Ortsämter Schwachhausen, Mitte, Blumenthal und Osterholz hat die Kammer Vorträge über die gängigen BID-Modelle gehalten und die Position des Hauses in die öffentliche Diskussion eingebracht. Ebenso hat sie sich an einer Fülle interner Abstimmungsgespräche beteiligt. Auf großes Interesse stieß die Veranstaltung zum Thema Standortgemeinschaften vor dem Industrie-Forum Bremen Nord in Vegesack, ebenso ein Gastvortrag vor dem City Marketing Oldenburg. Mit dem Modell der Standortgemeinschaften als Baustein einer erfolgreichen Stadtentwicklung wird sich die Handelskammer auch weiterhin intensiv auseinandersetzen.

Zentrales Register für Versicherungsvermittler

Für anhaltende Diskussionen sorgt die Umsetzung der EU-Richtlinie über Versicherungsvermittlung. An sich hätte die Richtlinie bis zum 15. Januar 2005 in deutsches Recht umgesetzt werden müssen. Tatsächlich wurde die Vorlage eines Gesetzentwurfes aber mehrfach verschoben, dann als zweistufige Umsetzung angekündigt, anschließend wieder als einstufige klassifiziert, wieder verschoben und schließlich wegen der Bundestagswahlen vertagt. Die genaue Art der Umsetzung ist damit nach wie vor unklar. Fest steht aber, dass die Richtlinie zu einem zentralen Register für Versicherungsvermittler führen wird, in das jeder selbstständige Vermittler einzutragen ist. Ebenso ist deutlich geworden, dass die Eintragung an einige fachliche Voraussetzungen geknüpft sein wird.



Verleihung des Bremerhavener
Gründerpreises: (v.l.) Michael Dieckell,
Sparkassen-Vorstand Claus Brüggemann,
Jens Thomas Wernicke (WindForce),
Bremerhavens Oberbürgermeister Jörg Schulz,
BIS-Geschäftsführer Jürgen Adelman

Mit Blick auf die Interessen der bremischen Versicherungswirtschaft hat die Handelskammer bereits 2003 eine Umfrage bei 170 bremischen Versicherungsunternehmen durchgeführt und in einer Veranstaltung zur Vermittlerrichtlinie über die möglichen Veränderungen informiert. 2005 haben weitere Anhörungen im DIHK stattgefunden, in die die Handelskammer eng eingebunden war. Auf Wunsch bremischer Versicherungsunternehmen hat die Kammer außerdem geprüft, ob eine Schlechterstellung deutscher Versicherer auf dem englischen Markt wegen der fehlenden Umsetzung der Richtlinie in Deutschland zu befürchten ist. In Gesprächen mit dem Bundeswirtschaftsministerium konnte diese Befürchtung mit Verweis auf bilaterale Abkommen geklärt werden. Die Umsetzung der Richtlinie in deutsches Recht steht allerdings – bedingt durch die Neuwahlen – weiterhin aus.

Bremerhaven

Existenzgründer: Leistungsträger der Gesellschaft

Die Beratung kleiner und mittlerer Unternehmen und potenzieller Existenzgründer ist eine der wichtigen Aufgaben der Kammerorganisation. Im Rahmen der Beratungstätigkeit für Existenzgründer, aber auch für bereits tätige Unternehmen hat der Existenzgründungsberater der IHK Bremerhaven bis Ende Oktober 2005 rund 170 persönliche Beratungsgespräche geführt.

Bremerhavener Gründerpreis

Ein weiterer Anreiz für die Existenzgründung ist der Bremerhavener Gründerpreis. Als 9. Gewinner seit der Gründung 1997 erhielt die WindForce GmbH den mit 50.000 Euro dotierten Preis. Die Firma wurde vor zweieinhalb Jahren gegründet und vermarktet mit zwölf Mitarbeitern – neun davon sind fest angestellt – Ingenieursdienstleistungen zur Leistungsoptimierung von Windkraftanlagen. Damit zeigt sie

auch den Strukturwandel des Standorts Bremerhaven deutlich auf. Die Gewinner der zwei weiteren Plätze erhielten eine Anerkennungsprämie von je 2.500 Euro, die eine weitere Motivation sein soll, sich um den Preis zu bewerben.

Der Bremerhavener Gründerpreis ist einer der höchstdotierten Gründerpreise in der Bundesrepublik. Sein Ziel ist, Impulse für den Wirtschaftsstandort Bremerhaven zu geben und über Existenzgründungen Arbeitsplätze in der Seestadt zu schaffen. Dabei steht bei der Auswahl des Gewinners nicht in erster Linie die Innovation im Vordergrund, sondern der Gründungsgedanke und der Mut zur Selbstständigkeit. Initiatoren sind die Dieckell-Stiftung, die Sparkasse Bremerhaven und die Bremerhavener Gesellschaft für Investitionsförderung und Stadtentwicklung mbH (BIS). Bewerben können sich jedes Jahr Einzelpersonen, Unternehmen oder Forschungseinrichtungen, sofern sie ihr Vorhaben am Wirtschaftsstandort Bremerhaven umsetzen wollen. Innerhalb von acht Jahren haben sich 119 Unternehmen um den Preis beworben und 130 Arbeitsplätze sind allein bei den Preisträgern bisher entstanden.

Recht und Fair Play

Bremen

Mit dem geballten Fachverstand – Sachverständige helfen

Die Leistungen von Sachverständigen wurden 2005 wieder stark nachgefragt – mehr als 500 mal. Gegenüber Unternehmen, Gerichten und Behörden, aber auch Privatleuten benannte die Handelskammer öffentlich bestellte und vereidigte Sachverständige. Die Kammer hat die Aufgabe, solche Experten auf ihre besondere fachliche Eignung und persönliche Integrität zu überprüfen, öffentlich zu bestellen sowie zu vereidigen und dann der Öffentlichkeit gegenüber zu benennen. 2005 wurden sieben Sachverständige neu bestellt und 22 Verlängerungen ausgesprochen. Insgesamt hat die Handelskammer Bremen mehr als 150 Sachverständige aus über 50 Sachgebieten zu betreuen. Damit nimmt sie – berücksichtigt man die Größe des Kammerbezirks – eine Spitzenposition unter den Industrie- und Handelskammern in Deutschland ein.

Forum für Sachverständige

Die Handelskammer Bremen und die IHK Bremerhaven messen dem Sachverständigenwesen große Bedeutung bei. Am 8. Juni 2005 haben sie daher zum dritten Mal zu einem Sachverständigenforum in das Haus Schütting eingeladen. Dieses Forum dient dem Erfahrungsaustausch der Sachverständigen untereinander und dem Kontakt zu den Mitarbeitern der Kammern. Im Mittelpunkt stand 2005 die digitale Fotografie und ihre Nutzung durch die Sachverständigen bei den Gutachten.



In Bremen erhielten nach In-Kraft-Treten der bremischen Verordnung über Sachverständige für Bodenschutz und Altlasten die ersten drei Sachverständigen von der Handelskammer ihre Anerkennungsurkunden: (v.l.) Diplom-Forstwirt Wolfgang Schwaer, Dr. Klaus Konertz und der Diplomgeologe Oliver Böcker.

Erste Anerkennungen nach dem Bundes-Bodenschutzgesetz

In einem schwierigen und aufwändigen Abstimmungsprozess hatten die norddeutschen Bundesländer Bremen, Hamburg, Mecklenburg-Vorpommern, Niedersachsen und Schleswig-Holstein zusammen mit den Kammern daran gearbeitet, ein einheitliches Recht und Verfahren für die Anerkennung von Sachverständigen nach Paragraph 18 Bundesbodenschutzgesetz zu schaffen. Bei Verdacht auf schädliche Bodenveränderungen oder Altlasten, bei Sanierungsuntersuchungen oder Sanierungsplanungen und bei Altlasten-Eigenkontrollmaßnahmen können die Umweltbehörden verlangen, dass die so genannten Pflichtigen mit der Gefährdungsabschätzung, den Prüfungen und Sanierungsplanungen ausschließlich anerkannte Sachverständige beauftragen oder Sanierungspläne dort selbst in Auftrag geben. So soll sichergestellt werden, dass ausschließlich qualifizierte Sachverständige tätig werden. Zuständig sind in den genannten Bundesländern die Industrie- und Handelskammern. Mit der fachlichen Überprüfung ist ein gemeinsames norddeutsches Fachgremium betraut. Die ersten Überprüfungen haben stattgefunden und die ersten Anerkennungen sind ausgesprochen. Bremen ist mit seinen Sachverständigen in diesem Bereich, der über seine unmittelbare Anwendung im Bundesbodenschutzgesetz Marktrelevanz erlangen wird, überproportional vertreten.

Wettbewerbsrecht - individuelle Beratung war gefragt

Die Aktivitäten der Handelskammer im Wettbewerbsrecht sind noch immer vom In-Kraft-Treten des neuen Gesetzes gegen den

unlauteren Wettbewerb (UWG) Mitte 2004 geprägt. Besonders gefragt war die individuelle Beratung zum neuen Recht im Einzelhandel. Ein weiterer Schwerpunkt in der Beratung war der Schutz vor so genannten rechtsmissbräuchlichen Abmahnungen. 2005 waren besonders viele Abmahnungen zu verzeichnen, die kleine Verstöße zum Anlass für massenhafte Abmahnungen nahmen. Die Handelskammer Bremen und die anderen deutschen Kammern haben darum die Satzung des DIHK-Prozesskostenfonds, der Musterprozesse finanziell unterstützen soll, entsprechend geändert. Damit werden künftig nicht nur Musterprozesse gegen Wettbewerbsverletzer finanziell unterstützt, sondern auch das Vorgehen beispielsweise gegen rechtsmissbräuchliche Abmahner.

Die von der Landesregierung bei der Handelskammer Bremen errichtete Einigungsstelle für Wettbewerbsstreitigkeiten hat ihre erfolgreiche Tätigkeit auch 2005 fortgesetzt. Diese Verfahren dienen der raschen außergerichtlichen Abwicklung von Wettbewerbsstreitigkeiten und enden häufig mit einem gütlichen Ausgleich zwischen den Parteien. Auch hier ist die ehrenamtliche Mitarbeit der Unternehmer gefragt.

Bremerhaven

Sachverstand ausgebaut

Bei der IHK Bremerhaven werden zurzeit 35 öffentlich bestellte und vereidigte Sachverständige betreut. 2005 wurde ein Sachverständiger für Grundstücksbewertung neu bestellt und vereidigt. Außerdem wurden für sechs Sachverständige die zeitlich befristeten Bestellungen verlängert. Die

Arbeit der Sachverständigen ist begründet durch Paragraph 36 der Gewerbeordnung. Er ermöglicht es, dass Gerichten, Behörden, Unternehmen und Privatpersonen Sachverständige mit einer besonderen Sachkunde an die Seite gestellt werden können. Ihre Sachkundigkeit und persönliche Eignung wird von der Industrie- und Handelskammer als zuständige „Bestellungskörperschaft“ laufend überprüft.

Wenn zwei sich streiten, ...

schlichtet der Dritte. Auch 2005 nahmen Unternehmer die Einigungsstelle zur Beilegung von Wettbewerbsstreitigkeiten bei der IHK Bremerhaven in Anspruch. Wenn gewerbliche Unternehmen in Bremerhaven Wettbewerbsstreitigkeiten mit einem anderen Unternehmer oder einem Verband haben, kann die Einigungsstelle der IHK angerufen werden, um eine Schlichtung zu erreichen. Der Schlichtungsausschuss lädt alle Beteiligten ein und hört unparteiisch alle Darstellungen an. Danach wird ein Einigungsvorschlag gemacht, damit die Streitigkeit durch eine außergerichtliche Schlichtung beigelegt werden kann.

Funktionierender Wettbewerb

Seit der Reform des Gesetzes gegen unlauteren Wettbewerb haben sich die Verbraucherbeschwerden gegen Lebensmitteldiscounter enorm erhöht. 2005 gingen bei der IHK Bremerhaven fast täglich Anrufe mit Beschwerden ein. Die IHK bittet die Firmen, zur Sachlage Stellung zu nehmen und versucht die Klärung mit dem Beschwerdeführer zu erreichen. Außerdem sind die Anfragen von Gewerbeanzeigen zu Werbeaktionen stark angestiegen; zurückgegangen sind hingegen die Anfragen zu Räumungsverkäufen.



Service, Public Relations

Bremen

Für mehr Transparenz und Effizienz: Umstieg auf die kaufmännische Buchführung

Mit Beginn des Jahres 2006 ist die Handelskammer Bremen von der kameralistischen auf die kaufmännische Buchführung umgestiegen. Die Vorbereitungen dafür konnten 2005 abgeschlossen werden. Unter Führung von Vizepräsident und Rechnungsführer Christoph Weiss begleitete ein Lenkungsausschuss, dem auch die Plenarmitglieder Angelika Saacke-Lumper und Joachim Linnemann angehörten, den Umstellungsprozess. Neben der Bewertung des Inventars und der Immobilien war die Einführung einer neuen Buchhaltungssoftware erforderlich. Die kaufmännische Buchführung löst das bisherige öffentliche Haushaltsrecht mit der kameralistischen ab. Mit der Kosten- und Leistungsrechnung wird deutlich mehr Transparenz erreicht und mit modernen Steuerungsverfahren die Effizienz gesteigert.

Diese Umstellung ist ein logischer Schritt innerhalb einer langen Reihe von Maßnahmen zur betrieblichen Effizienzsteigerung der Handelskammer. Seit Jahren arbeitet die Handelskammer an einer strukturellen Optimierung: von einer jährlichen Zielmaßnahmen-Vereinbarung über die Änderung der an BAT angelehnten Dienstverträge in leistungsbezogene außertarifliche Verträge, die Rückkehr zur 40-Stunden-Woche ohne Lohnausgleich, die Einführung eines elektronischen Wissensmanagementsystems, ein jährliches externes Audit im Rahmen eines IHK-Qualitätsmanagementsystems bis zur Einführung eines Kostenrechnungssystems.

Schneller und kundengerechter: Digitale Archivierung eingeführt

2005 hat die Handelskammer Bremen den ersten Schritt zur digitalen Archivierung vollzogen. In einem mehrstufigen Verfahren wurden Produkt und Dienstleister ausgewählt. Hierbei wurde besonderer Wert darauf gelegt, dass die speziellen Erfordernisse der kammereigenen Aktenführung und spezifische Prozessabläufe Berücksichtigung finden. In der ersten Projektphase wurden die bisher konventionell geführten Firmenakten der rund 16.000 im Handelsregister eingetragenen Unternehmen eingescannt und in das digitale Archiv eingepflegt, darunter Dokumente, die bis in das 19. Jahrhundert zurückreichen.

Seit Mitte 2005 werden alle neu hinzukommenden Dokumente – beispielsweise Handelsregister-Mitteilungen und Gewerbemeldungen, aber auch Teile des Schriftverkehrs mit den Unternehmen – eingescannt und archiviert. Parallel dazu werden auch die Akten der Kleingewerbetreibenden schrittweise archiviert, so dass zum Jahreswechsel 2005/2006 die kompletten Unternehmensakten in digitaler Form vorliegen werden.

Die digitale Archivierung ermöglicht den Mitarbeitern der Handelskammer in zunehmendem Umfang einen direkten Zugriff auf mitgliedsbezogene Informationen. Anfragen der Unternehmen können so zeitnah und nach aktueller Aktenlage beantwortet werden. Für 2006 sind weitere Bereiche der bisherigen Papierablage zur Archivierung vorgesehen.

Erfolge unter schwierigen Vorzeichen

Die Bremer Medienlandschaft hat sich in

den vergangenen Monaten stark verändert. Nach der Schließung der Bremen-Redaktion der WELT hat sich auch der Verlag des Delmenhorster Kreisblattes entschlossen, seine Bremen-Redaktion zugunsten einer redaktionellen Partnerschaft mit der Bremer Tageszeitungen AG aufzugeben. Dennoch ist es der Handelskammer 2005 gelungen, mit ihren zentralen Themen umfangreich in den Bremer, ebenso in überregionalen Medien vertreten zu sein. Rund 60 Pressemitteilungen wurden verschickt und Journalisten zu 26 Pressekonferenzen oder Presstreffen eingeladen. Mit ihren Pressemitteilungen wurde die Handelskammer in mehr als 800 (Vorjahr 736) redaktionellen Beiträgen zitiert und regelmäßig zu wirtschaftspolitischen Themen Stellungnahmen und Interviews gebeten.

Interesse an „Medien im Blick“

Gut 200 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter aus kleineren und mittleren Unternehmen haben 2005 die vier Veranstaltungen der Reihe „Medien im Blick“ besucht, die die Chancen lokaler und regionaler Pressearbeit in den Blickpunkt rückt. In der Auftaktveranstaltung Anfang Mai referierte der Fotograf Frank Schleicher, Produktmanager bei der dpa-Tochter news aktuell GmbH, über den professionellen Einsatz von Bild- und Grafikmaterial in der PR-Arbeit. Online-Marketing und Online-Promotion als Instrumente der Kundenbindung standen im Mittelpunkt eines Abends mit Tobias Ihde und Sarah Oberdörffer (konstruktiv, Agentur für Online + Print + PR). Auf großes Interesse stieß auch der Tagesshopping mit dem Thema „Krisen-PR“ mit Christina Müller (Agentur text+pr) sowie ein Interviewtraining mit der Journalistin Silke Hellwig.

Flutopferhilfe für Sri Lanka

Gemeinsam mit dem damaligen Präsidenten des Senats, Bürgermeister Dr. Henning Scherf, dem Präsidenten der Bremischen Bürgerschaft, Christian Weber und Bürgermeister a. D. Hartmut Perschau, dem Vor-

Die Bremer Kommunikationsbranche traf sich Anfang 2005 im Haus Schütting zur Neujahrs-Matinee „Wel.come“.



Beim 2. Bremer Stiftertag informierten sich über 140 Besucher über Stiftungsmöglichkeiten.

sitzenden des Parlamentsausschusses für internationale Kontakte und Entwicklungszusammenarbeit, stellte sich Präs Dr. Patrick Wendisch als Schirmherr an die Spitze der Flutopferhilfe „Bremen hilft“. Dies war die Reaktion auf die riesigen Zerstörungen, die eine Flutwelle Anfang des Jahres auf Sri Lanka und in Indonesien hinterlassen hatte. Der Geschäftsbereich Public Relations der Handelskammer trieb diese Aktion durch Pressekonferenzen und Marketingaktivitäten über Monate hinweg gemeinsam mit den anderen Beteiligten voran. Schon kurz nach dem Start von „Bremen hilft“ konnten drei Bremer Hilfsprojekte in Galle (Sri Lanka), in der indonesischen Provinz Aceh sowie in Tamil Nadu (Indien) finanziell unterstützt werden. Bis Ende 2005 waren Spenden in Höhe 200.000 Euro zusammen gekommen. Durch eine Zusicherung des Senats, jede private Spende zu verdoppeln, konnten insgesamt rund 400.000 Euro in die Krisenregion fließen.

Unterstützung für die Kultur

Zum Selbstverständnis der Handelskammer gehört es, über die primären Belange der bremischen Wirtschaft hinaus auch Verantwortung für kulturelle Interessen zu übernehmen. Mit Blick auf die Bewerbung Bremens um den Titel „Kulturhauptstadt Europas 2010“ gab die Handelskammer gemeinsam mit den Unternehmensverbänden im Lande Bremen und der Bremen Marketing GmbH beim BAW Institut für Wirtschaftsforschung ein Gutachten in Auftrag, das die regionalwirtschaftlichen Auswirkungen des Bewerbungsprozesses ermitteln sollte. Zusammengestellt wurde eine umfangreiche Sammlung von Fakten, die sich – nach dem verlorenen Kulturhauptstadt-Wettbewerb – künftig auch für touristische Ziele und Aspekte der Stadtentwicklung nutzen lassen.

„Wel.come 2005“ im Haus Schütting

Zu einem gut besuchten Treffpunkt für die Bremer Kommunikationsbranche hat sich mittlerweile die Neujahrs-Matinee „Wel.come“ entwickelt. Mehr als 350 Gäste

waren Ende Januar 2005 in das Haus Schütting gekommen, nachdem bereits bei der ersten Matinee 2004 rund 300 Kommunikationsfachleute aus der gesamten Region in der Handelskammer zu Gast waren. Die zweite Matinee – wiederum veranstaltet von der Handelskammer, dem Kommunikationsverband Club Wirtschaftsraum Bremen, dem Marketing-Club Bremen, dem Verein bremen multimedial und der Akademie für Kommunikation, Marketing und Medien – bot Gelegenheit, neue Kontakte zu knüpfen und über aktuelle Trends in der Medien- und Kommunikationsszene zu diskutieren. Gastredner war der Werbeprofi Lothar Leonhard (Ogilvy & Mather Werbeagentur), der bis Oktober 2002 über sechs Jahre hinweg Präsident des Gesamtverbands Kommunikationsagenturen (GWA) war.

2. Bremer Stiftertag in der Handelskammer

Zu einem zweiten Stiftertag – nach dem Auftakt 2003 – hatte die Handelskammer in Kooperation mit der Bremer Landesbank am 18. November 2005 in das Haus Schütting eingeladen. Auf einem „Markt der Stiftungen“ konnten sich rund 140 Besucher über unterschiedliche Stiftungszwecke informieren und mit Vertretern ausgewählter Stiftungen ins Gespräch kommen. Über „Stiftungen – Zukunftschance für Unternehmen“ wurde bei einer Podiumsdiskussion gesprochen. Mit dem Stiftertag startete die Handelskammer auch eine Reihe von Beratungstagen. Im Wechsel werden künftig Stiftungsexperten unterschiedlicher fachlicher Herkunft im Haus Schütting zu Stiftungsfragen beraten.

Sachkundeprüfungen, Unterrichtungen

Bewachungsgewerbe – Das zum 1. Juli 2005 eingeführte Nachweisgebot im Bewachungsgewerbe führte im Laufe des Jahres 2005 in diesem Bereich zu einer Steigerung der Teilnehmerzahlen auf 290 (2004: 250), während die Teilnehmerzahlen im Unterrichtsverfahren mit 220 Teilnehmern nahezu gleich geblieben sind.

Gaststättenunterrichtungen – Die Nachfragen nach Unterrichtungen im Gaststättengewerbe sind 2005 leicht zurückgegangen. Dies liegt an der zum 1. Juli 2005 in Kraft getretenen Novellierung des Gaststättengesetzes, nach der eine Erlaubnis künftig nicht mehr benötigt wird, wenn im Zusammenhang mit einem Beherbergungsbetrieb auch alkoholische Getränke und zubereitete Speisen an Hausgäste abgegeben werden. Insgesamt wurden in 24 Veranstaltungen 400 Teilnehmer unterrichtet (gegenüber 450 aus dem Vorjahr).

Gefahrgut – Anlass für die Einführung der Gefahrgutfahrerschulung war ein tragischer und folgenschwerer Unfall: 1978 forderte der Unfall eines Flüssiggastransportes in Spanien mehr als 200 Todesopfer und viele Schwerverletzte. In Deutschland wurde den Industrie- und Handelskammern daraufhin die Aufgabe übertragen, die Inhalte einer Schulung und Prüfung für Gefahrgutfahrer festzulegen. Seither sind die Kammern zuständig für die Anerkennung der Schulungsveranstalter und die Inhalte der Schulung und Prüfung. Dieses in Deutschland erarbeitete System einschließlich der Inhalte der Schulung diente später als Vorlage für internationale Vorschriften. Ende 1980 wurden die ersten Gefahrgutfahrer in Deutschland geschult. Seitdem wurden die Schulungen immer wieder den technischen Entwicklungen und Erfordernissen angepasst und laufend aktualisiert. Allein in Bremen werden inzwischen jährlich rund 1.000 Fahrer geschult und geprüft.

Bremerhaven

ERFA-Kreis Zoll und Außenwirtschaft

Zusammen mit dem Hauptzollamt Bremen hat die IHK Bremerhaven den ERFA-Kreis Zoll und Außenwirtschaft gegründet, der im Juli und November 2005 tagte. Er richtet sich an Unternehmen, die Waren- und Dienstleistungsverkehr mit dem Ausland betreiben, sowie an die damit befassten In-



Erstmals fragte die IHK Bremerhaven in 2005 bei ihren Mitgliedern nach, wie zufrieden sie mit der IHK-Arbeit sind.

stitutionen und Behörden. Die lockere Diskussionsrunde zu aktuellen Fragen des Zoll- und Außenwirtschaftsbereichs wird zusätzlich von Fachvorträgen, Diskussionsrunden und Erfahrungsberichten begleitet. Erklärtes Ziel ist es, dass sich nützliche Kontakte zwischen Unternehmen, Behörden und Institutionen entwickeln.

ERFA-Kreis Qualität und Hygiene

Der IHK-Arbeitskreis Qualität und Hygiene hat sich im Februar und Juni 2005 mit allen Themen rund um die Hygienevorschriften beschäftigt. Bei einem intensiven Erfahrungsaustausch wurde – teilweise auch kontrovers – über das neue EU-Hygienerecht, neue Regeln der Verbraucherinformationen oder die Berechnung der Veterinärgebühren diskutiert. Durch die Diskussion wird die Kommunikation zwischen den am Qualitätsprozess der Lebensmittelhygiene beteiligten Unternehmen, Behörden und Wissenschaftlern gefördert. Dazu gehörte im Februar auch die Informationsveranstaltung zum Thema „Das neue EU-Hygienerecht“ in den Räumen der IHK. Sie stieß bei den 140 Besuchern auf reges Interesse, da die unübersichtliche Neuregelung fast alle Bereiche der Nahrungs- und Genussmittelbranche betraf und zeitnah umgesetzt werden musste.

Schulungen und Prüfungen

Gaststättenunterrichtungen – 2005 wurden rund 100 angehende Gastronomen von der IHK Bremerhaven unterrichtet. Hintergrund: Wer sich als Existenzgründer im Gaststättengewerbe selbstständig machen will, muss über die notwendigen lebensmittelrechtlichen Kenntnisse verfügen. Wenn diese Vorkenntnisse nicht durch Sachkundenachweise belegt werden können, steht bei der Kammer die Teilnahme an einer so genannten Gaststättenunterrichtung an.

Bewachungsgewerbe – Großen Andrang gab es bei der IHK Bremerhaven 2005 bei den Sachkundeprüfungen und Unterrich-

tungsverfahren im Bewachungsgewerbe. In insgesamt zwölf Prüfungen und zwei Unterrichtsverfahren erlangten rund 230 Teilnehmer die Voraussetzung, um im Bewachungsgewerbe tätig zu werden. Ohne die Hilfe der ehrenamtlichen Unternehmer aus dieser Branche wären die Prüfungen nur schwer zu bewältigen. Zusätzlich wurden in den Räumen der IHK auch Vorbereitungskurse zur Sachkundeprüfung durchgeführt.

Gefahrgut – Die IHK Bremerhaven nimmt eine Fülle von hoheitlichen Aufgaben wahr. Dazu gehörte 2005 unter anderem auch, den ordnungsgemäßen Verlauf der Schulungen für Gefahrgutfahrer und Gefahrgutbeauftragte zu überwachen. IHK-Mitarbeiter nahmen die Prüfungen ab und stellten die erforderlichen Bescheinigungen aus. Darüber hinaus standen Sach- und Fachkundeprüfungen im Taxen- und Mietwagenverkehr sowie im Güterkraftverkehr auf dem Programm.

Frei verkäufliche Arzneimittel

Wenn im Einzelhandel frei verkäufliche Arzneimittel vertrieben werden sollen, ist vorher eine entsprechende Ausbildung oder eine „Sachkundeprüfung im Einzelhandel mit frei verkäuflichen Arzneimitteln außerhalb von Apotheken“ verpflichtend. Wer also weder Apotheker noch ausgebildeter Drogist ist oder keine andere Qualifikation mitbringt, kann eine Sachkundeprüfung bei der IHK ablegen. 2005 hat die IHK Bremerhaven in fünf Durchgängen die mündlichen und schriftlichen Prüfungen von rund 150 Prüflingen abgenommen.

Kultursponsoring in der Diskussion

Kultursponsoring ist in heute keine Liebhaberei mehr, sondern wichtiger Bestandteil einer effektiven und zukunftsorientierten Marketingkonzeption. Damit Unternehmen in Bremerhaven die Vorteile dieser „weichen“ Standortfaktoren für sich nutzbar machen können, lud der Arbeitskreis Kultur und Wirtschaft auch 2005 zu ver-

schiedenen Veranstaltungen zum Thema „Kultur im Dialog“ ein. Bei der Auftaktveranstaltung im Mai referierte Prof. Dr. Manfred Schwaiger von der Ludwig-Alexander-Universität München über das Thema „Kultursponsoring zwischen Engagement und Marketingstrategie“. Auf der zweiten Veranstaltung in November stellte Barbara Stahl von Roland Berger Strategy Consultants die Studie „Kulturmanagement von Unternehmen – integrierter Teil der Strategie?“ vor und im Anschluss sprach der „Fundraising-Papst“ und frühere Direktor des Museums für moderne Kunst in Frankfurt, Prof. Dr. Jean-Christophe Ammann, über „Was verbindet die Wirtschaft mit der Kunst – Gedanken zu Innovation und Kreativität“. Die anschließenden sehr angeregten Diskussionen mit den über 100 Gästen zeigten sowohl das hohe Engagement von Unternehmern und Kulturschaffenden als auch die Aktualität des Themas.

IHK intern – große Zufriedenheit mit der IHK

Die Arbeit der IHK Bremerhaven wird von ihren Mitgliedern als sehr positiv bewertet. Das ist das Ergebnis der ersten Umfrage zur Kundenzufriedenheit der IHK von Mitte Juli bis Ende August 2005. Hintergrund für die Umfrage ist die Einführung eines Qualitätsmanagementsystems nach DIN EN ISO 9001:2000. Am besten bewertet wurden die Mitarbeiter. Mehr als die Hälfte der Unternehmen war „sehr zufrieden“ mit ihnen. Knapp zwei von drei Unternehmen äußerten sich mit dem Dienstleistungsangebot der IHK insgesamt „eher zufrieden“; jedes sechste war sogar „sehr zufrieden“. Fünf Prozent wünschten sich eine schnellere Rückmeldung durch die IHK. Allerdings: Lediglich vier Unternehmen gaben an, dass es in der Vergangenheit Anliegen gegeben habe, die durch die IHK nicht zufriedenstellend gelöst worden seien. In der Gesamtbewertung der IHK Bremerhaven erreichte sie bei 13,2 Prozent der Unternehmen ein „sehr zufrieden“ und bei 63,2 Prozent ein „eher zufrieden“.

Juniorenkreise



Sie präsentierten den Hanseraum-Preis 2005: (v.l.) Andreas Weipert, Geschäftsführer der Werbegemeinschaft Peterswerder, Holger Laufhütte, Vorsitzender der Werbegemeinschaft Peterswerder, Simone Jüdick, Ephilos AG, Mitglied des Arbeitskreises Einzelhandel der Wirtschaftsjuvenen und Initiatorin des Projektes, Senator Jens Eckhoff und Stefan Brockmann, Wirtschaftsjuvener und Karstadt-Geschäftsführer.

Wirtschaftsjunioren der Handelskammer Bremen

Die Wirtschaftsjunioren (WJ) der Handelskammer Bremen blicken auf ein Jahr mit vielfältigen Aktivitäten zurück. Neben den Terminen mit dem Präses der Handelskammer, mit Bürgerschaftsabgeordneten im Rahmen des 4. Know-How-Tranfers oder mit osteuropäischen Studenten im Rahmen des 14. Business Contact-Praktikantenprogramms wurden 2005 neue Schwerpunkte gesetzt. Fragen der Kultur wurden in Gesprächen „Hinter den Kulissen“ im Überseemuseum und in der Kunsthalle diskutiert. Besichtigungen in der Pilotschule der Lufthansa oder in der Justizvollzugsanstalt Oslebshausen fanden rege Beteiligung. Die vorgezogene Bundestagswahl nutzte der Juniorenkreis als einer der wenigen WJ-Verbände in Deutschland zu einer spontanen Wahlrunde mit den Bremer Spitzen-Kandidaten, in der über Bremens Stellung und Zukunft im Föderalismus diskutiert werden konnte. Nachdem der Arbeitskreis Einzelhandel 2005 die Werbegemeinschaft Peterswerder tatkräftig unterstützte und dafür im Rahmen der Hanseraumkonferenz den Hanseraumpreis errang, wird nun die Werbegemeinschaft Horn unterstützt.

Wirtschaftsjunioren bei der Industrie- und Handelskammer Bremerhaven

Unter dem Motto „Stadt der Wissenschaft 2005“ haben die Wirtschaftsjunioren Bremerhaven ihre vielfältigen Aktivitäten ganz auf die Verbindung von Wirtschaft und Wissenschaft ausgerichtet. Ein erfolgreiches und mehrfach wiederholtes Event war die „Tour der Wissenschaft“. Dort erhielten die Bremerhavener Bürger Ein-



Der Vorstand der Wirtschaftsjunioren Bremerhavens: (v.l.) Erika Mesaros, Torben Meyer, Bernd Meenzen, Andreas Jeric, Sebastian Harden, Axel Stein. Es fehlt Annette Thul.

blicke in die facettenreiche Welt der Forschungs- und Wissenschaftseinrichtungen Bremerhavens. Sie konnten viel über die enge Verknüpfung zwischen der Förderung wissenschaftlicher Grundlagenforschung und den daraus resultierenden wirtschaftlichen Erfolgen lernen.

Ein ähnliches Programm wurde für die Erstsemester der Hochschule Bremerhaven angeboten. Eine zweitägige Tour entlang wirtschaftlich bedeutender Orte bot Einblicke in die örtliche Wirtschaft und stellte den Standort als attraktive Wirkungsstätte für die berufliche Laufbahn dar. Eine sehr enge Verbindung zwischen Wirtschaft und Wissenschaft zeigten die Vorträge vom Konrektor der Hochschule Bremerhaven, Prof. Dr. Gerhard Feldmeier, und dem Bremer Unternehmensberater Prof. Dr. Peter Kruse auf. Während Prof. Feldmeier über

die Chancen der Bachelor- und Masterabschlüsse für die regionale Wirtschaft informierte, erläuterte Prof. Kruse in seinem Vortrag „Kultur des Wandels – Komplexität und Dynamik erfolgreich meistern“ die Bedeutung des Wandels für Unternehmen und zeigte auch Konsequenzen für die Seestadt Bremerhaven auf.

Neben diesen Aktivitäten setzten die Wirtschaftsjunioren ihre Verjüngung und die Erhöhung der Mitgliederzahl erfolgreich um. Rund 20 Gäste sind im Laufe des Jahres u. a. auf einem Gästeabend begrüßt worden. Zehn von ihnen sind bereits neue Mitglieder und unterstützen tatkräftig die Aktionen der WJ Bremerhaven.

Ehrenamt, Geschäftsbereiche

Das Ehrenamt in Bremen

Die Handelskammer ist die Selbstverwaltung der bremischen Wirtschaft und wird von ihren rund 34.000 Mitgliedsunternehmen getragen. Aus diesem Kreis engagieren sich mehr als 3.000 Personen ehrenamtlich in der Handelskammer – in Arbeitskreisen, Ausschüssen und anderen Gremien sowie als Prüfer und Sachverständige. Dem Plenum, dem höchsten Kammergremium, gehören Einzelhändler und Inhaber mittelständischer Betriebe ebenso an wie Vorstandsvorsitzende großer Bremer Unternehmen. Aus dem Plenum heraus werden das Präsidium und der Präses gewählt.

Mitglieder des Präsidiums der Handelskammer Bremen

Dr. Patrick Wendisch (Präses)
Detthold Aden (Vizepräses)
Thomas W. Herwig (Vizepräses)
Otto Lamotte (Vizepräses – gewählt am 10. Oktober 2005)
Peter Lürßen (Vizepräses)
Lutz H. Peper (Vizepräses)
Dr. Dirk Plump (Vizepräses)
Jürgen Roggemann (Vizepräses)
Christoph Weiss (Vizepräses)

Mitglieder des Plenums der Handelskammer Bremen

Detthold Aden (Vizepräses)
Thomas Christian Buchbinder
Matthias Claussen
Jörg Conrad
Heiner Dettmer
Dr. Günther W. Diekhöner
Harald Emigholz
Berend Jürgen Erling
Hans Eulenbruch
Rainer Christian Genes
Wiebke Hamm
Gerhard Harder
Annegret Hastedt
Thomas W. Herwig (Vizepräses)
Irmtraud Heuß
Marc Hildebrand
Dr. Uwe Janssen (ausgeschieden am 30. 9. 2005)
Peter Koopmann
Guido Kreitz
Michael K. Krömker
Otto Lamotte (Vizepräses seit 10. 10. 2005)
Joachim Linnemann
Peter Lürßen (Vizepräses)
Janina Marahrens-Hashagen
Dr. Klaus Meier
Stefan Messerknecht
Sven Monsig
Hasso G. Nauck
Jürgen Oltmann
Detlef Pauls
Lutz H. Peper (Vizepräses)
Dr. Dirk Plump (Vizepräses)
Fritz Rößler
Jürgen Roggemann (Vizepräses)
Angelika Saacke-Lumper
Inge Sandstedt
Hans-Joachim Schnitger
Peter Schöler
Michael Schroiff
Hans-G. Schumacher
Tilman Werner Sieglin
Walter Thye
Heinz-Jürgen Wagner
Christoph Weiss (Vizepräses)
Dr. Patrick Wendisch (Präses)

Ausschüsse und Kommissionen der Handelskammer Bremen

Haushaltsausschuss

Vorsitzender:
Präses Dr. Patrick Wendisch
Rechnungsführer:
Vizepräses Christoph Weiss

Kommission für den Jahresbericht

Vorsitzender: Präses Dr. Patrick Wendisch

Mittelstandsausschuss

Vorsitzender: Berend Jürgen Erling

Ausschuss für Industrie, Umwelt- und Energiefragen

Vorsitzender: Michael K. Krömker

Ausschuss für Telekommunikation und neue Medien

Vorsitzender: Stefan Messerknecht

Außenwirtschaftsausschuss

Vorsitzender: Matthias Claussen

Ausschuss für Verkehr, Distribution und Logistik

Vorsitzender: Harald Emigholz

Hafenausschuss

Vorsitzender: Peter Koopmann

Ausschuss für Einzelhandel und verbraucherorientierte Dienstleistungen

Vorsitzender: Peter Schöler

Ausschuss für Stadtentwicklung und Regionalplanung

Vorsitzender: Joachim Linnemann

Berufsbildungsausschuss

Vorsitzende: Brigitte Faust

Fachkreis Insolvenzfragen Arbitrage-Kommission

Geschäftsbereiche

Arbeitskreise der Handelskammer Bremen

- Arbeitskreis Kultur-Wirtschaft
- ERFA-Kreis Informations- und Kommunikationstechnologien
- Arbeitskreis Betriebsbeauftragter Umweltschutz
- Arbeitskreis Umweltmanagement
- Arbeitskreis Sofortprogramm Innenstadt/Nebenzentren
- Arbeitskreis Tourismus
- Arbeitsgruppe Prüfungswesen und Prüfung der Arbeitsstätte
- Wirtschaftsjunioren
- Arbeitskreis PR-Leiter

Hauptgeschäftsführung

Grundsatzfragen der Wirtschafts- und Finanzpolitik

Dr. Matthias Fonger (I. Syndicus)

I Standortpolitik

Verkehrsgewerbe, Häfen- und Immobilienwirtschaft

Dr. Andreas Otto (Syndicus)

II Mittelstand, Innovation und Umwelt

Industrie, produktionsorientierte Dienstleistungen, IuK-Wirtschaft

Dr. Ralf Mittelstädt

III International

Groß- und Außenhandel

Volkmar Herr

IV Recht und Fair Play

Einzelhandel, Dienstleistungen, Tourismus

Dr. Torsten Slink

V Aus- und Weiterbildung

Karlheinz Heidemeyer

VI Zentrale Dienste

Günther Lübbe

VII Public Relations

Dr. Stefan Offenhäuser

Das Ehrenamt in Bremerhaven

Die IHK Bremerhaven ist die Selbstverwaltung der Bremerhavener Wirtschaft. Sie wird von rund 4.600 Mitgliedsunternehmen getragen. Aus diesem Kreis engagieren sich mehr als 640 Personen ehrenamtlich in den Arbeitskreisen, Ausschüssen und anderen Gremien der IHK sowie als Prüfer und Sachverständige. Der Vollversammlung gehören Einzelhändler und Inhaber mittelständischer Betriebe ebenso an wie Spitzen der großen Bremerhavener Unternehmen.

Mitglieder des Präsidiums der IHK Bremerhaven

Dipl.-Ing. Peter H. Greim (Präsident)
Dipl.-Bw. Claus Brüggemann (Vizepräsident)
Roswitha Ditzen-Blanke (Vizepräsidentin)
Dipl.-Wirtsch.-Ing. Ingo Kramer (Vizepräsident)
Jürgen Krömer (Vizepräsident)
Dipl.-Wirtsch.-Ing. Emanuel Schiffer (Vizepräsident)
Andreas Wencke (Vizepräsident ab 13. Oktober 2005)
Dipl.-Ing. Horst Wübben (Vizepräsident)

Ehrenpräsident

Dr. jur. Joachim Ditzen-Blanke

Mitglieder der Vollversammlung der IHK Bremerhaven

Claus Brüggemann (Vizepräsident)
Frank Brüssel
Hans J. Buse
Günther Coordes
Roswitha Ditzen-Blanke (Vizepräsidentin)
Christoph Dahms
Dr. Peter Dill
Joachim Donner
Christian Ehlers
Hennig Goes
Peter H. Greim (Präsident)
Wolfgang Grube
Klaus Hartmann
Claus von der Heide
Hans-Jürgen Iben
Ingo Kramer (Vizepräsident)
Holger Krieten
Jürgen Krömer (Vizepräsident)
Manfred Kuhr (ab 15. Juni 2005)
Werner Lücken
Henning Melcher
Lutz Natusch
Rolf Niemeyer
Emanuel Schiffer (Vizepräsident)
Stephan Schulze-Aissen
Manfred de Vries
Andreas Wencke (Vizepräsident ab 13. Oktober 2005)
Jörg Wiegand
Horst Wübben (Vizepräsident)
Arno Zier

Ausschüsse und Arbeitskreise der IHK Bremerhaven

Absatzwirtschaft, Handel, Dienstleistungen

Vorsitzender: Jürgen Krömer

Berufsbildungsausschuss

Vorsitzender: Rolf Niemeyer

Fischwirtschaftlicher Ausschuss

Vorsitzender: Lars Giesecking

Hafenwirtschaftlicher Ausschuss

Vorsitzender: Prof. Dr. Thomas Rogge (bis 22. September 2005); Manfred Kuhr (ab 16. November 2005)

Sachverständigen Ausschuss

Vorsitzender: Gerhard Feld

Tourismus-Ausschuss

Vorsitzender: Hennig Goes

Verkehrsausschuss

Vorsitzender: Wolfgang Grube

Arbeitskreis „Wirtschaftsstruktur Region Bremerhaven“

Sprecher: Prof. Dr. Thomas Rogge (bis 22. September 2005); Roswitha Ditzen-Blanke (ab 22. September 2005)

Arbeitskreis Kultur und Wirtschaft

Sprecher: Horst Wübben

Arbeitskreis „Qualität und Hygiene“

Sprecher: Hans-Jürgen Iben

Gefahrgut-Erfa-Kreis

Sprecher: Prof. Dr. Schwanebeck

ERFA-Kreis Umwelt

ERFA-Kreis Zoll- und Außenwirtschaft

Geschäftsbereiche

Hauptgeschäftsführung

Grundsatzfragen, Standortpolitik, Tourismus, Marketing, Öffentlichkeitsarbeit
Michael Stark

I Aus- und Weiterbildung, Handel, Recht, Starthilfe und Unternehmensförderung

Martin Johannsen

II International, Innovation/Umwelt, Industrie

Wilfried Allers

III Zentrale Dienste

Hans-Hermann Witthohn

Stellungnahmen

Stellungnahmen Bremen (Auswahl)

Gegenstand der Stellungnahme

Vorverlegung der Sozialbeiträge seitens des Bundes

Anträge auf Gewährung von Investitionszuschüssen an kleine und mittlere Unternehmen über das Landesinvestitionsförderungsprogramm (LIP) Port Package II

Anträge auf Ausstellung von Unbedenklichkeitsbescheinigungen für Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen
Stellungnahmen zur Tragfähigkeit von Existenzgründungsvorhaben
Mitarbeit an den Zielen des „Bremer Bündnis für Familie“

UK- und Zurückstellungen vom Wehr- und Zivildienst
Stellungnahme zu Verkehrsdurchsetzungen
Änderung Abfallgebührenordnung und Abfallortsgesetz
Überarbeitung und Umsetzung des Entwurfs eines bremischen Mittelstandsförderungsgesetzes
Bremisches Waldgesetz (BremWaldG)

Durchführungsverordnung zur Energieeinsparverordnung (DVO-EnEV)
Entwurf der Novelle der Bremischen Anlagenverordnung (VAWS)
Änderung Entwässerungsgebührenortsgesetzes
Änderung des Bremischen Naturschutzgesetzes
Änderung des Entwässerungsortsgesetzes (EOG)
Stellungnahme zur künftigen Änderung der Handelsregisterbekanntmachungen
Stellungnahme zum Rechnungspräsentationsverfahren (Inkasso durch Gerichtsvollzieher)
Abschreibungsfrist für ERP-Software (Afa)
Neues Marketingkonzept Auslandshandelskammern
Beihilfen für niederländische Schlepper

Quoten für chinesische Textilien
Weiterentwicklung des World Trade Centers in Bremen
Europa reformieren
Magnetschwebbahn Amsterdam – Groningen
FFH-Anmeldung der Weser

Beitritt Bremens in den Trans EuroRapid Network e. V.
A 281, Bauabschnitt 2.2; Neuenlander Ring – Kattenturmer Heerstraße

Maßnahmen im schienengebundenen ÖPNV und SPNV/Programmplanung
Lotswesen Bremerhaven

gerichtet an

Präsident des Senats, Bürgermeister Dr. Henning Scherf, Senatskanzlei
WfG Bremer Wirtschaftsförderung GmbH

Mitglieder des Europäischen Parlaments, Bundestagsabgeordnete, Senator für Wirtschaft und Häfen, Präsident des Senats
Agentur für Arbeit, Bremen

Agentur für Arbeit Bremen
Senator für Arbeit, Frauen, Gesundheit, Jugend und Soziales
Senator Wirtschaft und Häfen
DIHK
Senator für Bau, Umwelt und Verkehr
Max Liess, SPD-Bürgerschaftsfraktion

Senator für Bau, Umwelt und Verkehr, UStatG, DIHK
Senator für Bau, Umwelt und Verkehr
Senator für Bau, Umwelt und Verkehr
Senator für Bau, Umwelt und Verkehr
Senator für Bau, Umwelt und Verkehr
DIHK
DIHK, Senator für Justiz und Verfassung
Bremen
DIHK
DIHK

Eu-Kommission, Bundesministerium für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen
Zollbehörden in China
Senator für Wirtschaft und Häfen
Bundesregierung
Niederländische Parteien
Senator für Wirtschaft und Häfen,
Senator für Bau, Umwelt und Verkehr,
Präsident des Senats
Senator für Bau, Umwelt und Verkehr
GPV Gesellschaft für Projektmanagement im Verkehrswegebau mbH
Senator für Bau, Umwelt und Verkehr
Senator für Wirtschaft und Häfen

Gegenstand der Stellungnahme

Umgestaltung Tiefer/Altenwall/Wilhelm-Kaisen-Brücke
Aktualisierung des Lkw-Führungsnetzes
Entwurfsplanung Knotenpunkte Doventor
5. Flächennutzungsplanänderung Osterholzer Feldmark
Geschwindigkeitsbeschränkung für Lkw über 7,5 t auf der Bremerhavener Heerstraße
Öffnung des Marktplatzes Blumenthal für den Individualverkehr

gerichtet an

Senator für Bau, Umwelt und Verkehr
Senator für Bau, Umwelt und Verkehr
Amt für Straßen und Verkehr
Senator für Bau, Umwelt und Verkehr
Amt für Straßen und Verkehr
Senator für Bau, Umwelt und Verkehr

Stellungnahmen Bremerhaven (Auswahl)

Gegenstand der Stellungnahme

Stellungnahme zu Flächennutzungsplanänderungen und Bebauungsplanentwürfen
Stellungnahme zur Gewährung von Zuschüssen zur Förderung der Außenwirtschaft
Stellungnahmen zur Erteilung von Genehmigungen im Gelegenheitsverkehr mit Taxen
Stellungnahmen zur Erteilung von Genehmigungen von Linienverkehren mit Kraftomnibussen
Stellungnahme zu Anträgen der Gewerbeausübung durch Ausländer
Stellungnahme zu Zurück- und Unabkömmlichkeitsanträgen vom Wehrdienst
Stellungnahme der fachkundigen Stelle zur Tragfähigkeit der Existenzgründung nach § 57 Abs. 2 Nr. 21 SGB III
Anträge auf Gewährung von Investitionszuschüssen (GRW)

gerichtet an

Stadtplanungsamt der Seestadt Bremerhaven
Bremerhavener Gesellschaft für Investitionsförderung und Stadtentwicklung mbH
Verwaltungspolizei der Seestadt Bremerhaven
Senator für Bau, Umwelt und Verkehr
Verwaltungspolizei der Seestadt Bremerhaven
Senator für Wirtschaft und Häfen
Agentur für Arbeit
Bremerhavener Gesellschaft für Investitionsförderung und Stadtentwicklung mbH
Bürgschaftsbank Bremen GmbH
Verwaltungspolizei Bremerhaven
Senator für Bau, Umwelt und Verkehr
Seestadt Bremerhaven
Senator für Bau, Umwelt und Verkehr
Amtsgericht Bremerhaven
Agentur für Arbeit Bremerhaven
Landratsamt Cuxhaven

Stellungnahmen zu Ausfallbürgschaften
Stellungnahmen zu Messen, Märkten, Ausstellungen
Stellungnahme zur Flächennutzungsplanänderung im stadtbremischen Überseehafengebiet Bremerhaven (Osthafen)
Stellungnahme zur Flächennutzungsplanänderung „Windpark Weddewarden“
Stellungnahme zur Genehmigung von Gemeinschaftslicenzen im Güterkraftverkehr
Stellungnahmen Handelsregister
Anträge auf Ausstellung von Unbedenklichkeitsbescheinigungen für ABM
Stellungnahme zur Fortschreibung des Abfallwirtschaftskonzepts des Landkreises Cuxhaven

Impressum

Herausgeber Handelskammer Bremen
Am Markt 13
28195 Bremen
Tel. 0421.3637-0
www.handelskammer-bremen.de
service@handelskammer-bremen.de

Industrie- und Handelskammer Bremerhaven
Friedrich-Ebert-Str. 6
27570 Bremerhaven
Tel. 0471.92460-0,
Fax 0471.92460-90
www.bremerhaven.ihk.de
info@bremerhaven.ihk.de

Redaktion Dr. Stefan Offenhäuser
Dagmar Groothuis

Grafik, Realisation Dr. Christine Backhaus

Fotonachweis Airbus Bremen, AWI, BIS, BLG, CCB, DAH, ecopix,
IUB, Schencker, swb, Weserport, WJ Bremerhaven,
Frank Pusch, Jan Rathke, Jörg Sarbach, Wolfhard
Scheer, Martina Weigt, Peter Duddek

Druck Druckerei Asendorf

Januar 2006

www.handelskammer-bremen.de

www.bremerhaven.ihk.de